

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

Welche Medien braucht das Land?

Außerdem:

- **Auf Zukunft gebaut – Porträt eines Hofs**
- **Den Wert der Wälder sichtbar machen**
- **Naturschutz braucht funktionierende Förderung**





Im Fokus: Welche Medien braucht das Land?

Das Internet und die Sozialen Medien überfluten uns heute mit Neuigkeiten, Falschmeldungen und Werbung. Die Zahl der journalistisch aufbereiteten Medien nimmt dagegen ab. LandInForm zeigt auf, was das für ländliche Räume bedeuten kann. Gleichzeitig stellen wir beispielhaft vor, wie neue Medien entstehen und was es braucht, damit ein Austausch in der und über die Region gelingen kann.

Für das Netzwerk

Inside

- 5 Für alle, die mit Energie gestalten wollen
- 5 Kooperationspartner gesucht
- 5 Die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027

Rückblick

- 6 In Schleswig-Holstein mit dem Rad – Interview
- 6 Internationale LEADER-Exkursion
- 7 Interkommunale Unternehmen für die Energiewende
- 7 Bürgerräte – alle reden drüber, aber wie wird's gemacht?

Ausblick

- 8 AKIS: Systematisch Wissen austauschen
- 8 Wandel gestalten
- 9 Alte Gebäude neu nutzen
- 9 Vormerken

Im Fokus

- 10 Welche Medien braucht das Land?
- 12 Neue Formate gesucht
- 14 Das Sterben der Lokalzeitung
- 16 Medien und Demokratie – Interview

Blick in die Praxis

- 17 25 Jahre Bürgerfunk
- 18 Podcast für Regionalentwicklung
- 19 Hochwertiges aus der Region – Interview
- 20 Nonprofit-Journalismus
- 22 Mit Medien über Medien lernen
- 24 Über Medienskepsis sprechen – Interview

Digitale Möglichkeiten

- 25 An junge Lebenswelt anknüpfen
- 26 Dorf-Apps vernetzen nicht nur digital
- 28 Warum der ländliche Raum KI braucht



30



44



38

Aus der Praxis

30 Auf Zukunft gebaut

Esel, preisgekrönter Schweinestall und internationaler Austausch: Dass sich Tierwohl, regenerative Landwirtschaft und gesellschaftliches Engagement verbinden lassen, zeigen Marianne und Klaus Albersmeier auf ihrem Hof in Hüttinghausen bei Soest.

- 32 Hegen heißt, Natur schaffen und pflegen
- 34 Hügelreich Münzesheim
- 35 Kommune übernimmt Verantwortung
- 36 Heimat in alten Häusern

Forschung trifft Praxis

38 Den Wert der Wälder sichtbar machen

Im Rahmen des europäischen Projekts „Forest Eco-Value“ wird in einem „Reallabor“ erprobt, wie im Dialog zwischen Forschung und Praxis Geschäftsmodelle entstehen können, damit Waldbesitzende für Waldleistungen eine Vergütung erhalten können.

Prozesse & Methoden

40 Regionen im Wandel erfahren

Perspektiven

Politik & Gesellschaft

- 42 Eine Ansprechperson für Gesundheit

Bildung & Forschung

- 44 Naturschutz braucht funktionierende Förderung Niedersachsen und Bremen fördern Managementpläne und Investitionen für den Schutz von Arten und Lebensräumen in Natura-2000-Gebieten. Um europäische Naturschutzziele zu erreichen, ist die Förderung unverzichtbar.

Partner & Experten

- 46 Ein Patenmodell für digitale Lösungen
- 48 Vorurteile abbauen

Die Position

- 49 Die prekäre Situation der Schäferei wird durch Folklore verklärt

Service

- 50 angelesen
- 51 angekündigt
- 52 Termine



Liebe LandInForm-Lesende,

damit Menschen an der Gesellschaft teilhaben und sie mitgestalten können, müssen sie wissen, was vor Ort geschieht. In ländlichen Regionen haben bis vor einigen Jahren insbesondere regionale und lokale Zeitungen Informationen dazu geliefert: Wann ist das Kirchenfest, wo findet die nächste Gemeinschaftsjagd statt und wie lief der Flohmarkt? Genauso wichtig sind Themen wie die Finanzierung kirchlicher Gebäude oder Probleme mit dem Schulbus – und der Umgang mit ihnen in Politik und Kommune. Radio und Fernsehen decken das meist nicht ab. Und immer häufiger auch die lokalen Zeitungen nicht mehr.

Konkurrenz kommt aus den Sozialen Medien. Hier gibt es keine Druckkosten, aber die Möglichkeit, kontinuierlich Neuigkeiten zu posten – häufig ohne Redaktionsteam. Laut Statistikportal Statista fiel die Nutzung von lokalen und regionalen Printprodukten bei rund 2 000 Befragten zwischen 2017 und 2022 von 38 auf 22 Prozent. Allerdings stieg die Nutzung von Online-Medien nicht im selben Maß an, sondern nur von neun auf 13 Prozent. Die Informationslücke wächst also. Ein Interviewpartner in diesem Fokus erläutert, dass diese neuen Angebote nicht annähernd die gleichen Informationen über das bieten, was lokal passiert, wie Tageszeitungen (siehe Seite 16).

Fundierte Meinungsbildung ist aber eine Basis der Demokratie. Wo keine vielfältigen Sichtweisen mehr existieren, stehen einzelne Darstellungen – ob wahr oder falsch – alleine im Raum. Im schlechtesten Fall werden Akteure auf dem Land dann mit extremen Meinungen konfrontiert. Zu erläutern, wie übergeordnete Hintergründe und Zusammenhänge in den regionalen Kontext einzuordnen sind, ist ebenfalls sinnvoll.

Im ländlichen Raum rechnet sich Journalismus häufig nicht mehr. Ihn als gemeinnützig anzuerkennen, würde steuerliche Vorteile bieten und neue Finanzierungsquellen eröffnen (siehe Seiten 20-21). In diesem Fokus stellen wir zudem Medien vor, die ausdrücklich zum Mitmachen einladen, Teilhabe bieten und so Selbstwirksamkeit ermöglichen. Sie werden überwiegend ehrenamtlich umgesetzt und sind in ihrer Ausrichtung gemeinwohlorientiert. Viele derartige Projekte sind befristet gefördert. Doch solche Angebote brauchen Konstanz, denn sie informieren nicht nur, sondern stärken die Demokratie. Allein das sollte förderwürdig sein. Eine Studie des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt zeigt, dass 2024 im Rahmen von 14 Förderprogrammen nur 0,11 Prozent des Bundeshaushalts in zivilgesellschaftliche Projekte zur Demokratieförderung flossen. Da sollte gerade in heutigen Zeiten noch Luft nach oben sein.

Frohe Weihnacht und viele Anregungen bei der Lektüre wünscht

Dr. Jan Swoboda

Leiter der DVS

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 10 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
(BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (DVS),
Redaktion: Andrea Birrenbach, Anja Rath
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Unterstützung:
Arno Blaskowski (DVS);
Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH

Titelbild: Lightfield Studios – stock.adobe.com

Rückseite: Countrypixel – stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
<https://studionestor.de>

Druck: Druck- und Verlagshaus
Zarbock GmbH & Co. KG
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn

Telefon: 0228 6845-3435, -3461
E-Mail: landinform@ble.de
<https://www.dvs-gap-netzwerk.de>

Bezug: kostenfrei, LandInForm als
PDF-Datei unter
<https://land-inform.de> und unter
<https://ble-medienservice.de>

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht die Meinung der Redaktion wieder.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und
Abbildungen wird keine Haftung übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in
Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die
Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und
Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen.
Deshalb investieren wir Zeit und Mühe,
um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten.
Wir wenden dabei die Regeln der deutschen
Sprache an.

LandInForm wird durch die Europäische Union
im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde:
Bundesministerium für Landwirtschaft,
Ernährung und Heimat (BMELH)

Kürzel der DVS-Autoren:
Marie Au: MAU, Iris Bahr: IBA, Andrea Birrenbach:
ABB, Arno Blaskowski: ABL, Jan Freese: JAF,
Leonie Göbel: LGÖ, Marie Halbach: MHA,
Paula Heyder: PHD, Markus Hinskes: HIM,
Stefan Kämper: STK, Moritz Kirchesch: MOK,
Felix Kupfernagel: FKU, Isabella Mahler: IMA,
Anja Rath: ARH, Nadine Rathofer: NRH, Jens
Reda: JRE, Jan Swoboda: JAS, Dirk Thieves: DTH,
Beatrice Tobisch: BET, Rumila Uthayakumar: RUT,
Heike Zipper: HEZ

Für alle, die mit Energie gestalten wollen



Im Rahmen des Projekts „Die Energiewende als Chance für ländliche Räume? Ein praxisorientiertes Handlungs-Tool“ hat die Agrarsoziale Gesellschaft Band 150 ihrer „Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen“ veröffentlicht. Der Publikation sind vier Veranstaltungen vorausgegangen. Bei einer hat Marie Halbach von der DVS einen Vortrag darüber gehalten, wo die Energiewende in ländlichen Räumen stattfindet. „Bei den Veranstaltungen sind viele Menschen mit Praxiserfahrungen zu Wort gekommen.“ Die Publikation greift den praxisorientierten Ansatz auf.

Das über 300 Seiten umfassende Buch verstehen die Herausgebenden als „Wissenskoffer“ und „Instrumentenkasten“. Es enthält Fachartikel, beispielsweise zu kommunalen Instrumenten wie dem Flächenpooling. Ein Kapitel vertieft das Thema Bürgerenergie, eins widmet sich Zukunftsmöglichkeiten wie Photovoltaik im Moor. In einem Artikel zeigt Marie Halbach auf, was LEA-

DER zur Gestaltung der Energiewende vor Ort beitragen kann.

„Technisch und regulatorisch ist derzeit vieles im Umbruch.“ sagt sie. „Daher können die vorgestellten Praxisbeispiele selten als Blaupause genutzt werden, weil sie in einem anderen räumlichen und zeitlichen Kontext entstanden sind.“ Dennoch fänden sich wertvolle Hinweise für eigene Projekte. „Die Vielfalt der Beispiele und Akteure machen zudem Mut und motivieren, zu Hause nach Verbündeten und Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen.“ **ARH**

SERVICE

Maria Kaiser, Oliver Klein, Jörg Radtke (Hrsg.): „Mit Energie gestalten! Perspektiven zur Energiewende als Chance für ländliche Räume“, ASG-Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen Nr. 150, 2025, 316 Seiten, 24,90 Euro, Bestellung und kostenloser Download unter <https://asg-goe.de/Mit-Energie-gestalten.shtml>



Die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027

Im Juli präsentierte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von 2028 bis 2034 sowie die Entwürfe zur Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2027. Ein zentrales Element der geplanten Reform ist die Neuordnung der Förderarchitektur: Künftig soll es nur noch einen Fonds statt wie bisher mehrere geben. Die Umsetzung soll über sogenannte „Nationale und Regionale Partnerschaftspläne“ erfolgen.

Im Rahmen der DVS-Online-Veranstaltung „Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027“ haben wir im November einen Überblick über die geplanten Änderungen der GAP gegeben. Rund 800 Teilnehmende nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren – ein klares Zeichen für das große Interesse an diesem Thema. Bei einer Online-Veranstaltung Anfang Dezember beleuchtete die DVS mit der Europäischen Kommission Änderungsvorschläge mit dem Fokus Agrarumwelt.

Die DVS begleitet die Entwicklungen weiter. Auf unserer Website finden sich eine Übersicht zum zeitlichen Rahmen der Verhandlungen, ein Kurzüberblick zu den Kommissionsentwürfen und Verlinkungen zu relevanten Verordnungsentwürfen. Zudem bündelt die DVS Stellungnahmen und Positionen zum Vorschlag der Kommission. Im Jahr 2026 planen wir Präsenzveranstaltungen, um den Austausch zur GAP nach 2027 weiter zu fördern. **PHD**



Kooperationspartner gesucht

Die „LEADER-Region Oberberg: 1 000 Dörfer – eine Zukunft“ in Nordrhein-Westfalen sucht nach interessierten Lokalen Aktionsgruppen, insbesondere in Mittelgebirgsregionen mit kleinteiligen Raumstrukturen: Sie möchte sich bei gegenseitigen Besuchen über Fragen der Dorfentwicklung austauschen und langfristig zusammen daran arbeiten. Erste Besuche sollen im zweiten oder dritten Quartal 2026 stattfinden. **ARH**

<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/kooperationsgesuch>

SERVICE

Zur GAP auf der DVS-Website: <https://www.dvs-gap-netzwerk.de/foerderung/gemeinsame-agrarpolitik-nach-2027>

KONTAKT

Paula Heyder, DVS
Telefon: 0228 6845-2675
paula.heyder@ble.de

In Schleswig-Holstein mit dem Rad

Die DVS hat im September zu einer Radexkursion eingeladen. 23 Teilnehmende radelten durch die „AktivRegion Schlei-Ostsee“ von Schleswig nach Süderbrarup, um sich anzuschauen, wie der öffentliche Personen-Nahverkehr dort gerade ausgebaut wird.



Moritz Kirchesch ist in der DVS im Bereich Dorf- und Regionalentwicklung tätig und war bei der Radtour dabei. Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

Moritz, was ist in dieser Region in Sachen Mobilität besonders?

Das Besondere ist das Modellprojekt „SMILE24“, es macht die Menschen rund um die Uhr mobil. Der Projektname SMILE24 steht für „Schlei-Mobilität: innovativ, ländlich, emissionsfrei und 24/7“. Der Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein, NAH.SH, setzt es mit Mitteln von über 36 Millionen Euro aus Bundes- und Landesförderung um. Die Gruppe fand es spannend, zu erfahren, was damit angestoßen wird: Es gibt jetzt mehr Busverbindungen, Express- und Tourismus-Buslinien. Kleinbusse dienen bei Bedarf als Zubringer zu den Haltestellen. Bei der Radtour sind uns diese Shuttles mehrfach begegnet. Bikesharing gehört genauso zum Angebot und wird rege genutzt, das konnten wir sehen.

Ihr habt in Twedt Halt gemacht, wo derzeit im Rahmen von SMILE24 gebaut wird. Was entsteht dort?

Neben der Bundesstraße wird eine Mobilitätsstation errichtet. Bürgermeister Alexander Schmidt sagte, dass dadurch die Bundesstraße, die bisher ein trennendes Element in der Gemeinde ist, zu einer Verbindung werden soll. Durch die Mobilitätsstation entstehen barrierefreie Haltestellen für Busse an der Bundesstraße. Der Übergang zwischen einzelnen Ver-

kehrsmitteln, zum Beispiel vom Fahrrad auf den Bus, wird einfacher und attraktiver, weil sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder gebaut werden. Durch die neuen Expressbuslinien entstehen schnelle und direkte Verbindungen in die regionalen Zentren, etwa nach Schleswig.

Wie geht es mit SMILE24 weiter?

Der Förderzeitraum läuft bis Ende des Jahres. Die erfolgreichsten Mobilitätsangebote – Expressbusse und On-Demand-Shuttles – bleiben auch 2026 mit angepassten Bedienzeiten erhalten. In Eckernförde, Schleswig und im Amt Süderbrarup bleibt auch das Bikesharing.

War es sinnvoll, mit dem Rad durch die Region zu reisen?

Ja, denn wir wollten nachhaltig unterwegs sein und viel von der Region und ihrer Landschaft mitbekommen. Das funktioniert mit dem Fahrrad besser als beispielsweise mit dem Bus. Es war sehr kommunikativ, weil sich die Radfahrenden immer neu durchmischten. Da wir zügig unterwegs waren, konnten wir uns entlang der Strecke spontan zusätzliche Projekte wie eine Fahrrad-Reparaturstation anschauen.

Jetzt suchen wir nach weiteren Regionen, die uns ihr Mobilitätsangebot vorstellen möchten – gerne zum Thema Schienenverkehr.

Moritz, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte
Andrea Birrenbach.

SERVICE

Zur Dokumentation:
<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/mobilitaet>

KONTAKT

Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de



Internationale LEADER-Exkursion

Im Rahmen einer Kooperation der DVS mit den Vernetzungsstellen in Österreich und Luxemburg besuchten LEADER-Regionalmanagements und Mitglieder Lokaler Aktionsgruppen zwei deutsche LEADER-Regionen in Baden-Württemberg und Bayern.

1_ In Hollenbach in der Region Hohenlohe-Tauber erhielten die Teilnehmenden Einblick in die Produktion von Birnen- und Apfelwein aus Streuobst.

2_ In Feuchtwangen in der „Region an der Romantischen Straße“ besuchten sie eine Mostanlage.

3_ Verköstigt wurden sie mit Brot und Kuchen aus seltenen Getreidesorten, gemahlen in der Taubermühle Markelsheim in Hohenlohe. Zur Dokumentation:

<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/leaderexkursion>





Interkommunale Unternehmen für die Energiewende

Da die Aufgabenlast kleiner Kommunen in ländlichen Räumen groß, finanzielle und personelle Ressourcen aber oft gering sind, schaffen es Themen wie die Energiewende häufig nicht nach oben auf die Tagesordnung. Dabei kann der Ausbau erneuerbarer Energien zusätzliche Einnahmequellen für Kommunen bieten, finanzielle Teilhabe der Menschen vor Ort ermöglichen und neue Arbeitsplätze schaffen. Auch das Einsparen von Energie entlastet finanziell. Interkommunale Unternehmen sind in manchen Regionen ein Weg, um diese Potenziale der Energiewende zu heben.

Knapp 80 Teilnehmende aus LEADER- und ILE-Regionen sowie ländlichen Kommunen konnten im Rahmen einer DVS-Online-Veranstaltung im November bei gleich vier Unternehmen einen Blick hinter die Kulissen werfen. Beispielsweise beraten einige der Unternehmen ihre Gesellschafter bei der Planung und Umsetzung von Energieprojekten, andere entwickeln Regionalstrommodelle oder treten als Beteiligungsgesellschaft oder Betreiber von Wind-, Photovoltaik- oder Wärmeprojekten auf. Spannend war die Vielfalt der vorgestellten Geschäftsmodelle, Tätigkeitsfelder und Rechtsformen.

Bei drei der vier vorgestellten Unternehmen spielten LEADER oder die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) eine zentrale Rolle: Die Netzwerkstrukturen dieser beiden Ansätze zur Förderung der Regionalentwicklung waren ein guter Anknüpfungspunkt, um die interkommunale Zusammenarbeit anzubauen. Zudem konnten mit Förderungen Machbarkeitsstudien finanziert werden, die den Grundstein zur Unternehmensgründung legten, oder Personalstellen für die Startphase geschaffen werden. **MHA**

SERVICE

<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/gemeindewerk>

KONTAKT

Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de

Bürgerräte – alle reden drüber, aber wie wird's gemacht?

Bürgerräte erfahren gerade viel öffentliche Aufmerksamkeit. Wir wollten wissen, wie sie in der Praxis funktionieren. Im Rahmen eines DVS-Online-Workshops im September durften wir und etwa 120 Teilnehmende dazu drei Referentinnen viele Fragen stellen. Wir haben von ihnen und über den lebendigen Chat viele Antworten erhalten.

Durch die Beiträge der Referentinnen aus Forschung und Praxis wurde schnell klar: Bei der Durchführung eines Bürgerrates, bei dem Menschen unter Berücksichtigung von Kriterien wie Alter, ökonomischer Situation und Bildungshintergrund repräsentativ ausgelost werden, gilt es im Vorfeld vieles zu beachten. Richtig konzipiert und umgesetzt, können durch den Diskurs und auf Basis der vielfältigen Perspektiven und Lebenserfahrungen der Teilnehmenden konsensfähige Lösungen für politische Probleme entstehen.

Dafür gilt es jedoch einiges zu beachten. Unsere drei Referentinnen – mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten von Dorf bis Region – hoben drei Aspekte besonders hervor: Die Teilnehmenden eines Bürgerrates müssen umfassende und verständliche Hintergrundinformation zu ihrem klar abgegrenzten Auftrag erhalten, damit alle vom gleichen Wissensstand ausgehen. Darüber hinaus sollte zu Beginn

des Prozesses feststehen, was mit den Empfehlungen des Bürgerrates passiert, damit seine Arbeit nicht „ins Leere“ läuft und bei den Teilnehmenden kein Frust entsteht. Zudem braucht es eine gute Kommunikationsstrategie, um die Öffentlichkeit kontinuierlich über den Bürgerrat zu informieren.

Für alle, die mehr wissen wollen: Es gibt umfangreiches Material zum Thema. Unsere Recherchen dazu, die Hinweise aus dem Chat und die Präsentationen haben wir in unserer Dokumentation zusammengetragen. Dank an alle Beitragenden! **MHA**

SERVICE

<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/buergeraete>

KONTAKT

Jens Reda und Marie Halbach,
DVS
Telefon: 0228 6845-2661/-2614
jens.reda@ble.de
marie.halbach@ble.de



AKIS: Systematisch Wissen austauschen

Die DVS macht das „Agricultural Knowledge and Innovation System“ (AKIS) greifbar: In einer Online-Reihe stellen sich Menschen vor, die den Begriff mit Leben füllen. Ein Ziel ist, diejenigen zu unterstützen, die zu dem System beitragen oder davon profitieren können.

September 2025, etwa 75 Teilnehmende sind online dabei, als Simone Sterly vom Institut für ländliche Strukturforschung erläutert, wie sich die Weitergabe von Wissen und Technologien in die Landwirtschaft gewandelt hat. Was früher wie auf einer Einbahnstraße von der Forschung über die Beratung hin zur Praxis verlief, verstehen Politik und Forschung heute als Systeme, in denen Wissenschaft, Landwirtschaft, Beratung, Bildung und Förderung miteinander vernetzt sind. So weit, so abstrakt die AKIS-Definition von Seiten der EU. Beispielhaft machte Sterly deutlicher, welche Akteursgruppen sich davon angesprochen fühlen können. Noch konkreter wurde Dr. Dorothee Schulze Schwesterning, die sich und ihre Funktion als „Innovationsmanagerin“ der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen vorstellte: Sie bildet Brücken zwischen Forschung und Praxis und regt dazu an, dass sich Erfindungen verbreiten und zu Innovationen werden (siehe dazu auch LandInForm 3.23).

Das Online-Treffen war der Auftakt für die Reihe „AKIS verbindet Wissen, Menschen, Ideen“. Am 11. Dezember findet das nächste virtuelle Treffen statt. Auf Einladung der hessischen Koordinierungs- und Vernetzungsstelle für AKIS, des beim Verband der Landwirtschaftskammern angesiedelten Projekts „modernAKIS“ und der DVS stellen sich das landwirtschaftliche Gründerzentrum „NEU.LAND.“ aus Bayern und die „Climate Smart Advisors“ aus dem gleichnamigen europaweiten Projekt vor.

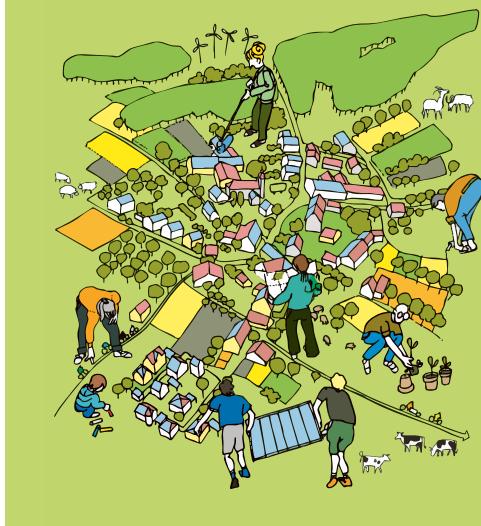
„Wir wollen den Menschen, die in Beratung, Bildung, Praxis, Forschung, Koordination und Verwaltung in den Wissenstransfer landwirtschaftlicher Themen eingebunden sind, eine Plattform bieten, so dass sie sich kennen- und voneinander lernen können – oder überhaupt erst einmal voneinander erfahren“, sagt Dr. Leonie Göbel, die bei der DVS die AKIS-Vernetzung koordiniert. **ARH**

SERVICE

Dokumentation des ersten Online-Treffens und Informationen zum zweiten Treffen:
<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/akis-verbindet>

KONTAKT

Dr. Leonie Göbel, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
leonie.goebel@ble.de



Wandel gestalten

In den niedersächsischen Orten Klein Süntel, Hasperde und Flegessen ist etwas Besonderes gelungen: Als die Schließung der Grundschule drohte, haben die Menschen dort damit begonnen, die Gestaltung ihrer Dörfergemeinschaft in die eigene Hand zu nehmen. In den vergangenen 13 Jahren haben sie verschiedene überregional ausgezeichnete Projekte initiiert, die das soziale Miteinander stärken, die Daseinsvorsorge in den Orten sichern und gleichzeitig einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

In einem zweitägigen Seminar am 24. und 25. April 2026 in Bad Münder am Deister wollen wir Grundlagen des Prozessmanagements sowie bewährte Methoden kennenlernen, die die Projekte in der Dörfergemeinschaft zum Erfolg gebracht und auch Menschen motiviert haben, die sich ansonsten selten engagieren. Zudem beschäftigen wir uns damit, wie eine zukunftsorientierte Dorfentwicklung auf lokaler Ebene und eine sozial-ökologische Transformation auf übergeordneter Ebene zusammengedacht werden können. Wir möchten mit Tandems arbeiten und laden LEADER-Regionalmanagements sowie Aktive aus der Dorfentwicklung dazu ein, sich gemeinsam anzumelden.

MHA

SERVICE

Programm und Anmeldung ab Mitte Januar 2026 unter
<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/wandel-gestalten>

KONTAKT

Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de



Vormerken

Für LEADER: Demokratischer Umgang mit Populismus

Nach der allgemeinen Einführung in die Reihe „LEADER hält zusammen. Demokratischer Umgang mit Populismus und extremen Positionen“ im November fand Anfang Dezember der erste Praxis-Workshop dazu statt. Es gibt weitere Termine:

3. und 4. März 2026 in Schweinfurt
13. und 14. April 2026 in Münster

Dokumentation, Programm und Anmeldung unter:
<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/zusammenhalt>

GAP, ELER & Umwelt 2026 - Agrar- umweltförderung in der GAP nach 2027

Tagung am 17. und 18. März 2026 in Berlin

<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/gap-umwelt>

Lebensmittelhandwerk als Basis für regionale Wertschöpfung

DVS-Transferbesuch am 24. und 25. März 2026 in das Umland von Eberswalde

<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/Im-handwerk>

Bundesweites LEADER-Treffen 2026

Für die zweite Juniwoche
in Lüneburg geplant

<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/leadertreffen>



Alte Gebäude neu nutzen

Wie kann Sanierung und Umnutzung bestehender Gebäude Priorität vor dem Neubau bekommen? Wie lässt sich die Nachfrage nach Immobilien besser lenken? Um diese Fragen geht es bei unserem Fachforum am 22. Januar 2026. Zu dieser Veranstaltung beim „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“ in Berlin laden die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG), die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG), das Büro Brüssel der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die DVS gemeinsam ein.

Wohnraummangel, hohe Mieten und Neubauten mit niedrigem Standard sind Realität in zahlreichen Metropolen. In vielen ländlichen Räumen und Kleinstädten gibt es hingegen Leerstand, der Gebäudebestand verliert an Wert und wertvolle, zum Teil historische Bausubstanz verfällt. Dadurch werden große Mengen an Ressourcen, die sogenannte graue Energie, die bei der Herstellung und dem Transport von Baustoffen vonnöten ist, verschwendet. In wenig nachhaltige Neubauten fließt dagegen viel Energie.

Über Häuser auf dem Land reden

Was haben wir in Berlin vor? Wir wollen in verschiedenen Beiträgen Wert und Zukunft des Gebäudebestandes in ländlichen Räumen betrachten. Und wir diskutieren, welche Hemmnisse für eine konsequenter Nutzung des vorhandenen Gebäudebestandes abgebaut werden müssen. Hierbei ist beispielsweise die Kirche mit ihrem (mittlerweile zu) großen, vielfach ortsbildprägenden oder auch unter Denkmalschutz stehendem Gebäudebestand herausgefordert. Auch sind für nicht mehr benötigte, ehemals landwirtschaftlich oder gewerblich genutzte Gebäude oder für Wohngebäude, die in die Jahre gekommen sind, zukunftsfähige Ideen und Konzepte nötig.

In einer Gruppenarbeit wollen wir Visionen und kreative Ideen für alte, leerstehende Gebäude entwickeln. Wir überlegen, wie diese Gebäude für Dorf und Gemeinschaft wieder attraktiv werden können. Zum Abschluss des Fachforums zeigen drei Projekte aus der Praxis, wie es gelingen kann, bestehende Gebäude mit neuem Leben zu füllen. Das Motto: Umbau statt Abriss und keine Angst vor alten Häusern. Denn in den Projekten ging es darum, alte Bauten, auch solche mit Denkmalstatus, modern und alltäglich zu nutzen und keine musealen Objekte zu schaffen. STK

SERVICE

Programm und Anmeldung unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/zukunftsforum

KONTAKT

Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



Welche Medien braucht das Land?

Das Internet und die Sozialen Medien überfluten uns heute mit Neuigkeiten, Falschmeldungen und Werbung. Die Zahl der journalistisch aufbereiteten Medien nimmt dagegen ab. LandInForm zeigt auf, was das für ländliche Räume bedeuten kann. Gleichzeitig stellen wir beispielhaft vor, wie neue Medien entstehen und was es braucht, damit ein Austausch in der und über die Region gelingen kann.

Wer nimmt heutzutage journalistisch die Belange ländlicher Räume in den Blick?

- 1_ Berichterstattung vor Ort: Viele Menschen informieren sich per TV oder Livestream.
- 2_ Wie die Sozialen Medien sind viele Tageszeitungen mittlerweile digital verfügbar.
- 3_ Mit dem Abonnement von Zeitschriften sind hohe Druck- und Logistikkosten verbunden.
- 4_ Informationen nebenbei: Welche Radiosendungen und Podcasts greifen ländliche Themen auf?

2

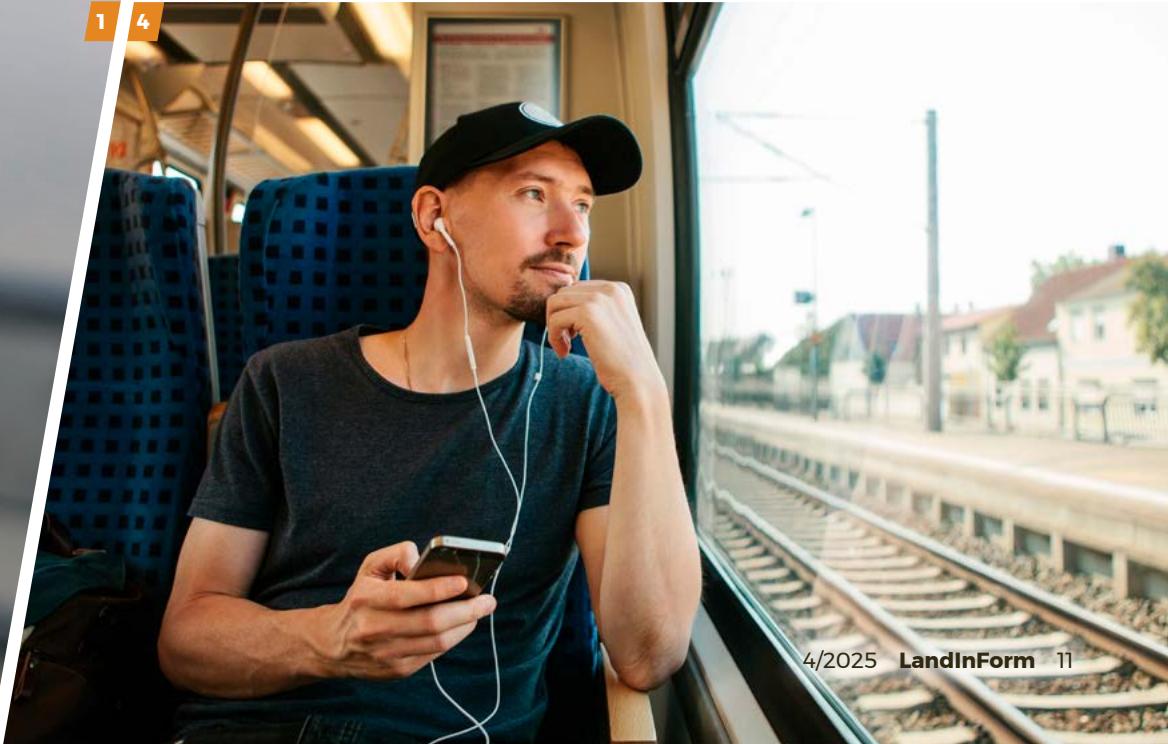


3



1

4



Neue Formate gesucht

Die Zahl der Lokalzeitungen nimmt insbesondere in ländlichen Räumen ab. Woher bekommen die Menschen dort heute Informationen aus der Region? Neue Themenmarktplätze und Gesprächsräume sind gefragt.

Von Dörthe Ziemer

Das Aufreger-Thema aus dem Kreistag, die Jahreshauptversammlung des Schützenvereins, das Kinoprogramm, das jüngste Theaterstück, das Porträt über den neuen Hausarzt oder die Tagesordnung für die nächste Stadtverordnetenversammlung – all das hat früher die Lokalzeitung ins Haus geliefert: ein Themenmarktplatz am Frühstückstisch. Heute kommt die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail, das Kinoprogramm findet sich auf Facebook, das Theaterstück wird in der WhatsApp-Gruppe des Kulturvereins gelobt und das Aufreger-Thema aus dem Kreistag ... tja, war da was?

Zeitungswüsten?

Lokale Informationen zu bekommen, gleicht heute zunehmend einem Glücksspiel – je nachdem, auf welchem Kanal man aktiv ist. Seit vielen Jahrzehnten schon stehen Radio und Fernsehen an der Spitze der Nutzungsstatistiken etablierter Medien. Printmedien fallen dahinter zurück, und zwar rasant: Die Auflagen von Tageszeitungen, und mit ihnen die von Lokalzeitungen, sinken laut Statistikportal in Deutschland dramatisch.

Die Lage ist noch stabil, aber fragil. Denn obwohl überall noch Tageszeitungen verfügbar sind, gibt es immer mehr Ein-Zeitungskreise, also Regionen, in denen nur eine Tageszeitung erscheint. Das zeigt die interaktive Karte der „Wüstenradar“-Studie zur Verbreitung des Lokaljournalismus in Deutschland, erstellt von der Hamburg Media School und Partnern. Und obwohl in Deutschland bislang keine negativen Auswirkungen etwa auf politische Partizipation und das demokratische Miteinander feststellbar seien, schlägt der Wüstenradar mit Blick auf Studien zu „Nachrichtenwüsten“ in den USA Alarm: Dort, wo keine lokalen Nachrichten mehr verfügbar sind, sinken Wahlbeteiligung und demokratische Teilhabe, steigen Korruption und Misswirtschaft.

Informationen beschaffen

Wie gelangen nun Menschen im ländlichen Raum an Informationen, und welche suchen sie? Darüber gibt das Forschungsprojekt „Daseinsbezogene Informationskompetenz in ländlichen Räumen“ (DILRA), gefördert durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULE-plus), Auskunft. Demnach steht der Suchdienst Google in allen Altersgruppen ganz oben auf der Liste der Informationsquellen. Bei den 15- bis 29-Jährigen folgen Soziale Medien und Gespräche mit Freunden und Familie, bei den 30- bis 59-Jährigen sind es zunächst die Gespräche, dann Tageszeitungen und dann Soziale Medien. Bei den über 60-Jährigen stehen Tageszeitungen an erster Stelle, gefolgt von Radio und Nachrichtendiensten, etwa WhatsApp. Je älter die Menschen, desto vielfältiger werden die Informationsquellen. Und während sich die 15- bis 29-Jährigen beim Einkaufen und Nachrichtenkonsum am besten mit Informationen versorgt fühlen, geht es den 30- bis 59-Jährigen bei Bildungsthemen und den über 60-Jährigen bei Gesundheitsthemen so. Weniger zufrieden fühlen sich die jeweiligen Altersgruppen bei Finanz- und Rechtsthemen (Jüngste), lebensbedrohlichen Lagen (mittlere Gruppe) sowie Nahversorgung (Älteste).

In Bezug auf die Versorgung mit lokalen Informationen sind Forschende der Universität Bremen auf ein „Öffentlichkeitsparadox“ gestoßen: Zwar messen vor allem Kollektive wie Vereine oder Institutionen lokaler Information große Bedeutung bei, sind aber immer weniger bereit, klassische Lokalmedien zu konsumieren oder für die eigene Kommunikation zu nutzen, etwa durch Pressemitteilungen. Viele setzen auf eigene Kanäle in den Sozialen Medien. Es findet eine Aufsplitterung der einst weitgehend homogenen lokalen Öffentlichkeit in Teilöffentlichkeiten, Vereins- oder Parteiblasen statt. Oder: Der Themenmarktplatz verteilt sich auf viele Straßen.

Plattformen für alle Arten von Infos

Der Journalismus braucht, so schlussfolgern die Bremer Forschenden, „neue soziale Relationalitäten“, also wechselseitige Beziehungen: Mit „molo.news“ haben sie deshalb eine Plattform geschaffen, auf der neben klassischen Medieninhalten auch Informationen von Vereinen und Initiativen sowie der öffentlichen Hand, etwa aus dem Rathaus, erscheinen. Die Plattform wird durch ein Redaktionsteam kuratiert. Besonders wichtige Meldungen werden allen Nutzenden angezeigt, was die Bildung von Filterblasen verringern soll. Der wichtigste Punkt ist jedoch: Die Bereiche von molo.news sind farblich gekennzeichnet, um journalistische von nicht journalistischen Inhalten zu unterscheiden. Das heißt, ein lokaler Zeitungsartikel wird nicht auf dieselbe Stufe wie eine Pressemitteilung gestellt, aber im selben Umfeld präsentiert. Damit werden zwei Bedürfnisse zusammengeführt: das individuelle nach lebenspraktischen Informationen und ein gesellschaftliches nach einer hinreichenden Informiertheit der lokalen Öffentlichkeit.

Ähnliches wurde in einer kleinen Studie im Rahmen des Grow-Greenhouse-Stipendiums 2023 festgestellt: Menschen





Dieses Bild wird seltener, denn die Abonnentenzahlen vieler Tageszeitungen nehmen weiter ab.

wollen über Termine, Angebote und Vorhaben in ihrer Nachbarschaft informiert sein – gleichzeitig braucht die lokale Demokratie eine informierte Ortsgesellschaft, wie ein Befragter mit Blick auf die Rolle des Journalismus als Vierter Gewalt feststellte. Damit ist gemeint, dass Medien Politik und Staat kontrollieren. Der Titel der Studie lautet „Breite mal Tiefe mal Nähe“, da die Befragten ein breites, buntes Informationsangebot plus tiefe journalistische Recherchen suchen – einen Themenmarktplatz eben. Hinzu kommt der Wunsch nach Nähe zu denen, die den Journalismus betreiben. Die Befragten wollen wissen, wer über sie schreibt, wie sie diese Personen kontaktieren und eigene Themen in die Öffentlichkeit einbringen können. Das beschreiben diejenigen, die molo.news koordinieren, so: „Wir brauchen klassische Lokalmedien heute genauso stark wie früher, aber wir brauchen sie anders eingebunden und in offeneren Formen als der klassischen Lokalzeitung.“ Man müsse „neue Wege eines produktiven lokalen Diskurses finden“.

Diesen Weg haben bereits zahlreiche lokaljournalistische digitale Neugründungen, insbesondere im städtischen Raum,

eingeschlagen – darunter „Relevanzreporter Nürnberg“, „Vier.Null Düsseldorf“, „RUMS Münster“ und das „Bürgerportal Bergisch Gladbach“. Mit „wokreisel“ wurde ein gemeinnütziges „Magazin für Politik, Gesellschaft und Kultur in Dahme-Spreewald“ im ländlichen Raum gegründet. All diese Medien sind aus einem empfundenen Mangel an lokaljournalistischer Vielfalt entstanden und setzen inzwischen auf starke Beziehungen zu den Nutzenden: durch Live-Formate wie Podiumsdiskussionen, etwa vor Wahlen, offene Gesprächsabende und szenisch präsentierte Recherchen. Hinzu kommen Umfragen und Crowd-Recherchen, also gemeinschaftliche Recherchen von allen, die sich für ein Thema interessieren.

In Zeiten von KI und sinkender Reichweite tragen gerade solche Projekte dazu bei, den Lokaljournalismus wieder nah- und greifbar und damit relevant zu machen. „Wer Re-

sonanzräume aufbaut, verlässt die defensive Rolle und wird Gestalter der eigenen Sichtbarkeit“, schreibt der Journalist Alexander von Streit in der Ausgabe 10/25 des Fachmagazins „journalist“. „Wenn Journalismus aus dem öffentlichen Raum verschwindet, verlieren wir mehr als ein Geschäftsmodell – wir verlieren die Voraussetzung für gesellschaftliche Verständigung.“

SERVICE

Zur Wüstenradar-Studie: <https://wuestenradar.de>

Zum Projekt „DILRA“ in der Publikation „Ländliche Räume in Zeiten der Digitalisierung“: <https://land-zukunft.de/publikationen>

Zu molo.news: <https://molo.news>

Zur Studie „Breite mal Tiefe mal Nähe“: <https://nrch.de/gr1>

KONTAKT

Dörthe Ziemer
Freie Journalistin
Telefon: 033766 20434
info@doerthe-ziemer.de
<https://wokreisel.de>

Das Sterben der Lokalzeitung

Die Skepsis gegenüber journalistischen Medien steigt, die Zahl der Lokalzeitungen nimmt ab. Wer Nachrichten über die Region in Sozialen Medien sucht, sieht meist nur einen Teil des Bildes. Dabei sind Lokalnachrichten für ländliche Regionen mehr als nur Informationen.

Von Dorothee Hefner

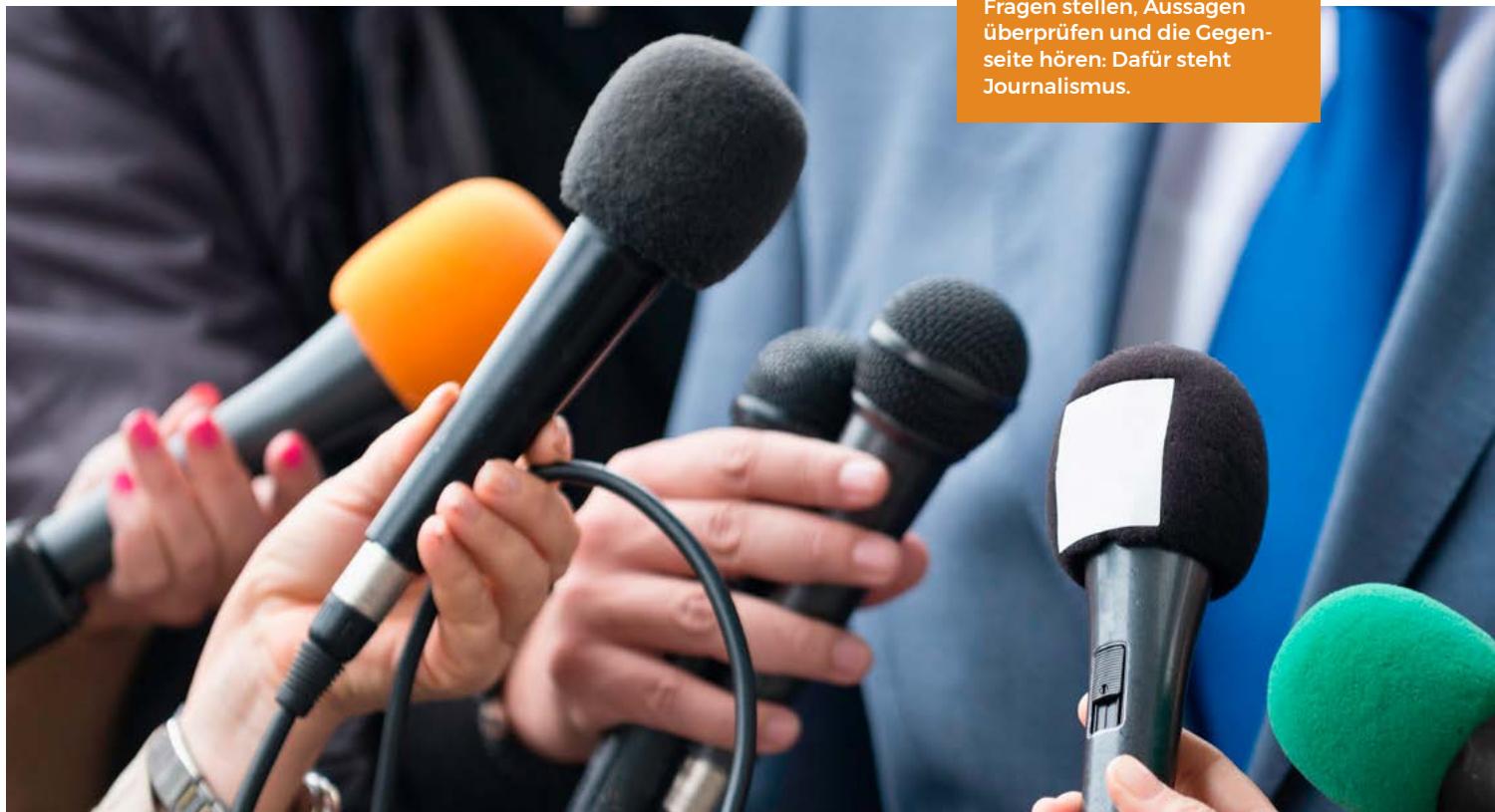
Auch wenn viele Menschen den etablierten Medien in Deutschland vertrauen, gibt es doch eine wachsende Gruppe, die man laut der „Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen“ als „medienzynisch“ bezeichnen kann: Diese 20 Prozent der erwachsenen Deutschen stellen in Frage, dass die etablierten Medien verantwortungsvoll und integer handeln. Sie bezweifeln, dass das Mediensystem, beispielsweise die grundsätzliche Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien, legitim und sinnvoll ist. Das Misstrauen gegenüber Medien wie Tageszeitungen, Nachrichtensendungen von öffentlich-rechtlichen Fernseh- oder Radiosendern wächst also, und mit ihm schwinden die Lesenden, Zuschauenden und Zuhörenden. Die

Stellung des Journalismus als Vierte Gewalt im Staat wird dadurch in Frage gestellt. Wenn ein Teil einer Gesellschaft nicht mehr hinter ihren Leitmedien steht und anzweifelt, dass sie ihre Meinung widerspiegeln, können sie nicht mehr als Korrektiv auf die Politik wirken.

Gleichzeitig verändert sich unsere Art, wie wir Nachrichten aus verschiedenen Quellen konsumieren, grundlegend. Wir lesen weniger konzentriert, scrollen oft nur nebenbei durch die Nachrichtenflut auf dem Smartphone; Informationen werden weniger tief verarbeitet. Diese Oberflächlichkeit macht uns anfälliger für vereinfachte Botschaften und emotionale Aufreger – typische Kommunikationsstrategien populistischer Kräfte. Nur wer über Medienkompetenz verfügt,

kann Sensationsberichterstattung oder „Kampagnenjournalismus“ entlarven, der die immer gleiche Kritik an beispielsweise einer Partei übt, ohne zu differenzieren. Genauso braucht es Kompetenz, um Falschmeldungen in den Sozialen Medien und die Zwecke dahinter zu erkennen. Konstruktive Skepsis ist also wichtig und notwendig, weil wir mit immer mehr Schlagzeilen aus Quellen konfrontiert werden, die keine journalistischen Qualitätsstandards erfüllen.

Ein Vorteil der Sozialen Medien ist, dass wir darüber in Echtzeit Neugkeiten aus der Welt, der Region und dem Dorf erfahren und uns darüber austauschen können. Sie bieten also insbesondere in ländlichen Gebieten großes Potenzial. Gleichzeitig bergen sie jedoch die Gefahr, dass



Fragen stellen, Aussagen überprüfen und die Gegenseite hören: Dafür steht Journalismus.

sie gegensätzliche Gruppen weiter voneinander abgrenzen, statt einen offenen Meinungsaustausch zu fördern. Dies geschieht, indem Soziale Medien gleichzeitig auch Raum zu Abgrenzung, Diffamierung und Hass („Hate Speech“) schaffen und dadurch zur gesellschaftlichen Polarisierung beitragen.

Weniger Medienvertrauen auf dem Land

In Bezug auf ein konstruktives Medienvertrauen scheint es Unterschiede zwischen Stadt und Land zu geben. Gemeint ist damit, dass Menschen zwar kritisch in der Sache, aber grundlegend einverstanden mit dem journalistischen Mediensystem sind: Eine Studie des „Reuters Institute for the Study of Journalism“ zeigt, dass in den USA das Vertrauen in Medien und die Nutzung qualitativ hochwertiger Nachrichtenquellen in ländlichen Gebieten oft geringer ausgeprägt ist als in urbanen Zentren. In der Stadt konkurrieren viele Medien um Aufmerksamkeit, es gibt eine höhere Dichte an Informationen und Diskursen. Das große Problem auf dem Land, auch in Deutschland: Immer häufiger fällt die Lokalzeitung weg und damit die zentrale, vertrauenswürdige Informationsinstanz. Redaktionen sind zu teuer, Abonnentenzahlen und Anzeigengeschäfte gehen zurück. Die Forschung zeigt, dass dadurch das Informationsangebot und die

Meinungsvielfalt in der Lokalpresse abgenommen haben: Die Zahl der Verlage und der erscheinenden Zeitungen ist gesunken, während die Marktkonzentration – also die zunehmende Dominanz weniger großer Medienunternehmen – gestiegen ist. Dies geht mit geringerer inhaltlicher Vielfalt einher. Zudem wird die Berichterstattung lückenhaft, wenn eine kleinere Redaktion über eine größere Region berichten muss. Wenn Redaktionsmitarbeitende keine Zeit haben, kann die Recherche nicht tief gehen und die Fragen an die Lokalpolitik werden womöglich weniger kritisch. Ein Verlust an Qualität kann dann zu weiteren Rückgängen bei den Abonnentenzahlen und Redaktionsschließungen führen und somit eine Negativspirale fördern.

In die leeren Märkte drängen kostenlose Anzeigenblätter, die sich oft nicht den journalistischen Standards von Unabhängigkeit und Ausgewogenheit verpflichten. Sie haben ein anderes Selbstverständnis, suggerieren Unwissenden aber, dass sie seriösen Journalismus betreiben. Insbesondere in Ostdeutschland stehen manche der AfD nahe und verbreiten rechtspopulistische Narrative.

Warum ist der Verlust der Lokalzeitung so fatal? Sie ist mehr als ein Berichterstatter über Feuerwehrfeste und Fußballspiele. Sie ist ein Fundament der lokalen Demokratie. Forschungen aus anderen Ländern, besonders den USA, zeigen, dass ein Rückgang der Lokalzeitungen mit einem Rückgang von politischem Wissen und politischer Teilhabe zusammenhängt, Polarisierung verstärkt und das Gemeinwesen schwächt. Wie die Studie „Wüstenradar“ der Hamburg Media School und ihren Partnern aufzeigt, findet man in Deutschland solche Effekte noch nicht. Doch das ist kein Grund zum Aufatmen: Die Forschenden führen es darauf zurück, dass der Prozess der „Nachrichtenversteppung“ in vollem Gange ist und negative Effekte in Zukunft zu erwarten sind.

Was tun?

Welche Handlungsoptionen gibt es? Erstens sollte darüber diskutiert werden, ob der Lokaljournalismus ähnlich wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk als demokratie-notwendige Aufgabe verstanden und finanziell unterstützt werden muss. Es geht nicht um Staatsjournalismus, sondern um redaktionelle Unabhängigkeit, die es wert ist, gesellschaftlich getragen zu werden. Ein erster Schritt könnte die Anerkennung des Journalismus als gemeinnützig sein, was steuerliche Vorteile bringen und neue Finanzierungsmöglichkeiten, etwa über Stiftungen, erschließen würde.

Zweitens sollte der Lokaljournalismus sich selbst in die Lage bringen sowie in die Lage gebracht werden, stärker von der Digitalisierung zu profitieren. Sei es in Bezug auf die Übernahme von Routineprozessen durch Künstliche Intelligenz, sodass mehr Ressourcen in aufwendige Vor-Ort-Recherchen fließen können. Oder auch durch die Schaffung einer gemeinsamen digitalen Plattform, über die ausschließlich journalistische Inhalte verschiedener Anbieter verbreitet werden können. Bei einer solchen Plattform sollte sichergestellt werden, dass kleinere Medienhäuser gegenüber großen Anbietern nicht benachteiligt werden und ihre Inhalte gleichberechtigt sichtbar sind.

Drittens braucht es die Stärkung von Medienkompetenz. Nicht nur, um Desinformation, Sensations- und Kampagnenjournalismus aufzudecken, Lobbyismus und Werbung zu entlarven sowie Strategien hinter emotionalisierten Botschaften – sowie die eigenen Reaktionen darauf – zu erkennen. Sondern auch, damit Menschen in die Lage versetzt werden, hochwertigen Journalismus von weniger hochwertigem zu unterscheiden. Daraus könnte sich nicht nur eine größere Wertschätzung für (Lokal-)Journalismus ergeben, sondern auch eine höhere Bereitschaft, Geld dafür zu bezahlen.



Foto: Microgen - stock.adobe.com

SERVICE

Zur Mainzer Langzeitstudie zum Medienvertrauen:
<https://medienvvertrauen.uni-mainz.de>

KONTAKT

Dr. Dorothée Hefner
 Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover
 Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung
 Telefon: 0511 3100-453
 dorothée.hefner@ijk.hmmtm-hannover.de
<https://www.ijk.hmmtm-hannover.de>



Medien und Demokratie

Stimmen aus Forschung, Politik und Gesellschaft betonen immer wieder, dass journalistische Medien für die Demokratie systemrelevant seien. Welche Rolle spielen sie?

Prof. Dr. Lutz Hagen
forscht und lehrt am Institut für Kommunikationswissenschaft an der Technischen Universität Dresden. <https://tu-dresden.de/gsw/phil/ifk>



Herr Prof. Hagen, hängen die Verfügbarkeit von lokalen Medien und die Haltung der Menschen zur Demokratie zusammen?

Unabhängige Medien sind eine unabdingbare Infrastruktur, damit die Menschen demokratische Prozesse beobachten und sich daran beteiligen können. Das Fundament dafür sind die lokalen Medien. Untersuchungen zeigen, dass die Identifikation mit der Gemeinde kleiner wird, wenn es keine lokal ausgerichteten Medien mehr gibt. Die Menschen haben weniger politisches Wissen, gehen seltener zu Wahl. Schon in den 1990er- und 2000er-Jahren hat man bei Kommunal- und Bundestagswahlen festgestellt, dass extreme Parteien mehr Stimmen bekommen, wo Lokalausgaben eingesetzt werden. Der Grund: Verfolgt man nur die Bundespolitik, begünstigt das Polarisierung, weil die ideologischen Pole dort stärker ausgeprägt sind. Kommunalpolitik ist dagegen eher auf Konsens ausgerichtet. Davon bekommen die Menschen weniger mit, wenn Medien weniger lokal berichten.

„Wenn es keine lokal ausgerichteten Medien mehr gibt, wird die Identifikation mit der Gemeinde kleiner.“

Kritik an der Politik von Landes- und Bundesregierung und an der Presse wird manchmal in einem Atemzug formuliert. Wieso?

Medien als vom Staat gelenkt darzustellen, ist ein Teil populistischer Narrative. Es ist die Rede von „denen da oben“, Staat und Medien, gegen das Volk. Journalismus ist ein Geschäft unter Zeitdruck, es ist unstrittig, dass dabei Fehler passieren, aber es ist falsch, dahinter staatlichen Einfluss zu vermuten. Es gibt natürlich Lokalzeitungen, die eine bestimmte politische Ausrichtung haben – im Vergleich zu überregionalen Zeitungen ist sie aber üblicherweise schwächer ausgeprägt. Insbesondere, wenn es nur eine Zeitung für eine Region gibt, ist sie selten politisch.

Wie sollten journalistische Medien mit extremen Positionen umgehen?

Es gibt Neutralitätsregeln im Journalismus, aber das bedeutet nicht, dass man unkommentiert alles weitergibt. Die Grenze ist erreicht, wenn politische Positionen verfassungsfeindlich sind. Mit extremen Haltungen umzugehen, ist nicht einfach. In dem Moment, in dem sie ein Medium kritisiert, verbreitet es sie zugleich. Journalistische Aufgabe ist, zu zeigen, was unseren Werten entspricht und was nicht. Gleichzeitig muss es eine Trennung von Nachrichten und Meinungen geben. Journalisten dürfen ihre eigene Meinung sagen, aber sie gehört in die Rubrik „Kommentar“ und nicht in die eigentliche Nachricht. Extreme

politische Meinungen werden oft provokant vorgetragen und haben einen hohen Aufmerksamkeitswert. Es ist eine Aufgabe für Journalisten, nicht nur auf laute Minderheiten zu reagieren, sondern auch die leise Mehrheit zu berücksichtigen.

Welche Rolle haben journalistische Medien heute noch als Säule der Demokratie?

Der Journalismus hat sein Monopol als Gestalter von Öffentlichkeit verloren, da er mit anderen Medien konkurriert. In lokalen Umgebungen merkt man das besonders. Ich habe zusammen mit einem Forscherteam im Auftrag der Thüringer Landesmedienanstalt eine Studie durchgeführt. Wir haben uns die lokalen Angebote in Thüringen anschaut: In 18 von 22 Städten und Landkreisen erscheint nur noch eine Tageszeitung. Und je ländlicher es wird, desto weniger neue Angebote gibt es in den Sozialen Medien, die diese Lücke füllen könnten. Die Inhaltsanalysen zeigen, dass diese neuen Angebote nicht annäherungsweise die gleichen Informationen wie die Tageszeitungen über Lokales bieten. Journalistische Medien werden ihre Rolle sicher nicht komplett verlieren. Sie müssen es aber schaffen, die jüngere Zielgruppe zu erreichen, indem sie neue Formate finden, verstärkt Geschichten erzählen, unterhalten und das Publikum einbinden.

Herr Prof. Hagen, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.



Aktiv im Radio-ENNO-Team:
Medienpädagogin beim Interview,
Mitglieder der Seniorenredaktion „Silberstimmen“



25 Jahre Bürgerfunk

Im thüringischen Nordhausen ging im Jahr 2000 ein offener Radiokanal auf Sendung, dessen Beiträge die Menschen vor Ort gestalteten. Daraus wurde „Radio ENNO“. Es feiert dieses Jahr Jubiläum und sieht sich gleichzeitig zunehmenden Herausforderungen gegenüber.

Von Peter Jentsch



Nicht kommerziell, lokal und für alle offen: Das ist Radio ENNO. Getragen wird der Bürgerrundfunksender vom „Offenen Kanal Nordhausen e. V.“, einem gemeinnützigen Verein, dem Kultur- und Bildungseinrichtungen, Sozialvereine, Medien und Privatpersonen angehören. Bei dem Lokalradio können sich alle, die wollen, aktiv an der Medienproduktion beteiligen. Somit orientiert sich Radio ENNO am sogenannten Prinzip des offenen Zugangs gemäß den Richtlinien für nicht kommerziellen Rundfunk in Thüringen.

Erfolgsgeschichte

Das erste Nordhäuser Bürgerradio ging unter dem Namen „Offener Kanal Nordhausen OKN“ im Jahr 2000 an den Start. Von den ehrenamtlichen Radiomachenden als auch den Zuhörenden wurde es schnell als das Radio angenommen, mit dem sie sich identifizierten. 2016 wurde aus OKN das heutige Bürgerradio, das zusätzlich zur Zugangsoffenheit über den Thüringer Medienstaatsvertrag einen formellen Programmauftrag bekam. Zu den Verpflichtungen von Radio ENNO gehört, zur Verbreitung lokaler und regionaler In-

formationen beizutragen sowie eine Redaktion mit professionellen Mitarbeitenden einzurichten. Ihre Aufgabe ist es, Aktive dabei zu unterstützen, regelmäßig eigenverantwortlich Sendezeiten mit lokal relevantem Inhalt zu füllen.

Die professionelle Redaktion übernimmt dabei medienbildnerische Aufgaben: Partizipative Strukturen und medienpädagogische Ansätze sollen die Medienkompetenz der Ehrenamtlichen fördern und demokratische Teilhabe auf regionaler Ebene unterstützen. Dazu werden Netzwerke gebildet und lokale Akteure aus Nordhausen und dem Südharz eingebunden, beispielsweise der Kinder- und Jugendstadtrat. Eine Medienpatenschaft besteht mit dem benachbarten Kyffhäuserkreis, der nicht über Bürgermedien verfügt. Radio ENNO arbeitet zudem mit der Hochschule Nordhausen zusammen. Außerdem sind einige Bürgerredaktionen aktiv, beispielsweise die Seniorenredaktion „Silberstimmen“, die mehrere Sendeplätze bespielt, und eine deutsch-ukrainische Redaktion, die mit dem Format „Cervona ruta“ donnerstags auf Sendung geht.

Herausforderungen

Die Finanzierung stellt ein strukturelles Problem dar. Als nicht kommerzieller Sender ohne Werbeeinnahmen ist Radio ENNO auf Fördermittel angewiesen. Das Bürgerradio wird durch die Thüringer Landesmedienanstalt gefördert. Die Förderhöhe ist seit Jahren konstant, deckt aber nicht die allgemeine Preissteigerung ab. Hinzu kommen steigende Anforderungen an Datenschutz und komplexer werdende rechtliche Rahmenbedingungen.

Zudem muss sich das Bürgerradio, auch mit neuer Technik, auf digitale Sendeformen ausrichten, da die herkömmliche UKW-Nutzung besonders bei jungen Zielgruppen an Bedeutung verliert. Es bietet einen Streamingdienst, eine Mediathek und erprobt zudem einen Podcast. Gleichzeitig wird es schwieriger, neue Mitwirkende zu gewinnen und langfristig zu binden.

Sichtbar sein, um lokale Meinungsvielfalt abzubilden

Schließlich stellt sich die Frage nach der medialen Sichtbarkeit. Im Wettbewerb mit professionellen, reichweitenstarken Angeboten muss ein offenes Lokalradio im digitalen Umfeld auffindbar sein und seine Relevanz kontinuierlich neu begründen. Dabei geht es nicht nur um Reichweite, sondern um die Frage, welche Rolle partizipative Medien in einer demokratischen Gesellschaft spielen können und sollen – insbesondere in Regionen, in denen die Lokalberichterstattung zunehmend ausgedünnt ist. Radio ENNO feiert 25 Jahre Bestehen – aber es bleibt abzuwarten, ob es auch in 25 Jahren noch senden wird.

KONTAKT

Peter Jentsch
Radio ENNO
jentsch@radio-enno.de
<https://radio-enno.de>

Podcast für Regionalentwicklung

Die LEADER-Region „Meer & Moor“ in Niedersachsen produziert seit 2023 einen eigenen Podcast. Inzwischen wurden vier Folgen veröffentlicht, die verschiedene Zielgruppen ansprechen.

Von Maren Krämer



Für eine Podcast-Folge zum Thema Demokratie haben sich Jugendliche mit dem Rapper Spax ausgetauscht, der aus der Region stammt und in seiner Musik den Wert der Demokratie behandelt.

In der LEADER-Region „Meer & Moor“ gibt es ein etabliertes Netzwerk von Aktiven und beliebte Veranstaltungsformate, über die sie sich austauschen, Erfahrungen teilen und Neues erfahren. Meist aber gestalten dieselben Engagierten den LEADER-Prozess zur Entwicklung der Region aktiv mit. Das Regionalmanagement möchte deshalb verstärkt Menschen erreichen, die bisher kaum Kontakt zu LEADER hatten. Dafür wollte es ein Medium einsetzen, das leicht zugänglich und niedrigschwellig ist. Die Wahl fiel auf einen Podcast, weil sich darüber regionale Themen dialogorientiert vermitteln lassen. Das Podcast-Format bot sich zudem an, da der LEADER-Region Barrierefreiheit wichtig ist – ein Audio-Format erleichtert den Zugang für Menschen mit Leseschwierigkeiten oder Sehbehinderung.

In Eigenregie

Das LEADER-Regionalmanagement erstellt nun „Meer & Moor im Ohr – den LEADER-Podcast“ selbst. Zwei Personen aus dem Team des Regionalmanagements entwickeln die Ideen, erarbeiten das Konzept, suchen nach geeigneten Gästen und führen die Interviews. Auch

den Schnitt und die Tonbearbeitung übernehmen sie. Ein technisches Grundverständnis für Mikrofon, Aufnahme und Schnittsoftware ist deshalb von Vorteil.

Die erste Folge dient dem Einstieg in das Thema LEADER, sie erklärt den Bottom-up-Ansatz und die Projektförderung. In der zweiten Folge geht es um das Ehrenamt. Engagierte erzählen von ihrer Motivation, Herausforderungen und Hindernissen. Dazu saßen Menschen, die durch ihr Engagement bereits etwas bewirken konnten mit Menschen an einem Tisch, die gerade damit begonnen haben, Projekte für ihre Dorfgemeinschaft anzustossen. Daraus hat sich ein Gespräch über Erfolgsfaktoren und Stolpersteine entwickelt.

Die dritte und vierte Folge widmen sich dem Thema Demokratie. Als europäisches Förderinstrument repräsentiert LEADER die demokratischen Werte der Europäischen Union. Den LEADER-Aktiven war es wichtig, im Podcast zu vermitteln, dass LEADER ein basisdemokratischer Prozess ist, durch den die Menschen aktiv an der Entwicklung ihrer Heimatregion mitwirken können. Es wurde

deutlich, dass ein Großteil der LEADER-Mittel dafür eingesetzt wird, den Zusammenhalt im Dorf und das Wir-Gefühl zu stärken.

Zielgruppe junge Menschen

Bei diesen beiden Folgen gelang es, junge Menschen einzubinden. Um ihre Sicht auf den Wert der Demokratie zu erfahren, hat das LEADER-Regionalmanagement mit den Schulen der Region zusammengearbeitet und Jugendliche zu Wort kommen lassen. Sie besuchten zusammen mit dem Podcast-Team des LEADER-Regionalmanagements ein Tonstudio, wurden interviewt und führten selbst Interviews.

Weitere Podcast-Folgen sind ab 2026 geplant. Beworben wird das Format über den regelmäßig erscheinenden LEADER-Infobrief, die Website der Kommune Neustadt am Rügenberge sowie Berichte in der regionalen Presse. Da der Podcast nicht über Streaming-Dienste abrufbar ist, sondern über die Website der Kommune, die die Abrufe nicht zählt, kann bisher nicht nachverfolgt werden, wie viele Menschen ihn anhören. Für die Beteiligten ist jedoch klar: Allein dadurch, dass Teile der Bevölkerung in die Arbeit an den Podcast-Folgen einbezogen werden, entstehen neue Berührungspunkte mit den Themen der LEADER-Region.

Foto: Sweco GmbH

SERVICE

LEADER-Region und Podcast „Meer & Moor im Ohr“: <https://www.neustadt-a-rbge.de>
→ Leben in Neustadt → Stadtentwicklung → Dorfentwicklung
LEADER Meer & Moor

KONTAKT

Maren Krämer
Sweco GmbH
Telefon: 0511 3407262
maren.kraemer@sweco-gmbh.de
<https://sweco-gmbh.de>



Hochwertiges aus der Region

Über Neues und Schönes rund um den tiefsten Punkt Deutschlands berichtet seit August 2024 vier Mal im Jahr das kostenlose „3,54 unter null - Wilstermarsch-Magazin mit Tiefgang“. Alle, die mögen, können zu offenen Redaktionstreffen kommen und Beiträge verfassen. Fachleute unterstützen bei Projektmanagement und Grafik. Wie kann der Ansatz Schule machen?

Marten Becker ist stellvertretender Geschäftsführer des „Alte Schule - Bildung und Kultur Wilstermarsch e. V.“ und leitet das vom Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULE-plus) geförderte Medienprojekt „3,54 unter null“. <https://354unternull.de>



Herr Becker, in der Region Wilstermarsch gibt es mit der „Wilsterschen Zeitung“ ein regionales Medienangebot. Welche Lücke soll „3,54 unter null“ füllen?

Der Anteil der regionalen Berichterstattung in der Regionalzeitung ist nur noch marginal. Immer weniger Menschen finden sich mit ihren Themen wieder. Gleichzeitig haben wir uns als soziokulturelles Zentrum gefragt, wie wir die Menschen erreichen. So sind wir auf die Idee gekommen, ein Magazin zu entwickeln: eine hochwertige Zeitschrift, in der sich vielfältige und auch längere Texte, Illustrationen, mal eine Fotoserie finden. Der Fokus ist regional. Es geht um die etwa 15 000 Menschen, die hier leben. Die Regionalzeitung hat das Projekt sogar beworben; es ist keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung.

„Wir wünschen uns, dass mehr Themenvorschläge aus der Bevölkerung kommen.“

Die Regionalität stellen Sie sicher, indem Menschen aus der Region die Beiträge schreiben. Und die Qualität?

Damit ein hochwertiges Magazin entsteht, das journalistischen Standards entspricht, haben wir eine professionelle Redaktions-

leitung und Grafik. Einmal im Monat laden wir zu einer offenen Redaktionssitzung ein. Manche von denen, die kommen, wohnen ihr Leben lang in der Wilstermarsch, andere haben vielleicht Freunde in der Region und finden das Projekt spannend. Die meisten haben keine journalistische Erfahrung und manche denken, sie können einen Artikel schreiben, ohne rauszugehen und mit Menschen zu reden. Aber wir möchten, dass sie das tun. Jede Ausgabe dreht sich um ein Schwerpunktthema, und wir diskutieren darüber gemeinsam, bis daraus ein Heft wird. Unser Wunsch ist, dass mehr Themenvorschläge aus der Bevölkerung kommen. Daran, Themen anzusprechen, die vielleicht nicht nur auf Gegenliebe stoßen, arbeiten wir noch. Denn wir sind auf dem platten Land - diejenigen, die schreiben, müssen den Menschen, über die sie schreiben, weiter in die Augen gucken können. Außerdem spiegelt sich in unserer Themenauswahl wider, dass in der Redaktion noch junge Menschen fehlen: Das Alter liegt zwischen Ende 30 und der Älteste war, glaube ich, 90.

Bieten Sie deshalb neben dem Magazin einen Podcast und Begleitveranstaltungen an und bringen Beiträge in den Sozialen Medien?

Wir wollen möglichst viele Zielgruppen erreichen. Das Magazin gibt es gedruckt und digital. Außerdem wollen wir das, worüber wir schreiben, erlebbar ma-

chen. Das aktuelle Heft hat das Thema Wasser, und wir bieten einen Malworkshop für Kinder zu den Fischen in der Region an. Diese Workshops werden gut angenommen. Größere Herausforderungen sind der Podcast und die Sozialen Medien. Dafür bedarf es Kontinuität und Verlässlichkeit. Da kommt Ehrenamt an seine Grenzen. Solange keine Person da ist, die sich dafür verantwortlich fühlt, konzentrieren wir uns stattdessen darauf, Strukturen zu schaffen, damit das Projekt die Förderung überdauern kann.

Wie soll es gelingen, auf eigenen Beinen zu stehen, wenn die Fördermittel aus BULEplus Ende 2026 auslaufen?

Ohne Förderung geht es nicht. Wir haben radikal den Rotstift an den Projektfinanzplan angesetzt, doch es gibt Fixkosten. Wir wollen auf der kommunalen Ebene nach Finanzmitteln suchen, denken über einen Förderkreis und Anzeigenkunden nach und wollen die Landesmedienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein wegen einer Förderung ansprechen. Ich bin vorsichtig optimistisch, dass sich Mittel und Wege finden, weil die Leute von dem Magazin begeistert sind. Vielleicht ist auch die eine oder der andere bereit, es in einem größeren Umfang zu unterstützen.

Herr Becker, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.



Nonprofit-Journalismus

Seit fast 15 Jahren macht die „Kontext:Wochenzeitung“ gemeinnützigen Journalismus für Stuttgart und Baden-Württemberg. Und sie setzt sich dafür ein, dass Journalismus als gemeinnützig anerkannt wird.

Von Anna Hunger

Die „Kontext:Wochenzeitung“ aus Stuttgart ist die älteste gemeinnützige Zeitung in Deutschland. Ein journalistisches Projekt, das seit 2011 einmal wöchentlich erscheint: Jeden Mittwoch online, ausgewählte Artikel werden jeden Samstag auf vier Seiten in der „wohentlich“ gedruckt, der Wochenendausgabe der Tageszeitung „taz“. Der Anspruch von „Kontext“ ist es, kritisch nachzufragen und Hintergründe zu beleuchten. Die Kontext-Mitarbeitenden nehmen Themen in den Blick, die in klassischen Tageszeitungen keinen Platz finden, weil deren Mitarbeitende oft keine Kapazitäten haben, tiefgehend zu recherchieren. „Kontext“ wird von einem Verein getragen und finanziert sich in erster Linie über regelmäßige Spenden

ihrer Lesenden, Einzelspenden und vereinzelt durch Stiftungen.

Aktuell besteht die Redaktion aus fünf festangestellten Journalistinnen und Journalisten, zwei Fotografen und einer Verwaltungskraft, zudem sind etwa 20 feste freie Mitarbeitende auf Honorarbasis für die Zeitung unterwegs. Der Vorstand des Vereins arbeitet ehrenamtlich. „Kontext“ ist unabhängig und werbefrei, die Zeitung ist weder von Unternehmen noch von Anzeigenkunden abhängig, und die Redaktion gerät damit bei ihrer Themenauswahl nicht unter Druck. So entstanden in den vergangenen Jahren Reportagen über politische Machtverhältnisse in Baden-Württemberg, über rechte Umtriebe, Analysen zu gesellschaftlichen Veränderungen oder Re-

cherchen über die Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen auf den Alltag der Menschen in Baden-Württemberg. Ein Beispiel ist die kontinuierliche Berichterstattung über Infrastrukturprojekte im Land, beispielsweise zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“, das nicht nur Folgen für die Landeshauptstadt hat, sondern auch für den ländlichen Raum.

Die Idee, Journalismus als eine Form von Gemeinnützigkeit zu verstehen, ist in Deutschland vergleichsweise jung. Bislang gilt eine Redaktion in steuerlicher Hinsicht nicht als gemeinnützig – im Gegensatz zu Organisationen aus den Bereichen Kultur, Bildung oder Sport. Für viele kleinere Medien bedeutet das, dass sie weniger Möglichkeiten haben, Fördermittel zu beantragen oder steuerliche



Welche Themen sollen recherchiert werden? Redaktionskonferenz bei der „Kontext:Wochenzeitung“

Vorteile für Spenden zu nutzen. „Kontext“ trägt der Anerkennung der Gemeinnützigkeit damit Rechnung, dass sich die Wochenzeitung Medienbildung auf die Fahne geschrieben hat. Sie begleitet seit ihrer Gründung Zeitungsprojekte an Schulen, mit Geflüchteten oder in Kooperation mit anderen Bildungsträgern.

Gemeinsam für Gemeinnützigkeit

Das „Forum Gemeinnütziger Journalismus“ setzt genau an diesem Punkt an. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von derzeit etwa 40 Medienprojekten und Organisationen, die alle unabhängig arbeiten und oft auf Spendenbasis finanziert werden. Auch „Kontext“ gehört zu diesem Netzwerk, hat das Forum mitgegründet. Gemeinsam verfolgen die Mitglieder das Ziel, dass Journalismus als gemeinnützig anerkannt wird. Das geschieht aus der Überzeugung, dass es neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privatwirtschaftlich organisierten Zeitungen eine dritte Säule im Journalismus braucht: den gemeinnützigen, dem Gemeinwohl verpflichteten Journalismus. Die Grundannahme: Eine vielfältige und kritische Medienlandschaft ist eine Grundvoraussetzung für Demokratie – in den Städten genauso wie auf dem Land. Eine Anpassung des Steuerrechts würde für schon bestehende gemeinnützige Medienprojekte Rechtssicherheit schaffen, denn aktuell liegt es im Ermessen der Finanzämter, ob ein Medium als gemeinnützig anerkannt wird oder nicht. Rechtliche Verbindlichkeit würde Neugründungen erleichtern und damit die Vielfalt an unabhängigen Stimmen in einer immer mehr auf große Medienkonzerne reduzierte Presselandschaft sichern.

Das Engagement von „Kontext“ im „Forum Gemeinnütziger Journalismus“ ist kein Selbstzweck. Vielmehr geht es dar-

um, langfristige Strukturen zu schaffen, die es unabhängigen Redaktionen ermöglichen, auch künftig kritische und tiefgehende Berichterstattung zu leisten. Gemeinnützige Medien sind dem Gemeinwohl verpflichtet, nicht dem Gewinn. Steuerliche Vorteile reduzieren die finanzielle Belastung, Spenden können von den Spendenden steuerlich abgesetzt werden. Auch Stiftungen kämen erst dann im größeren Umfang zur Finanzierung infrage, denn in den meisten Stiftungssatzungen ist festgeschrieben, dass nur gemeinnützige Zwecke begünstigt werden dürfen.

In Deutschland steckt diese Entwicklung noch am Anfang. Das „Forum Gemeinnütziger Journalismus“ bündelt die Stimmen und betreibt gezielt Lobbyarbeit: Mit Veranstaltungen und Medienpräsenz macht das Bündnis das Prinzip des Non-profit-Journalismus und dessen Chancen bekannter. Im vergangenen Jahr hat die Initiative einen Vorschlag für einen Gesetzentwurf erarbeitet und an den Bundestag appelliert, gemeinnützigen Journalismus in die Abgabenordnung aufzunehmen. Sie übergab eine Petition mit mehr als 50 000 Unterschriften an Claudia Roth, die damalige Staatsministerin für Kultur und Medien.

Ländliche Themen begleiten

Auch für den ländlichen Raum ist die Arbeit solcher Medien wie „Kontext“ von besonderer Bedeutung. Viele Menschen dort erleben seit Jahren, dass lokale Zeitungen verschwinden oder ihre Redaktionen verkleinert werden. Damit sinkt die Chance, dass kommunale Entscheidungen kritisch begleitet werden oder dass Themen wie Mobilität, medizinische Versorgung oder Strukturwandel ausreichend Beachtung finden. Ein Beispiel: Wenn im Gemeinderat über den

Erhalt einer Buslinie abgestimmt wird, betrifft das den Alltag vieler Menschen – vor allem dort, wo es kaum Alternativen gibt. Wird darüber nicht berichtet, geht auch ein Stück öffentlicher Kontrolle verloren. Medien wie „Kontext“ leisten hier zur politischen Entwicklung einen Beitrag. Zwar erscheint die Zeitung nicht täglich und nicht speziell lokal für einzelne Gemeinden, doch sie greift strukturelle Fragen auf, die für ländliche Regionen ebenso relevant sind wie für die Städte. Etwa die Energie- und Agrarpolitik oder den Umgang mit rechtsextremen Netzwerken.

Ein anschauliches Beispiel für die Bedeutung unabhängiger Medien ist auch die Debatte um erneuerbare Energien. Während in den Städten oft über politische Rahmenbedingungen diskutiert wird, zeigen sich die praktischen Auswirkungen auf dem Land – etwa beim Bau von Windrädern oder der Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe. Um das Spannungsfeld zu beleuchten, braucht es Medien, die über Chancen und Konflikte berichten, damit gemeinsam Lösungen gefunden werden können. Die Erfahrung von Projekten wie „Kontext“ zeigt: Es gibt ein Publikum, das unabhängigen Journalismus schätzt und unterstützt. Die Redaktion finanziert sich seit nun beinahe 15 Jahren über ihre Lesenden. Auch juristische Angriffe von Unternehmen, Gruppen oder Einzelpersonen, beispielsweise aus dem rechtsextremen Spektrum, konnte die Redaktion in den vergangenen Jahren mit der finanziellen Unterstützung ihrer Lesenden abwehren oder erfolgreich vor Gericht ausfechten. So streitet „Kontext“ etwa seit 2018 mit einem Neonazi und ehemaligem Mitarbeiter zweier baden-württembergischer AfD-Landtagsabgeordneter wegen eines veröffentlichten Zitats. Der Fall liegt mittlerweile beim Bundesgerichtshof.

Die „Kontext:Wochenzeitung“ möchte auch damit zeigen, dass unabhängige journalistische Arbeit jenseits großer Verlagsstrukturen möglich ist, ohne auf Gewinnmaximierung ausgerichtet zu sein. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, Journalismus als gemeinnützig anzuerkennen. Ob die Umsetzung gelingt, wird sich weisen.

KONTAKT

Anna Hunger
Kontext:Wochenzeitung
Telefon: 0711 66486538
anna.hunger@kontextwochenzeitung.de
<https://kontextwochenzeitung.de>

Mit Medien über Medien lernen

Digitale Medien sind Alltag und Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. In Sachsen fördern handlungsorientierte Projekte an Schulen die Medienkompetenz. Sie sollen junge Menschen darin stärken, sich aktiv und selbstbestimmt in einer digitalisierten Gesellschaft zu bewegen.

Von Stephanie Gibtner

Und dann klicken wir hier und lassen uns die Suchtreffer anzeigen", erklärt Louisa Grübler. 20 Drittklässler der Heide-Grundschule in Bad Düben folgen ihrem an die Wand projizierten Mauszeiger und probieren die gezeigten Schritte dann an Laptops selbst aus: Medienpädagogin Grübler führt mit ihnen das Projekt „Kinderleicht durchs Internet“ durch. An zwei Tagen beschäftigen sich die Acht- bis Neunjährigen mit Themen wie Suchmaschinen, Recherche im Internet und rechtlichen Aspekten, die dabei zu beachten sind. Auch soziale Netzwerke und der dortige Umgang miteinander spielen eine Rolle. „Wir haben das Projekt durchgeführt, da digitale Orientierung heute Teil grundlegender Allgemeinbildung ist“, sagt Schulleiterin Jennifer Lorz.

„Kinderleicht durchs Internet“ ist eins von 13 Projekten, die Schulen im Rahmen von „#SouveränDigital – Medienbildungsprojekte für Schulen in Sachsen“ buchen können. Das vom Freistaat Sachsen finanzierte Vorhaben hat das Ziel, die Medienkompetenz junger Menschen im Rahmen einer umfassenden Medienbildung zu fördern. Koordiniert wird das Projekt von der „edmedien gGmbH“ in Leipzig; an der Umsetzung sind fünf medienpädagogische Partner beteiligt, die in ganz Sachsen – von Görlitz über Dresden bis Zwickau – verortet sind. Gemeinsam ist es möglich, die verschiedenen Projektthemen flächendeckend anzubieten. Vor allem in ländlich geprägten Regionen fehlt es an lokalen medienpädagogischen Angeboten. Grübler und weitere 60 medienpädagogische Fachkräfte fahren deshalb sachsenweit an Schulen und führen die Projekte durch. In der sich rasant wandelnden Medienwelt wird diese zusätzliche medienpädagogische Expertise von den Lehrkräften sehr geschätzt.

Selbermachen erwünscht

„Das Projekt unterstützt die Lehrkräfte an unserer Schule dabei, Lerninhalte umzusetzen und bildet sie auch fort. Sie wer-

den so befähigt, das Projekt selbst anzuleiten und weitere Lehrkräfte darin zu unterstützen. Das trägt maßgeblich und nachhaltig zur Entwicklung der Unterrichtsqualität bei“, so die Bad Dübener Schulleiterin Lorz.

Die handlungsorientierten Medienbildungsprojekte greifen die Inhalte der Lehrpläne gezielt auf und können sowohl in den Unterricht integriert werden als auch diesen ergänzen. Eine zentrale Methode ist die aktive Medienarbeit: Ziel ist es dabei, nicht nur über Medien zu reden, sondern auch Medien eigenständig zu gestalten. Dies passiert zum Beispiel in Projekten wie „Ohren auf, Mikro an: Hörewelten gestalten“ oder „Alles Werbung oder was? – Werbung analog und online

in den Blick genommen“. Auch in den Projekten, die sich mit sozialen Netzwerken oder Fake News auseinandersetzen, wird dieser Ansatz aufgegriffen. Die vermittelten Inhalte werden dann zum Beispiel kreativ in Fotocomics umgesetzt oder es werden eigene Falschnachrichten gestaltet – mit anschließender Diskussion.

(Soziale) Medien als Lebensrealität

Eine Erfahrung, die die Projektleitenden machen, verdeutlicht, warum es wichtig ist, mit der Vermittlung von Medienkompetenz so früh wie möglich zu beginnen: Immer mehr Kinder im Grundschulalter sind nicht nur im Internet, sondern auch in sozialen Netzwerken aktiv – oft über das eigene Smartphone. Die Studie



Medienpädagogin Louisa Grübler erklärt im Projekt „Kinderleicht durchs Internet“ Dritt- und Viertklässlern den Unterschied zwischen Suchmaschinen und Browern.



Bei einem der Projekte erstellen Kinder und Jugendliche mit Fotos einen eigenen Erklärfilm.

„Kindheit, Internet und Medien“ des Medienpädagogischen Forschungsverbands des Südwest von 2024 zeigt, dass 73 Prozent der Sechs- bis 13-Jährigen mindestens wöchentlich soziale Netzwerke wie WhatsApp, Instagram oder TikTok nutzen – und damit weit unter dem offiziellen Mindestalter liegen. Deshalb müssen aus Sicht der Projektbeteiligten Chancen und Risiken dieser Netzwerke sowie der richtige Umgang damit früh thematisiert werden.

In allen Projekten stehen die Lebenswelt und Medienerfahrungen der Kinder und Jugendlichen im Fokus. Der Schritt vom reinen Medienkonsum zur aktiven Medienproduktion wird zudem angeregt. So entstehen Reflexionsprozesse, die durch die bewusste Auseinandersetzung mit verschiedenen Medienformen angestoßen werden. Die kreative Nutzung von Medien ermöglicht es den jungen Anwendenden nicht nur, sich kritisch-reflexiv mit Medien auseinanderzusetzen, sondern auch ihre eigenen Interessen, Erfahrungen und Anliegen auszudrücken.

Nachrichtenkompetenz im Fokus

In Zeiten von Fake News und durch Künstliche Intelligenz generierten Inhalten gewinnt zudem die Informations- und Nachrichtenkompetenz als wichti-

ger Teil von Medienkompetenz an Bedeutung. Nach Ansicht der Projektbeteiligten ist sie zu einem kritischen Faktor für Demokratien geworden. Als Nachrichten werden dabei nicht nur journalistische Produkte verstanden, sondern alle politisch und gesellschaftlich relevanten Inhalte aus Posts, Videos und Blogs. Projekte wie „Echt oder Falsch? Nachrichten und Informationen unter der Lupe“ oder „Fakes und Filter – im Netz den Durchblick behalten“ zeigen, wie souveräner Umgang mit medialen Informationen gelingt. Sie fördern bei Kindern und Jugendlichen die Fähigkeiten zur Auswahl, Bewertung und kritischen Analyse von Informationen. Zudem helfen sie, manipulierte Darstellungen und Stereotype zu erkennen und Vorurteile abzubauen.

Wie die kreative Auseinandersetzung, Bewertung und Verarbeitung von Informationen aussehen kann, zeigt das Projekt „Von der Idee zum (bewegten) Bild: Kreative Trick- und Erklärfilmproduktion“. Die jungen Menschen produzieren entweder einen Trickfilm zu eigenen Geschichten oder bereiten Themen zum Beispiel aus Mathematik, Geografie oder Biologie als Erklärfilm auf. Die Anknüpfungspunkte sind vielfältig, ein fächerübergreifendes Arbeiten ist dabei besonders gut möglich.

Zu Beginn steht die Recherche von Informationen und die Aufbereitung der meist komplexen Themen zu einem eigenen Storyboard. Dabei müssen die Kinder und Jugendlichen Informationen aus Büchern, Zeitschriften oder verschiedenen Internetquellen zunächst zusammentragen und bewerten. Zudem müssen sie entscheiden, welche Informationen für die Erklärung des Sachverhaltes notwendig sind. Die Produktion umfasst die Gestaltung der Materialien, die Videoaufnahme und den Schnitt. Ein Lernziel ist, komplexe Inhalte kreativ und verständlich aufzubereiten und eigene Erkenntnisse anschaulich zu vermitteln. Die Vorbereitung erfolgt dabei in enger Abstimmung mit den Lehrkräften im Unterricht vorab.

Internetpass als Lernerfolg

Wie wichtig der richtige Umgang mit Informationen und Quellen ist, haben auch die Drittklässler der Heide-Grundschule im Projekt „Kinderleicht durchs Internet“ verstanden. Das Gelernte überprüfen sie nun in einer Stationsarbeit mit verschiedenen Aufgaben. Mit wenigen Klicks und geeigneten Suchmaschinen finden sie heraus, welche Tiere in einem Korallenriff leben. So erwerben sie neben Wissen für einen kompetenten und selbstbestimmten Umgang im Netz den Internetpass, den sie stolz zu Hause vorzeigen können. Das Zertifikat bestätigt, dass sie in der Lage sind, das Gelernte praktisch anzuwenden. Schulleiterin Lorz hat das Projekt überzeugt: „Es stärkt die in Klasse 3 geforderten Kompetenzen – Informationsbeschaffung im Internet, kritisches Prüfen, sichere Kommunikation und verantwortungsvoller Medienumgang – und schafft eine tragfähige Basis für spätere Lernjahre.“

KONTAKT

Stephanie Gibtner
edmedien gGmbH
Telefon: 0341 99381896
medienprojekte@edmedien.de
<https://medienprojekte-sachsen.de>



Über Medienskepsis sprechen

Die Zahl der Menschen, die die Seriosität von Medien wie Tageszeitungen offen anzweifeln, scheint zu steigen. Wie gelingt es, darüber ins Gespräch zu kommen?

Dr. Christian Boeser arbeitet an der Universität Augsburg am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung. Zudem ist er Initiator des Projekts „STREIT/FÖRDERER“. <https://streichfoerderer.de>



Herr Dr. Boeser, zunehmend mehr Menschen sprechen journalistischen Medien die Glaubwürdigkeit ab – beim Stammtisch, bei Umfragen, in Internetforen. Wer sollte diese Haltung thematisieren oder ansprechen?

Sowohl diejenigen, die skeptisch sind als auch diejenigen, die den öffentlich-rechtlichen Medien grundsätzlich vertrauen. Auch in den Medien sollte immer wieder diskutiert werden, welche Kritik gerechtfertigt ist und welche Konsequenzen daraus gezogen werden sollten. Wir müssen als Gesamtgesellschaft in den Diskurs darüber gehen, was seriöse Informationen sind. Denn heute können wir uns im Internet jede Meinung bestätigen lassen. Nach Bestätigung zu suchen, ist menschlich. Deshalb sollte jeder selbstkritisch verschiedene Quellen sichten. Die Frage, wem wir vertrauen können, ist eine Querschnittsfrage, die für alle inhaltlichen Themen relevant ist, egal ob Klimawandel oder Corona-Pandemie.

Ist es überhaupt möglich, einen offenen Dialog mit Menschen zu führen, die bereits eine Medienskepsis gebildet haben, die polarisiert?

Wenn die Skepsis tief verankert ist, wird es natürlich sehr schwierig. Meine Erfahrung ist, dass Menschen gerne erst einmal polarisierende Schlagworte verwenden. Wenn meine Studierenden Interviews durchführen, treffen die Befragten häufig zuerst eine scharfe Aussage. Haken die Studierenden nach, kommt eine wesentlich differenziertere Position zutage. Bis zum Beweis, dass eine Person nicht zum Dialog fähig ist, sollte man das Gespräch suchen, auch wenn sie platt oder zugespitzt formuliert. Wenn wir jedes Gespräch abbrechen, weil jemand provoziert, dann wird es schnell einsam. Man darf aber nicht erwarten, dass ein einzelnes Gespräch eine Veränderung bringt. Das Ziel eines Gesprächs kann sein, dass beide Seiten ihr Gegenüber ein bisschen besser verstehen und vielleicht den einen oder anderen Punkt finden, in dem sie sich einig sind.

Im Landkreis Lauenburg ist das Projekt „Dorf-Dialog-Dinner“ gestartet, das Menschen zum Abendessen, einem Impulsbeitrag zu Themen wie Demokratie und Medien sowie zur anschließenden Diskussion einlädt. Was kann solch ein Ansatz bringen? Jedes Format, das es schafft, Menschen aus ihrem alltäglichen Umfeld herauszuholen und mit Andersdenkenden in Kontakt zu bringen, ist großartig. Die Schwierigkeit ist, Menschen dazu zu bewegen, solche Veranstal-

tungen zu besuchen. Das Erfolgsgeheimnis der Bürgerinitiative „Braver Angels“, die zur Depolarisierung in den USA beitragen will, sind heterogene Veranstalter: Sie entwickeln gemeinsam Programme mit Demokraten und Republikanern. Die Menschen kommen dorthin, weil sie wissen, dass sie nicht missioniert werden. Ich empfehle Veranstaltern deshalb, etwas mit Organisationen zu planen, mit denen sie noch nie etwas gemeinsam gemacht haben, die inhaltlich sehr weit von ihnen entfernt sind.

Sie appellieren dafür, zu streiten. Welche Methoden eignen sich für eine heftige, aber konstruktive Auseinandersetzung?

Ich leite das Projekt „Streit/Förderer“, das bei der „Stiftung Wertebündnis Bayern“ angesiedelt ist. Wir empfehlen: zuhören, sich zeigen, wertschätzen, repeat, also von vorne beginnen. Der erste Schritt ist, der anderen Person wirklich zuzuhören und zu versuchen, sie zu verstehen. Das klingt banal, beinhaltet aber die Idee, niemanden bekehren zu wollen. Das ist sicher das Schwierigste. Danach soll man die eigene Meinung zeigen. Der dritte Schritt ist, wertzuschätzen, dass der jeweils andere zugehört und sich gezeigt hat. Schließlich beginnt man von vorne. Die Wiederholung ist sinnvoll, weil Streit eskalieren kann. Unser Ansatz ist, alle zu motivieren, in ihrem Umfeld den guten Streit zu suchen.

Herr Dr. Boeser, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.



Bei einem sogenannten Newscamp im Newsroom der dpa haben sich Jugendliche mit dem Thema Fake News auseinandergesetzt. Zudem haben sie sich angeschaut, wie bei der dpa Bilder, Ton und Videos entstehen.

An junge Lebenswelt anknüpfen

Soziale Plattformen sind für junge Menschen häufig der wichtigste Zugang zu Informationen, während klassische Nachrichtenformate an Relevanz verlieren. Wie können Jugendliche informiert, urteilsfähig und demokratiefähig bleiben?

Von Vanessa Bitter

Ur rund die Hälfte der Jugendlichen hält es für wichtig, sich regelmäßig über aktuelle Ereignisse zu informieren. Das hat die Studie der Initiative „#UseTheNews“ aus dem Jahr 2021 gezeigt. Zudem sind TikTok, Instagram oder YouTube für viele längst Hauptquellen für Informationen. Sogenannte Content Creator wie Rezo oder „Herr Anwalt“ genießen mit ihren Kanälen in den Sozialen Medien oft mehr Vertrauen als Medien wie Tageszeitungen oder Nachrichtenformate.

Initiiert wurde #UseTheNews von der dpa Deutsche Presse-Agentur und der Hamburger Behörde für Kultur und Medien, begleitet von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und dem Leibniz-Institut für Medienforschung. Die dahinter stehende #UseTheNews gGmbH entwickelt Projekte und Bildungsangebote.

Durch die Studie wurde deutlich, dass Jugendliche journalistische Angebote häufig als zu abstrakt oder zu weit entfernt von der eigenen Lebenswelt wahrnehmen. Junge Menschen suchen nach Relevanz, Authentizität und Orientierung

– gerade auch, wenn es um Nachrichten geht. Sie wünschen sich, dass Medien schaffende mit ihnen sprechen, nicht über sie, und einen Bezug zwischen dem aktuellen Weltgeschehen und ihrer eigenen Realität herstellen.

Fünf Wege zu mehr Relevanz

Um Jugendliche für Nachrichten zu gewinnen, braucht es einen Paradigmenwechsel – auch bei den Medien in ländlichen Regionen: weg von der reinen Vermittlung journalistischer Inhalte, hin zu Beziehung, Beteiligung und Informationskompetenz. Aus Praxisprojekten von #UseTheNews lassen sich fünf zentrale Empfehlungen ableiten. Eine davon ist, dass Journalismus dort stattfinden muss, wo junge Menschen sind. In den Sozialen Medien gilt: Wer relevant sein will, muss Inhalte so erzählen, wie sie dort konsumiert werden – schnell, visuell ansprechend und in ihrer Lebenswelt erklärt. Um Vertrauen zu gewinnen, müssen junge Menschen nachvollziehen können, wie Journalistinnen und Journalisten arbeiten. Wenn Redaktionen zeigen, wie sie recherchieren, prüfen und entscheiden, wird Journalismus greifbar – etwa durch einen Blick hinter die Kulissen und Erklärformate.

Formate, die Interaktion und Dialog ermöglichen, fördern zudem Verständnis und Selbstwirksamkeit. Viele junge Menschen wollen sich aktiv einbringen. Die Zusammenarbeit in Co-Creation-Projekten kann beide Seiten verändern: Redaktionen gewinnen Einblicke in jugendliche Perspektiven, junge Menschen erleben Journalismus als offenes, gestaltbares und zugleich relevantes System.

Nachrichtenkompetenz ist zugleich Demokratiekompetenz: Ziel von #UseTheNews ist es, bis 2030 allen jungen Menschen in Deutschland ein verbindliches Unterrichtsangebot zu ermöglichen, das sie befähigt, Nachrichten kritisch einzurichten, Falschinformationen zu erkennen und sich faktenbasiert eine eigene Meinung zu bilden.

Lokaler Journalismus als Schlüssel

Derartige Bemühungen entfalten ihre größte Wirkung dort, wo Journalismus den Menschen am nächsten ist: vor Ort. Lokaljournalismus kann zeigen, wie gesellschaftliche und politische Entscheidungen den Alltag prägen, und so Nähe, Vertrauen und Relevanz schaffen. Mit dem Projekt „Competence Center Young Audiences“ (CCYA) möchte #UseTheNews den Austausch zwischen Jugendlichen und Redaktionen fördern, damit sie gemeinsam an Ideen für neue lokale Nachrichtenformate arbeiten können.

KONTAKT

Vanessa Bitter
#UseTheNews gGmbH
bitter.vanessa@usethenews.de
<https://usethenews.de>

Dorf-Apps vernetzen nicht nur digital

Dorf-Apps sollen die Kommunikation in ländlichen Räumen verbessern. Sie werden häufig als technische Innovationen verstanden – doch ihre wahre Stärke liegt nicht in der Digitalisierung, sondern in der sozialen Innovation.

Von Ariane Sept

Am Rande einer Veranstaltung sagte ein Gemeindevertreter einmal zynisch zu mir, dass zwar kein Bus mehr durchs Dorf fährt, aber immerhin in der Dorf-App stünde, dass es keine Verbindung mehr gebe. Aussagen dieser Art verdeutlichen die Gefahr, dass digitalisierte Angebote den Eindruck erwecken, innovative Lösungen anzubieten, gleichzeitig strukturelle Probleme aber nicht beheben können. Sie unterschätzen zugleich das Potenzial digitaler Anwendungen für das Miteinander.

Mittlerweile nutzen Menschen in vielen Dörfern und ländlichen Regionen sogenannte Dorf-Apps. Darunter werden in diesem Beitrag digitale Anwendungen verstanden, die der Kommunikation in einer Region, einer Gemeinde oder einem Dorf dienen und den Austausch zwischen Verwaltung, Vereinen oder anderen Institutionen und der lokalen Bevölkerung ermöglichen. Als verbreitete Beispiele seien der „DorfFunk“ oder die „Smart Village App“ genannt.

Informationen empfangen oder austauschen

Aus der Perspektive der Nutzenden lassen sich zwei grundsätzliche Arten unterscheiden: Apps für das reine Empfangen von Informationen und solche, die es ermöglichen, Rückmeldungen zu geben und eigene Inhalte zu veröffentlichen, teils in moderierten Gruppen. Neben Informationen über anstehende Veranstaltungen oder Fundsachen fungiert die zweite Art von Dorf-Apps oft auch als digitales Schwarzes Brett für privaten An- und Verkauf, Tauschangebote, Mitfahrglegenheiten oder Einkaufsunterstützung für Ältere. Für das ehrenamtliche Engagement ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten der Kommunikation, etwa über Spielergebnisse lokaler Vereine oder

Aufrufe zur spontanen Mitarbeit. Dorf-Apps können somit traditionelle Kommunikationsorte im Dorf, die zunehmend wegfallen – wie Kneipen, Geschäfte oder die Kirche – ein Stück weit ersetzen und die Kommunikation fördern. Zwar bieten Dorf-Apps vor allem Informationen, aber sie ermöglichen auch, dass Bürger selbst Beiträge über Themen schreiben, die sie umtreiben. Dass Bürger journalistische Beiträge verfassen, ist allerdings kaum zu beobachten.

Aus der Perspektive der Betreibenden ist zudem zu unterscheiden, ob die App vor allem dazu dient, vorhandene Informationen über Schnittstellen aus verschiedenen Quellen, etwa von der Gemeinde-website, zu bündeln oder Inhalte extra für die Dorf-App erstellt werden müssen. Für Kommunen sind Dorf-Apps in beiden Fällen oft eine digitale Ergänzung des örtlichen Mitteilungsblattes mit Zusatzfunktionen. Deshalb übernehmen sie üblicherweise die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Anwendungen, anfangs häufig mithilfe externer Fördermittel.

Nach ersten Pilotprojekten ab etwa 2015 gibt es inzwischen unterschiedliche technische Lösungen von verschiedenen Anbietern. Seit einigen Jahren scheinen sich eine Reihe von Angeboten stabilisiert zu haben. Einige Dorf-Apps entstanden als Modellprojekte mittels Förderung durch Bund, Länder oder EU, oder ihre Einführung vor Ort konnte im Rahmen von Förderprogrammen unterstützt werden. Der wahre Mehrwert von Dorf-Apps zeigt sich aber meist erst dann, wenn es darum geht, das Angebot zu verstetigen. Es reicht nicht, die dahinter liegende technologische Innovation zur Antwort auf soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche oder demografische Herausforderungen zu erklären.



Nutzung muss zur Routine werden

Wesentliches Merkmal von Innovationen ist, dass sie sich verbreiten – also angewendet werden. Darin unterscheiden sie sich von Erfindungen oder Neuerungen. Wenn man Dorf-Apps als soziale Innovationen versteht, die digital unterstützt werden, so ist die Frage, wie sie möglichst viel Verbreitung finden können: Wie gelingt es, dass möglichst viele Menschen vor Ort eine App nutzen oder dass eine bereits erprobte Anwendung von möglichst vielen Dörfern genutzt wird? Naturgemäß ist die potenzielle Anzahl der Nutzenden in Dörfern geringer als jene in Städten, erst recht, wenn die Kommunikation möglichst spezifisch auf einen bestimmten geografischen Raum zugeschnitten sein soll. Da soziale Innovationen von neuen Routinen leben,



muss es vor Ort zur neuen Routine werden, die Dorf-App zu nutzen, zu füllen und zu bedienen. Dazu benötigt es analoge und niedrigschwellige Formate des gemeinsamen Lernens und der Entwicklung neuer Alltagspraxen. Dies können Infostände zur Dorf-App beim Dorffest oder vor dem lokalen Supermarkt sein, direkte Ansprachen über Multiplikatoren von Vereinen oder zielgruppenspezifische Weiterbildungen, etwa für ältere Menschen.

Doch in der Praxis bleibt diese soziale Dimension teilweise oberflächlich, denn zunächst besteht die Wirkung von Dorf-Apps lediglich darin, bestehende Formen von Kommunikation und Engagement zu digitalisieren. Damit kann das Paradox entstehen, dass die Innovation vor allem

in der Technologie liegt und nicht in den sozialen Handlungen, die sie hervorbringen soll. Um die App-Angebote zu betreuen, braucht es deshalb Personal, das mit Nutzenden im Dialog bleibt, Moderationsfunktionen übernimmt oder Inhalte erstellt und zudem finanzielle Mittel zur Pflege der Dorf-App. Beides wird üblicherweise von Kommunen nur bereitgestellt, wenn vor Ort ein echter Mehrwert erkannt oder die Betreuung ehrenamtlich übernommen wird.

Weiternutzung fördern

Digitalprogramme für ländliche Räume sind meist in Projektform organisiert und zeitlich befristet; sie werden im Wettbewerb vergeben und mit Innovationsrhetorik beladen. Dabei wird unter innovativ oft „neu“ verstanden, die Verbreitung von

Vorhandenem nur selten gefördert. Diese Struktur erzeugt eine fragmentierte Landschaft von Pilot- und Modellprojekten, die teilweise nur über eine Förderlaufzeit zur Anwendung kommen. Zukünftig sollten vielmehr eine gemeinschaftliche Entwicklung im Rahmen überregionaler Zusammenarbeit sowie eine Nach- und Weiternutzung von Dorf-Apps gefördert werden. Ziel sollte es sein, dauerhaft digitale Gemeingüter zu schaffen, die in ländlichen Räumen langfristigen Mehrwert für Lebensqualität und Zusammenhalt bieten. Darin lassen sich auch neue gemeinschaftliche Aspekte integrieren, so könnten Jugendliche beispielsweise Informationen für und mit Älteren kuratieren oder ähnliches.

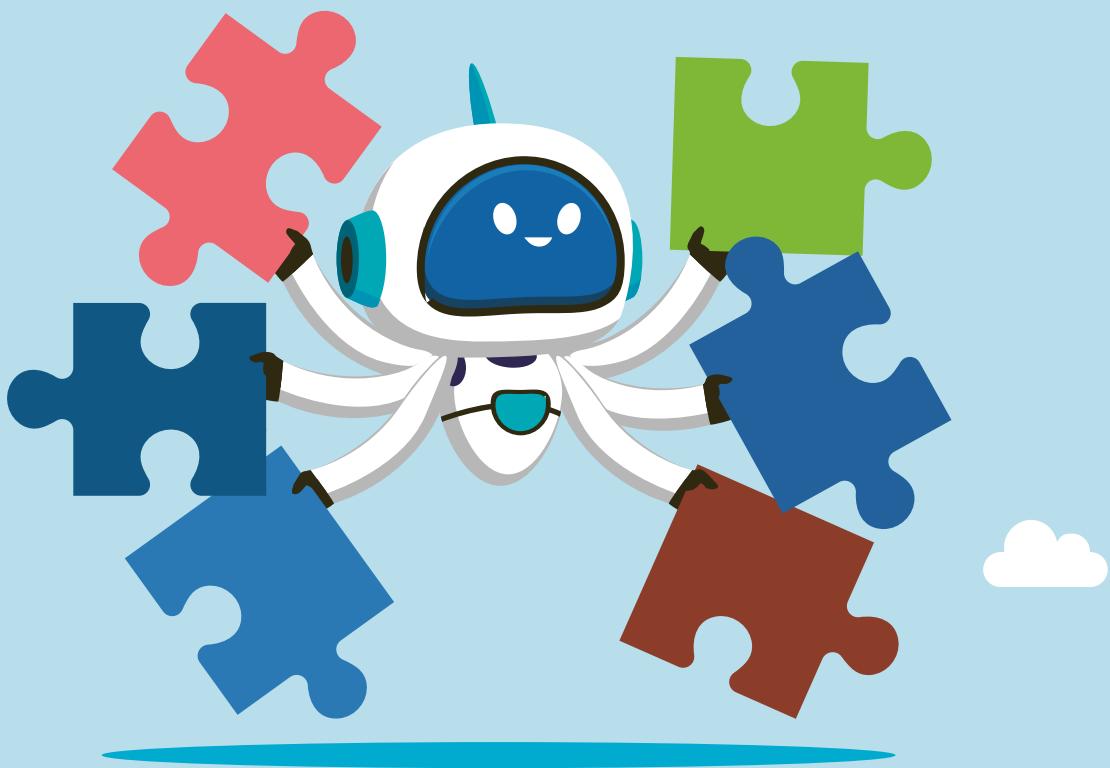
Nur so lässt sich das Risiko verringern, dass Dorf-Apps vor allem um der Digitalisierung Willen eingeführt werden. Andernfalls, und diese Gefahr kann man an eingangs zitiertener Situation ablesen, werden ländliche Räume zwar digital aufgewertet, die Kommunikation jedoch nicht unbedingt verbessert. Digitalisierung sollte nicht zum moralischen Marker von Modernität werden. Dementsprechend darf Digitalisierung im Allgemeinen und Dorf-Apps im Konkreten nicht Ersatzhandlung sein, sondern muss eher einem Gemeinschaftsgut entsprechen als einem Projekt. Das hieße, Förderung nicht an Innovationsrhetorik, sondern an Dauer, Teilhabe und kollektive Trägerschaft zu binden. Erst dann könnte Digitalisierung im ländlichen Raum mehr sein als symbolische Aktivität und zu einem Medium sozialer Selbstorganisation werden.

Dass relevante Förderprogramme dafür ressortübergreifend gebündelt werden sollten, versteht sich dementsprechend fast von selbst. Kommunen müssen bereit sein, Angebote auch dann weiter zu finanzieren, wenn die Zahl der Nutzenden zunächst eher klein wirkt. Es gilt, kreative Wege zu finden, Dorf-Apps in soziale Strukturen vor Ort einzubinden und sie sowohl für „Digital Natives“ als auch für weniger digital affine Menschen attraktiv zu gestalten.

KONTAKT

Prof. Dr. Ariane Sept
Hochschule München
Fakultät für angewandte
Sozialwissenschaften
ariane.sept@hm.edu
<https://hm.edu>

Warum der ländliche Raum KI braucht



Künstliche Intelligenz kann dazu beitragen, dass über Menschen und Themen in ländlichen Räumen berichtet wird. Ob der Lokaljournalismus davon profitiert, ist davon abhängig, wer sie wie einsetzt.

Von Jim Sengl und Felix Rieger

Es ist wichtig, dass der Journalismus eine Zukunft hat – dass es also eine qualitativ gut recherchierte und aufbereitete Berichterstattung gibt. Diese Zukunft wird um das Thema Künstliche Intelligenz (KI) nicht herumkommen. Das kann eine gute Nachricht sein, muss es aber nicht. Denn es hängt davon ab, wer KI benutzt und wie. Blickt man auf die Studienlage zur gesellschaftlichen Polarisierung, müsste der erste Satz lauten: Es ist wichtig, dass der lokale Journalismus eine Zukunft hat.

Mehr Reichweite durch KI?

Das Bild, das sich aus der Forschung ergibt, zeigt: Fehlt die lokale Berichterstattung, nehmen politische Polarisierung und demokratiefeindliche Tendenzen zu. Das erklärt, wofür Lokalberichterstattung steht: für die Teilhabe und Sichtbarkeit des ländlichen Raums und seiner Menschen. Durch Artikel in lokalen oder regionalen Medien bekommen Themen, die dort wirklich wichtig sind, eine Bühne. Deshalb ist die Krise des Lokaljournalismus nicht zuletzt eine Krise unserer Demokratie.

Welchen Einfluss hat hier KI? Zuerst muss man bei der Bestandsaufnahme ehrlich sein: Die unreflektierte Nutzung von generativer KI, die selbst Texte und womöglich Bilder, Videos und Audio-Formate erzeugt, kann gute, journalistische Inhalte bedrohen. Und wenn KI lediglich als Antwortmaschine benutzt und auf die Nennung der Originalquellen – wie lokale Nachrichtenportale – verzichtet wird, sorgt das dafür, dass sich die digitale Reichweite dieser Portale stark verringert. Auch im journalistischen Handwerk spielt KI zunehmend eine Rolle: als maschinelle Unterstützung im Qualitätsjournalismus. Im schlechtesten Fall ist der Mensch fast nicht mehr am redaktionellen Prozess beteiligt. Wenn Medien unkritisch auf KI generierte Texte setzen, um Personal zu sparen, entstehen selten Inhalte mit echtem Mehrwert, sondern vor allem Masse, die durch ihre schiere Menge die Reichweitenverluste ausgleichen soll.

Menschen vertrauen Menschen

Medienberichterstattung lebt aber vor allem vom Vertrauen der Menschen. Für viele ist gerade das die große Stärke lokaler Medien im Vergleich zu überregionalen. Diejenigen, die sie erstellen, kennen die Menschen und ihre Lebenswirklichkeiten, von denen sie berichten. Menschen vertrauen Menschen – und eben (noch) nicht Maschinen. Nähe schafft Identifikation. Sie erzeugt das Gefühl, dass öffentliche Themen „etwas mit mir zu tun haben“. Schließen sich deshalb KI und guter Lokaljournalismus gegenseitig aus?

Wenn man generative KI nur als kostengünstige Content-Fabrik versteht, die Inhalte erzeugt, dann müsste die Antwort ja lauten. Wenn man KI aber als ein (sehr mächtiges) Werkzeug versteht, sieht die Sache anders aus. Denn KI kann viel mehr, als Inhalte am Fließband zu produzieren. Sie kann große Datenmengen auf relevante Muster durchsuchen, beim Überprüfen von Fakten unterstützen oder wiederkehrende Rechercheschritte übernehmen. Lokale Medien können profitieren, indem sie Routinearbeiten auf KI auslagern. Das gibt den Mitarbeitenden mehr Zeit für die Recherche vor Ort und das Gespräch mit den Menschen.

Das KI-Kompetenzzentrum Medien (KI.M) hat festgestellt, dass sich Medienschaffende und Verlage oftmals mit KI beschäftigen, weil sie sich davon versprechen, effizienter zu werden und gleichzeitig Kosten zu senken. Aus Sicht des „KI.M“ liegen die wirklich spannenden Potenziale von KI-Systemen allerdings dort, wo sie neue Möglichkeiten eröffnen, die zuvor aus Kostengründen nicht vorstellbar waren – indem andere Zielgruppen erreichbar und innovative Formate umsetzbar werden. Beispielsweise wird KI bereits jetzt erfolgreich genutzt, um komplexe Sachverhalte, etwa in der kommunalen Verwaltung, in einfache Sprache zu übersetzen. So lassen sich Teilhabe und Inklusion stärken.

KI als Instrument

Die entscheidende Frage ist nicht, ob KI den Lokaljournalismus verändert. Denn das tut sie bereits. Es geht um ein gestalterisches Wie: Statt Lokaljournalismus durch KI zu ersetzen, kann sie helfen, seine Stärken auszubauen. In mehreren Projekten wird derzeit erprobt, wie KI zum Beispiel regionale Nachrichten in Dialekte oder Minderheitensprachen als Audio-Format übertragen kann. Wer die Sprache der Menschen vor Ort spricht, spricht die Sprache der lokalen Öffentlichkeit. Wenn etwa plattdeutsche oder sorbische Varianten lokaler Meldungen erstellt und



online verbreitet werden, dann ist das nicht nur zusätzlicher Content. Denn die eigene Mundart ist mehr als Folklore: Sie ist Heimatgefühl und gelebte Geschichten. Sie ist die Sprache von Eltern und Großeltern. KI kann hier helfen, diese Sprachen lebendig zu halten und zur digitalen Heimatpflege beitragen.

Pilotprojekte wie ein KI-generierter Podcast über die lokale Nachrichtenlage in plattdeutscher Sprache der Neuen Osnabrücker Zeitung, der derzeit in Kooperation mit dem Media Lab Bayern entsteht, stehen prototypisch für die gelungene Integration von KI. Sie funktionieren nicht zuletzt als Community-Projekte, an denen sich viele Interessierte beteiligen können, um die kulturelle Vielfalt des ländlichen Raums digital erfahrbar zu machen. Sie sorgen dafür, dass lokale Identitäten auch im Internet ihren Platz haben. Sie schaffen Brücken zu Orten und verhindern damit vielleicht, dass sie eines Tages nicht mehr existieren.

Ergänzendes Angebot schaffen

Gleichzeitig schafft KI in vielen Fällen überhaupt erst den Raum, um über lokale Nachrichten zu berichten. Sinkende Auflagen, hohe Produktionskosten und die nur langsam zunehmende Akzeptanz digitaler Nachrichtenangebote, etwa von Tageszeitungen, sind Gründe dafür, dass immer weniger regionale Geschichten erzählt werden. Es fehlt an Ressourcen, um Lokalredaktionen langfristig wirtschaftlich rentabel zu halten. Ohne diese Redaktionen fehlt es jedoch am Bezug zum örtlichen Geschehen. Die Folge: Lokale Stimmen bleiben ungehört, die die Lebenswirklichkeit der Menschen abbilden und prägen. International gibt es bereits mehrere Versuche, mit KI gegenzusteuern. KI-Systeme können Berichte aus Verwaltungen in Nachrichtenmeldungen umwandeln und über Newsletter-Ange-

bote auch in Regionen bringen, die längst über keine eigene Lokalzeitung mehr verfügen. Ein Beispiel ist der Newsletter „Spatz“, der in mehreren Lokalausgaben in der Schweiz erscheint. Ansätze wie dieser zeigen zudem, dass Automatisierung nicht per se schlecht ist. Es geht vielmehr darum, mit KI ein ergänzendes Angebot zu schaffen, das dort greift, wo Menschen nicht die notwendigen Ressourcen haben, um Inhalte zu erstellen.

Deshalb: Künstliche Intelligenz ist ein Werkzeug. Das Ziel muss sein, sie in den Dienst der Öffentlichkeit zu stellen, damit Journalistinnen und Journalisten die Zeit haben, um Geschichten von und mit echten Menschen zu erzählen. Das „KI.M“ begleitet diese Entwicklung in der Praxis. Die Vision ist dann nicht der vollautomatisierte Newsroom, sondern ein intelligenter Werkzeugkasten. Eine so gestaltete KI wird nicht zum Problem, sondern zu einem echten Mehrwert. ■

SERVICE

Zum Weiterlesen:

Wie mit KI Dialekte und regionale Sprachen am Leben gehalten werden:
<https://media-lab.de/de/inspiration/use-cases/plattdeutsch-trifft-ki>

Zur digitalen Dorfzeitung „Spatz“ in der Schweiz:
<https://spatz.news>

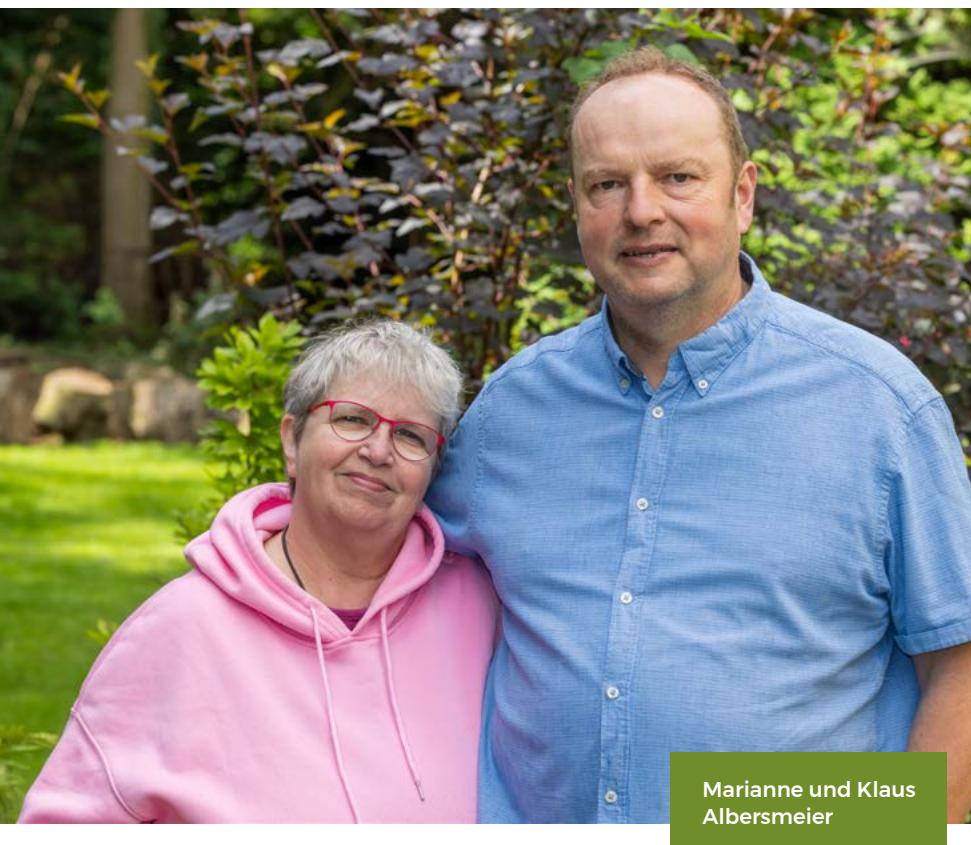
KONTAKT

Jim Sengl
 KI.M – KI-Kompetenzzentrum Medien
jim.sengl@kim-bayern.de
info@medien-bayern.de
<https://medien-bayern.de>

Auf Zukunft gebaut

In Hüttinghausen bei Soest führen Marianne und Klaus Albersmeier ihren Hof in vierter Generation. Mit ihrem Betrieb zeigen sie, dass sich Tierwohl, regenerative Landwirtschaft und gesellschaftliches Engagement verbinden lassen.

Von Anne Ewens



Sein mehr als 100 Jahren bewirtschaftet die Familie Albersmeier ihren Hof in der fruchtbaren Soester Börde in Nordrhein-Westfalen. Was einst als klassischer Mischbetrieb begann, hat sich zu einem vielseitigen Landwirtschaftsbetrieb mit Ackerbau auf rund 125 Hektar entwickelt. Die Schweinemast ist ein weiteres Standbein. Die Albersmeiers bieten zudem Ferienwohnungen und kulturelle Veranstaltungen an, was ihren Hof zu einem Begegnungsort macht.

Klaus Albersmeier ist staatlich geprüfter Landwirt, Marianne Albersmeier gelernte IT-System-Elektronikerin und ehemalige

freiberufliche Journalistin. Seit 15 Jahren arbeitet sie nun in der Landwirtschaft und bringt ihre Erfahrungen aus den Bereichen Technik und Kommunikation in die Betriebsentwicklung ein. „Tue Gutes und rede darüber“, so Marianne Albersmeier. Beide sehen ihren Hof als Lernort und Plattform für den Dialog zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft.

Vom Vollspaltenboden zur Strohhaltung

Die Umstellung der Schweinemast auf Strohhaltung sehen die Albersmeiers als ihren zentralen Schritt in Richtung Zukunft. Im Jahr 2018 investierten sie rund 1,5 Millionen Euro in Stallanlagen, die das gesetzlich vorgeschriebene Platzangebot

verdoppeln und über teilüberdachte Ausläufe verfügen. Die Entscheidung fiel nach der Lektüre des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“. Dessen Fazit: Die bisherige Tierhaltung sei nicht zukunftsweisend.

Die Genehmigung für den Stallbau dauerte zwei Jahre, denn für Außenklimaställe auf Stroh gab es kaum Vergleichswerte für Emissionen. Auch organisatorisch war der Umbau im laufenden Betrieb anspruchsvoll. Heute leben die rund 3 500 Schweine in acht Gruppen mit je bis zu 450 Tieren. Für ihre Stalllösung erhielt die Familie 2022 eine Auszeichnung beim Bundeswettbewerb Landwirtschaftliches Bauen.

Die Schweine behalten ihren Ringelschwanz und werden mit gentechnikfreiem Futter versorgt, das zu einem Fünftel aus eigenem Anbau stammt. Das weitere Futter kaufen die Albersmeiers aus einem Umkreis von maximal 20 Kilometern zu. Auch die Ferkel kaufen sie in der Region. Der Ferkelerzeugungsbetrieb liegt in Bad Sassendorf, zehn Minuten vom Hof entfernt und hält seine Tiere größtenteils auch auf Stroh. Der Arbeitsaufwand sei durch die Umstellung auf Stroh gestiegen, berichtet Klaus Albersmeier, doch die Akzeptanz bei den Verbrauchern ebenso. Die Vermarktung des Schweinefleischs erfolgt über Rewe West unter dem Label „Strohwohl“. „Die Zukunftsaussichten sind gut, die Nachfrage von Rewe nach weiteren Schweinemästern, die ihre Tiere auf Stroh halten, wächst stetig“, sagt Klaus Albersmeier. Sollte der Vertrag mit Rewe nicht verlängert werden, würde der Betrieb auf ökologische Mastschweinehaltung umsteigen.

Neben Tierwohl setzt der Betrieb auf technische Innovationen, die auf dem Hof entwickelt wurden: Das patentierte „KA-Rondell“, eine offene Tränke- und Be-



Auf dem Hof Albersmeier leben die Schweine auf Stroh.

schäftigungseinrichtung für die Schweine, wurde 2017 auf der Messe „EuroTier“ als „Neuheit des Jahres“ ausgezeichnet. Es reduziert nachweislich den Wasserverbrauch im Stall und das Gülleaufkommen – und wurde bisher rund 2 000 mal verkauft, so Klaus Albersmeier. „Wenn man den Tieren etwas Gutes tun und das System weiter optimieren möchte, muss man das eine oder andere überdenken.“

Boden gut machen

Auch im Pflanzenbau verfolgt der Betrieb regenerative Ansätze. Auf 125 Hektar werden Zuckerrüben, Ackerbohnen, Wintergetreide und Mais angebaut; zudem legen die Albersmeiers Uferrand- und Blühstreifen an und führen Vertragsnaturschutzmaßnahmen durch. Ein weiterer Baustein ist ein 2020 angelegtes Agroforstsystem: Auf rund drei Hektar stehen Baumstreifen mit Paulownia, kombiniert mit dem Gras Miscanthus und einzelnen Edelhölzern wie Speierling, Schwarznuss und Elsbeere. Die schnellwachsende Baumart Paulownia aus Ostasien bindet bis zu 40-mal mehr Kohendioxid als eine Eiche. Auch rund um den Hof wachsen Edelhölzer, die dort einen Baumlehrpfad bilden. Das Miscanthus-Gras soll künftig in der hofeigenen Hackenschnitzelheizung zur Energieversorgung genutzt werden.

Lernen und Austauschen

Zwei junge Menschen beginnen pro Jahr eine Ausbildung bei den Albersmeiers, regelmäßig kommen Praktikumskräfte hinzu. Schulen, Kindergärten und Studierende besuchen den Hof, um Landwirt-

schaft zu erleben. Auch Mitarbeitende von Rewe West und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung haben sich hier bereits über die Praxis der Strohhaltung informiert. Marianne Albersmeier ist zudem als „AgrarScout“ aktiv – als Teil einer bundesweiten Initiative, die Landwirten Kommunikations- und Medientraining bietet. Sie und ihre Auszubildenden nehmen an Messen und Weiterbildungen teil, um den Dialog zwischen Landwirtschaft und Öffentlichkeit zu stärken.

Das soziale Engagement reicht über Westfalen hinaus. Über die Schorlemer Stiftung beteiligten sich die Albersmeiers am Austauschprogramm „International Young Farmers' Exchange Programme“ mit Uganda. Insgesamt vier junge Landwirte und eine Landwirtin arbeiteten zwischen 2019 und 2025 jeweils drei Monate auf dem Hof mit. Aus dieser Erfahrung heraus entstand der Kontakt zur lokalen Initiative „Girl Power Foundation Uganda“ in Ostafrika – und schließlich die Gründung des „Girl Power Foundation Deutschland e. V.“ durch Marianne Albersmeier im April 2025. Der Verein unterstützt Frauenprojekte in Uganda, etwa eine Koch- und Nähsschule. Dort lernen junge Frauen mit Elektrogeräten umzugehen und ihre Produkte an Touristinnen und Touristen zu verkaufen. „Sie haben gerade über die Girl Power Foundation Deutschland einen größeren Mixer und einen Gärofen bekommen, da sie sich ein Catering-Unternehmen aufzubauen wollen“, sagt Marianne Albersmeier.

Denken in Generationen

Mit „Kultur am Stall“ veranstaltet die Familie jedes Jahr ein Benefizkonzert auf dem Hof, bei dem Bands auftreten und bis zu 700 Gäste begrüßt werden. Der Erlös fließt an gemeinnützige Organisationen in der Region sowie nach Ghana und Uganda. „Einlass ist um 18 Uhr, das Konzert beginnt um 21 Uhr. Dazwischen ist genug Zeit, um ins Gespräch zu kommen und zu zeigen, wie ein landwirtschaftlicher Betrieb funktioniert“, erklärt Marianne Albersmeier das Konzept. Zwei Ferienwohnungen runden das Angebot für Gäste auf dem Hof ab. Die Feriengäste sind eingeladen, den Hof und seine Tiere – darunter Alpakas und Esel – kennenzulernen. Die Bettdecken der Gäste sind mit Alpaka-Wolle des Hofs gefüttert.

Auch energetisch denkt der Betrieb in Kreisläufen: Photovoltaikanlagen decken einen Teil des Eigenbedarfs, E-Ladestationen für Autos und E-Bikes stehen Besuchenden zur Verfügung. Die Albersmeiers planen derzeit, einen Teil der alten Wirtschaftsgebäude außer Betrieb zu nehmen und einen neuen Stall zu bauen, der eine effizientere Arbeitsorganisation ermöglicht. Zudem sollen die Altgebäude perspektivisch anderweitig genutzt werden, beispielsweise für Inklusionsprojekte oder für betreutes Wohnen von Menschen im Rentenalter.

Mit 58 und 65 Jahren arbeiten Klaus und Marianne Albersmeier an der Hofnachfolge. Seit drei Jahren ist Till Kranepuhl als Betriebsleiter auf dem Hof angestellt, um den Übergang vorzubereiten. Der Wunsch der Albersmeiers: Die nächste Generation soll einen Hof übernehmen, der Tierwohl, Ressourcenschutz und gesellschaftliche Verantwortung verbindet. Sie möchten den Familienbetrieb zu einem Ort machen, an dem Zukunft praktisch erprobt wird – in der Soester Börde und darüber hinaus.

KONTAKT

Klaus und Marianne Albersmeier
Hof Albersmeier
Telefon: 02921 55333
hofalbersmeier@huettinghausen.de
<https://hof-albersmeier.de>

Hegen heißt, Natur schaffen und pflegen

Um Biotope in die Agrarlandschaft einzubetten, führt Thorsten Rabeler zahlreiche Projekte durch. Dafür braucht es Freude am Tun, Idealismus und günstige Rahmenbedingungen, sagt er.

Von Anja Rath

Bis vor zehn Jahren wurde die Wiese am „Rotenteich“ bei Melsdorf, vor den Toren Kiels, intensiv genutzt. Mittlerweile ist sie ein Feuchtbiotop mit temporären Kleingewässern. „Das war mein erstes Projekt“, sagt Thorsten Rabeler. Im Jahr 2015 hat er damit begonnen, die rund 3,3 Hektar zu extensivieren. „Diese Fläche war sehr feucht und somit ideal, um etwas für den Naturschutz zu tun.“ Er ließ drei Senken anlegen. Der Aushub diente als Material, um auf etwa 200 Meter Länge „Knicks“ zu schaffen; die auf Wällen angelegten Schutzhecken sind typisch für Schleswig-Holstein. Damit sich die Wiese im Sinne des Naturschutzes weiterentwickelt, bedarf sie der Mahd. Mittlerweile macht Rabeler das maschinell, denn die Wiese ist nicht mehr seine einzige Fläche. „Ich habe in den vergangenen zehn Jahren etwa 25 Hektar gekauft, um sie zu extensivieren.“

An Flächen kommen, Behörden für sich gewinnen

Sein Vorteil sei, dass er viele Landeigentümer kenne, sagt Rabeler. Etwa über seinen Schwiegervater, früher Landwirt vor Ort, sowie über die Jagd, die Rabeler aktiv ausübt. In Jagdgenossenschaften sind Eigentümer von bejagbaren Flächen zusammengeschlossen. Darüber habe er den Kontakt zu einem Jagdgenossen erhalten, einem pensionierten Landwirt, der die Wiese am Rotenteich verkaufen wollte. Nachdem kein anderer Betrieb vom landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht Gebrauch mache, sei man sich einig geworden.

„Ich habe die Fläche für 45 000 Euro bekommen, das war aus heutiger Sicht ein Schnäppchen“, sagt Rabeler, der als Prüfer in der Finanzbranche tätig ist. „Insgesamt belief sich der Aufwand für die Extensivierung auf rund 95 000 Euro.“ Dar-

in enthalten sind Kosten für Kauf und Notar, Grundsteuer sowie für das mit den Arbeiten beauftragte Unternehmen, außerdem die Kosten für eine Landschaftsplanerin, die den Zustand und das Entwicklungziel der Fläche dargestellt hat.

„Die UNB, die Untere Naturschutzbehörde, muss ein solches Vorhaben bewilligen. Dafür musste ich sie gewinnen. Ein fachlich vorbereiteter Antrag ist dafür eine gute Tischvorlage.“ Das gilt auch für andere seiner Projekte. Rabeler hat mittlerweile viel Wissen zu gesetzlichen Vorgaben erworben. Paragrafen kommen ihm fließend über die Lippen. „Nachdem die UNB eine Maßnahme bewilligt hat, muss die Bodenschutzbehörde eingebunden werden. Gibt es Gräben, vielleicht auch die Wasserschutzbehörde oder der Wasser- und Bodenverband. Bei einer anderen Fläche hat sich einmal die Denkmalschutzbehörde eingeschaltet.“

Ökopunkte und Jagdabgabe

Die Refinanzierung der Extensivierungskosten für die Wiese am Rotenteich gelang Rabeler über ein Ökopunktekonto: In Schleswig-Holstein ist es möglich, für die ökologische Aufwertung einer Fläche Punkte zu erhalten, über die ein Bauträger die Versiegelung einer anderen Fläche ausgleichen kann. „Die Ökopunkte liegen bei der UNB wie auf einer Art Sparbuch. Beim Rotenteich lief es ideal, weil alles vor Ort blieb: Die Gemeinde Melsdorf konnte mit dem Kauf der Ökopunkte den Bau einer Sporthalle ausgleichen“, sagt Rabeler. Er habe 3,40 Euro netto pro Ökopunkt erhalten. „Das war super. Damit bin ich fast bei plus/minus null rausgekommen.“ Drei Jahre habe es gedauert – vom Kauf der Fläche bis zum Verkauf der Ökopunkte. „Bei einem anderen Projekt warte ich seit sieben Jahren auf die Zahlung.“

Über 20 Vorhaben stehen mittlerweile auf Rabelers Projektliste, darunter zahlreiche kleinere. „Bis in die 1970er-Jahre gab es hier viel Tierhaltung und auf den Weiden Stellen, an denen sich das Wasser im Boden gesammelt hat.“ Diese Tränken seien heute vielfach zugeschüttet. „Meine Idee war, sie zu reaktivieren, um Feuchtbiotope zu schaffen. Bei Starkregenereignissen kann sich dort dann wieder Wasser sammeln.“ Er legte zunächst ehemalige Kleingewässer auf den landwirtschaftlichen Flächen frei, die im Besitz seiner Familie sind, und wertete sie als Lebensraum für Amphibien und Reptilien auf. „Andere Landwirte haben gesehen, dass das funktioniert.“ So sei er mit ihnen ins Gespräch gekommen und ein Prozess startete: Rabeler kümmert sich seitdem auch um die Bürokratie und die Umsetzung von Maßnahmen auf den

Thorsten Rabeler arbeitet gerne im Wald. Er stammt aus einer Försterfamilie.





Von 2015 bis 2024 durchgeführte kleine und große Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, ein Biotopnetz zu bilden.

Flächen dieser Landwirte. Sie übernehmen ein Viertel der Kosten, die in der Regel zwischen 1 000 und 4 000 Euro betragen. Drei Viertel kann Rabeler durch Zuschüsse über die sogenannte Jagdabgabe gegenfinanzieren.

Naturverständnis

Rabeler investiert viel Zeit und mehr Geld in die Projekte, als er gegenfinanzieren kann. Er möchte dadurch Landwirtschaft und Natur kombinieren: „Die Maßnahmen finden an Stellen statt, die für die Landwirtschaft nicht so interessant sind. Auf der Landkarte ergeben sie jedoch ein Netz – jede Stelle ist ein Trittsstein, von dem aus sich Biotope vernetzen.“ Einen Teil seiner Motivation begründet er mit der Jagd: Paragraf 1 des Bundesjagdgesetzes besagt, dass damit die Pflicht zur Hege verbunden ist. „Das hat nicht nur mit bejagbaren Tieren zu tun, sondern mit Flora und Fauna insgesamt.“ Vor allem aber bereite ihm die Arbeit Freude: „Es macht mich zufrieden, zu sehen, wie sich die Natur entwickelt.“ Er nimmt sich Zeit, um anderen den Zugang zur Natur zu ermöglichen – indem er dem Kindergarten ein Feuchtbiotop vorstellt oder das ganze Dorf via Dorfzeitung zu einer größeren Pflanzaktion einlädt.

Manchmal ist er allerdings frustriert, etwa als er Mitgliedern des Gemeinderats auf

einer von ihm renaturierten Ausgleichsfläche begegnet. „Sie waren der Meinung, das sei nun eine öffentliche Hundewiese. Nein, habe ich gesagt, guckt mal in eure Unterlagen: Mit einer Fläche von 0,4 Hektar gleicht die Gemeinde die Versiegelung von zwei Hektar Neubaugebiet aus – die Fläche soll sich nach Bundesnaturschutzgesetz sehr hochwertig entwickeln.“ Sind Menschen oder Hunde darauf unterwegs, kann sie das nicht. Rabeler stellt an einigen Stellen Infotafeln auf, um Zusammenhänge zu erklären. „Viele Menschen begrüßen meine Aktionen, aber wenn es um das eigene Verhalten geht, sind sie nur teilweise bereit, es zu ändern.“ Auch gebe es immer weniger Menschen mit Bezug zur Historie des Dorfes und ohne eigenen Landbesitz. Deshalb wünscht er sich mehr Heimat- und Sachkunde in den Schulen, um das wertschätzen zu lernen, was in der Region und der Natur vorhanden ist.

Bürokratie: ja, aber

Naturschutzprojekte unterliegen Regelungen. „Man darf nicht einfach irgendwas pflanzen. Es ist auch genau geregelt, wie ein Knick beschaffen sein soll und welches Material für den Wall verwendet werden darf“, so Rabeler. Er hält derartige Auflagen in der Regel für berechtigt. Aber ihn stört die Dauer der Verfahren. „Der Antrag für Zuschüsse aus der Jagd-

abgabe muss im November vorliegen, eine Zusage kommt meist erst im Juni des Folgejahres und gilt bis zum Jahresende. Dann muss noch die UNB zustimmen.“ Deren verzögerte Rückmeldungen seien sein größtes Problem. „Im besten Fall kann ich ab Oktober loslegen, dann müssen das Wetter und beteiligte Unternehmer mitspielen.“ Bei größeren Projekten dauere es teils noch viel länger, bis sich die UNB zurückmelde. Rabeler geht davon aus, dass die Mitarbeitenden überlastet seien. Dennoch empfindet er die langen Wartezeiten als schlechten Bürgerservice, der privat Engagierte demotiviere, die auch mit kleinen Projekten viel bewirken könnten.

Sein bislang größtes Projekt hat er 2018 gestartet: Über den Verkauf von Nordmanntannen finanziert er mit der „Aktion Weihnachtswald“ den Umbau der rund 5,5 Hektar großen Plantage zu einem naturnahen Wald. Im vergangenen Jahr hat er einen gemeinnützigen Naturschutz- und Wildtierverein mitgegründet. Damit könnten Projekte von noch größerem Umfang möglich werden. ■

SERVICE

Mehr zu den Aktionen unter:
<https://aktion-weihnachtswald.de>



Hügelreich Münzelsheim

Auf der Hügelkuppe können Besuchende den Blick in die Ferne schweifen lassen und sich über die Natur vor Ort informieren.

Im baden-württembergischen Kraichtal wurde ein Acker zu einer Fläche für Natur und zur Rast für Wanderer umgewandelt. Daran waren die Stadt und Vereine beteiligt. Begonnen hat es mit einer Idee des Eigentümers, der sich mehr derartige Projekte wünscht.

Von Anja Rath

Wer auf dem Europäischen Fernwanderweg E1 die Etappe von Mühlhausen nach Gochsheim im Kraichgau zurücklegt, kann seit diesem Jahr im „Hügelreich Münzelsheim“ eine Rast einlegen – Tisch und Bänke laden zum Picknick, eine ergonomische Holzliege zum Entspannen ein. „Die Aussicht ist atemberaubend, man kann bis ins Schwäbische hineingucken“, sagt Thomas Barth. Er hat die rund 1 600 Quadratmeter große Fläche nach dem Tod seines Vaters 2018 geerbt.

Biologischer Trittstein statt Mais

Zu diesem Zeitpunkt war sie ein intensiv bewirtschafteter Maisacker. „Meine Familie hat die Fläche lange landwirtschaftlich genutzt. Zuletzt war sie verpachtet.“ Das dreieckige Grundstück liegt auf einer Anhöhe. Barth wohnt rund 15 Kilometer entfernt. „Die Landschaft dort ist seit der Flurneuordnung in den 1970er-Jahren wie ausgeräumt. Mein erster Impuls war deshalb damals, die Fläche zu renaturieren“, so Barth. Die lose Idee im Kopf, habe er den Pachtvertrag gekündigt. „Günstig war, dass die Fläche am Rand liegt und an zwei Wege grenzt. Es wäre ungünstig gewesen, dem landwirtschaftlichen Betrieb eine Fläche inmitten seines Ackers wegzunehmen.“ Der ortsansässige Landwirt habe dennoch bestürzt reagiert.

Bei seinen Recherchen, was aus der Fläche werden könnte, stieß Barth auf den

Fernwanderweg E1. „Der war hier kaum bekannt und ich dachte mir, daraus muss man doch etwas machen.“ Sein Gedanke war, die Naturfläche mit einer Sehenswürdigkeit für Kraichtal zu kombinieren. Damit stellte er sich im Februar 2022 bei der Stadt vor. Beim Tourismusbereich traf er schließlich auf offene Ohren.

Viele beteiligt

Im Mai 2025 hat die Stadt Kraichtal das „Hügelreich“ feierlich eröffnet. Die Renaturierung des hinteren Teils der Fläche hat der ortsansässige Naturschutzbund (NABU) übernommen. Über 150 Stunden seien Engagierte im Einsatz gewesen, um Hecken und Bäume zu pflanzen sowie eine Glatthaferwiese als Insektenweide anzulegen, schreibt die Stadt in ihrer Pressemitteilung. Das drehbare „Hügelsofa“ hat der Bauhof montiert. „Die Stadt war federführend bei der Organisation“, sagt Barth. Der Imkerverein hat Tafeln zu Bienenhaltung und Honig aufgestellt. Es gibt ein Insektenhotel, Infotafeln zur Natur und eine von einem regionalen Künstler entworfene Panoramatafel. Eine Tafel haben Kinder und Jugendliche gestaltet. Die LEADER-Region „Kraichgau – GESTALTE MIT!“ hat einen Teil der Investitionen mit Mitteln aus ihrem Regionalbudget gefördert.

Irritationen

Barth hat die Akteure zusammengebracht. „Ich habe viele Leute angesprochen und immer klargemacht, dass ich mir wünsche, dass mehrere Partner auf

der Fläche aktiv werden.“ Bei einigen sei er anfangs auf Skepsis und im Verlauf auf Irritation gestoßen. „Ich wurde darauf hingewiesen, dass die Fläche an Wert verliert. Das Monetäre stand bis zuletzt bei vielen Gesprächen im Vordergrund, aber mir geht es um den Wert für Mensch und Natur, der geschaffen wird.“ Barth hat der Stadt die Fläche für einen symbolischen Preis bis 2040 verpachtet, der NABU pflegt als Unterpächter die renaturierte Fläche. „Mein Vater würde sich freuen, zu sehen, was entstanden ist. Auch für Freunde und Familie war es ein Aha-Effekt, den Ort zu besuchen.“ Barth möchte weitere ähnliche Initiativen anstoßen und sich über Projekte austauschen. „Wie sich herausstellte, entwickelte sich die Idee zu einem Leuchtturmprojekt, das in der Region die Runde machte. Gemeinsam etwas erschaffen, auch wenn es manchmal Widrigkeiten an anderer Stelle gibt, das sehe ich als Herausforderung.“

Foto: Thomas Barth

SERVICE

Mehr zum Hügelreich:
<https://kraichtal.de/stadt-kraichtal> → Suche: Einweihung Hügelreich Münzelsheim

KONTAKT

Thomas Barth
thbarth@tutanota.com

Kommune übernimmt Verantwortung

Vor gut einem Jahr hat die Verbandsgemeinde Ulmen ein „Medizinisches Versorgungszentrum“ (MVZ) gegründet. Das Projekt kann über Rheinland-Pfalz hinaus als Modell dienen.

Von Lisa Unzen



Die hausärztliche Versorgung angesichts zunehmend älterer Hausärztinnen und -ärzte zu sichern, stellt die Verbandsgemeinde Ulmen vor Herausforderungen. Mit der Gründung des kommunal getragenen „MVZ Ulmen - Gesundheitszentrum“ hat sie auf eine akute Lücke reagiert: Einer von vier Hausärzten in der Verbandsgemeinde war aus gesundheitlichen Gründen gezwungen, seine langjährige Praxis in der Stadt Ulmen ohne Nachfolge zu schließen. Die Verbandsgemeinde wurde zum Arbeitgeber für zwei Ärztinnen, führte das bestehende Praxisteam weiter und hat so dafür gesorgt, dass die den Menschen vor Ort vertraute Anlaufstelle erhalten blieb. Der Ansatz hat sich bewährt – die Patientenzahlen steigen kontinuierlich, viele sind zurückgekehrt, als die Praxis wiedereröffnet hat.

Viel Aufwand, attraktive Arbeitsplätze
Der Prozess hat rund sechs Monate gedauert. Für die Gründung musste die Verbandsgemeinde zahlreiche Voraussetzungen erfüllen, Anträge stellen und ein Verfahren beim Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) durchlaufen. Das gelang dank der engen Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Praxispersonal und KV. Doch der Aufbau eines kommunalen MVZ ist kein Sprint, sondern ein Marathon.

Die Verbandsgemeinde muss sowohl die organisatorische als auch die finanzielle Grundlage des Betriebs sichern. Sie begleitet beispielsweise Buchhaltung, Personalverwaltung, Budgetierung, Investitionen in Ausstattung und IT. Die Verbandsgemeinde hat den Betrieb des MVZ durch Liquiditätskredite abgesi-

chert. Dies bedeutet kurzfristig eine Belastung für den kommunalen Haushalt. Gleichzeitig ist klar: Bis die „schwarze Null“ erreicht wird, braucht es Zeit – möglicherweise mehr, als zu Beginn angenommen. Hinzu kommen stetig wachsende bürokratische Anforderungen. Durch die Übernahme der Geschäftsführung in die eigene Verwaltung versucht die Verbandsgemeinde, das medizinische Personal zu entlasten. „Der Aufbau eines kommunalen MVZ verlangt Mut, Engagement und Ausdauer – aber es war eine Entscheidung mit Weitblick“, sagt Bürgermeister Alfred Steimers. „Das Projekt trägt Früchte und hat Potenzial, langfristig tragfähig zu sein.“

Die angestellten Ärztinnen profitieren von geregelten Arbeitszeiten, verlässlichen Gehaltsstrukturen, sozialer Absicherung und der Möglichkeit zur Teilzeitgestaltung – ohne das wirtschaftliche Risiko einer Niederlassung tragen zu müssen. Gerade für junge Ärzte, die vor der Entscheidung zwischen eigener Praxis und Anstellung stehen, ist das attraktiv: Sie können sich auf die medizinische Tätigkeit konzentrieren. Langfristig soll das Ärzteteam um eine dritte Fachkraft erweitert werden. Damit steigen die Personalkosten, es eröffnen sich aber auch Vorteile: mehr freie Kapazitäten, größere Flexibilität im Praxisalltag sowie die Möglichkeit, Urlaubs- und Krankheitsausfälle intern abzufangen.

Weiterbilden

Das MVZ ist als Aus- und Weiterbildungsstätte zugelassen. Damit ist ein Beitrag



zur Bewusstseinsbildung verbunden: Studierende, junge Ärzte oder Ärztinnen sollen erleben, dass die Arbeit in der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum erfüllend und zukunftsorientiert sein kann – und dass kommunale Strukturen Sicherheit und Perspektive bieten. Auch zahlreiche Kommunen haben sich bereits in Ulmen informiert, um von den Erfahrungen zu lernen. Die Verbandsgemeinde beteiligt sich an Gesprächen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes, der einen speziellen Tarifvertrag für kommunale MVZ entwickeln möchte. Ziel ist es, die Anstellung im kommunalen Gesundheitswesen attraktiver zu machen.

KONTAKT

Lisa Unzen
Pressestelle der Verbandsgemeinde Ulmen und Geschäftsführung MVZ Ulmen – Gesundheitszentrum AöR
Telefon: 02676 409211
verwaltung@mvz-ulmen.de
<https://mvz-ulmen.de>

Heimat in alten Häusern

Die sogenannten Umgebindehäuser gibt es heute in größerer Zahl nur noch im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien. Dort sind sie ortsbildprägend. So auch in der LEADER-Region Bautzener Oberland. Diese will dazu beitragen, dass der historische Haustyp erhalten und vor allem bewohnt wird.

Von Anja Rath

Junges Paar rettet altes Umgebindehaus in Ringenhain“, so lautete eine Schlagzeile der Sächsischen Zeitung im Januar 2025. Das Paar saniert solch ein Haus – eine Kombination aus Blockhaus, Massiv- und Fachwerkbauweise. Das Haus in Ringenhain ist etwa 175 Jahre alt. „Leider müssen viele alte Bauteile aufgrund immenser Schäden ausgetauscht werden“, sagt Kerstin Richter. Die Architektin aus Weifa ist Mitglied der Lokalen Aktionsgruppe Bautzener Oberland (LAG BOL). Sie ist selbst im Projekt des „Umgebindehaus Rämisichstraße 23 e. V.“ aktiv, der in Schirgiswalde ein altes Gebäude, das abgerissen werden sollte, restauriert und sich dafür einsetzt, möglichst viel der ursprünglichen Bausubstanz zu erhalten.

Umbrüche

Ringenhain und Weifa sind Ortsteile der rund 2 800 Einwohnende zählenden Gemeinde Steinigt Wolmsdorf im Süden des Landkreises Bautzen. Die Chronik zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinde berichtet davon, dass zwischen 1800 und 1900 rund 210 Handweber dort tätig waren. Mechanisierung und Industrialisierung lösten die Handarbeit ab. Entlang von Bahnstrecken entstanden in der Oberlausitz vielerorts Standorte der Textilindustrie. Etwa in Schirgiswalde-Kirschau: Der kleine Ort Kirschau erwarb sich aufgrund der im Zuge des Aufschwungs in den 1920er-Jahren entstandenen, teils imposanten Fabrikantenvillen den Namen „Dorf mit goldenen Dächern“. Das Erbe der Industriekultur haben die beiden benachbarten LEADER-Regionen Bautzener Oberland und West-

lausitz im Projekt „Industriekultur Oberlausitz“ aufbereitet (siehe LandInForm 4.21).

In Schirgiswalde-Kirschau sitzt heute das Regionalmanagement der LEADER-Region Bautzener Oberland. „Nachdem die UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg viele Industriestandorte in der Region abgebaut hat, hat die DDR versucht, sie dort wieder anzusiedeln. Hier im Ort etwa wurde ein großes Textilwerk wiederbelebt“, sagt Regionalmanagerin Marlen Martin. „In den Fabriken haben zahlreiche Menschen gearbeitet. Es gab eine betriebliche Versorgung mit Kantinen, Zahnarzt, Kindergarten, Sportvereinen – die Menschen haben sich damit identifiziert.“ Nach der Wende wurden viele Standorte geschlossen, heute sind nur noch Reste der Industrie vorhanden. „Für viele Menschen war dadurch

Fotos: Kerstin Richter

Das Umgebindehaus Rämisichstraße 23 heute: Ein Verein hat das rund 240 Jahre alte Haus mit viel Eigenleistung instand gesetzt.





Das Haus in der Rämisichstraße 23 stand lange leer und sollte abgerissen werden. Es ist eins von vielen Umgebindehäusern in der Region: Bei diesem Bautyp gibt es eine sogenannte Blockstube aus dicken Bohlen, um die herum eine tragende Holzkonstruktion errichtet wurde, die das Dach, bei mehrstöckigen Häusern zudem den Fachwerkoberstock, trägt.

nicht nur der Arbeitsplatz weg, sondern eigentlich das ganze Lebensumfeld.“ Etliche Familien seien damals aus der Region abgewandert – und nicht mehr zurückgekehrt. „Uns fehlt aktuell fast die komplette Generation der 40- bis 50-Jährigen“, sagt Martins Kollegin Susanne Porcu. Die Regionalmanagerinnen rechnen damit, dass die Bevölkerungszahl weiter abnimmt.

„Die Geburtenzahlen gehen zurück, und der Prozess wird nochmals einen richtigen Schub bekommen“, so Martin. Dadurch werden mehr Gebäude leer stehen. „In den vergangenen Jahrzehnten wurde auch neu gebaut. Es bleibt abzuwarten, welche Gebäude nicht mehr bewohnt werden – die Umgebindehäuser in den Ortskernen oder die Neubauten am Ortsrand.“

Sanieren im Ortskern

„Umgebindehäuser in schöner Lage sind als Wohn- oder Ferienhaus beliebt“, sagt Architektin Richter. „Die, die im Original erhalten sind, dienen oft touristischen Zwecken oder auch als Museen.“ Aber in einigen Orten wurden bereits Häuser abgerissen und es gibt weitere, die der Sanierung bedürfen. Die LAG BOL fördert derartige Sanierungsvorhaben mit EU- und Landesgeld.

Sie hat auch den Verein Umgebindehaus Rämisichstraße 23 unterstützt, der seit 2017 mit viel Eigenleistung die Instandsetzung des Gebäudes in Schirgiswalde betreibt. Das Bautagebuch auf der Vereinswebsite zeugt von Aufwand und Machbarkeit des Vorhabens. „Das Projekt hat Vorbildcharakter, weil es aufzeigt, dass man so ein Haus sanieren kann, ohne eine Million hineinsticken zu müssen“, sagt Regionalmanagerin Martin. Das könnte andere dazu motivieren, ein solches Projekt zu starten. Das Paar in Ringenhain nutzt dafür auch die LEADER-Förderung.

Handlungsfeld Wohnen

In der aktuellen Förderperiode hat die LEADER-Region bislang 14 derartige Projekte bewilligt. Den Rahmen dafür bildet das Handlungsfeld „Wohnen“ in der Lokalen Entwicklungsstrategie (LES). „Wir wollen einen Anreiz schaffen, in ein altes Haus in der Ortsmitte zu investieren, statt sich ein neues Haus zu bauen“, sagt Porcu. Die LAG fördert deshalb Konzepte und Investitionen, die dazu beitragen, dass ländliche Gebäude zu Wohnzwecken um- oder wiedergenutzt werden. Die Voraussetzung ist, dass das Gebäude vor 1960 errichtet wurde. Maximal 75 000 Euro und 40 Prozent der Kosten können Bauträger – von Kirchen über Vereine und Kommunen bis zu Privatpersonen – erhalten. Die Fördersätze für denkmalgeschützte Gebäude sind etwas höher.

Für Nicht-Denkmal-Projekte, die bedarfsgerechte Wohnformen schaffen, etwa altersgerechtes Wohnen oder für Jugendgruppen, beträgt der Zuschuss bis zu 100 000 Euro. Die „Zukunft eGbR“ hat für ein solches Projekt eine Förderzusage erhalten. Sie baut einen Teil eines landwirtschaftlichen Gebäudes um. Dort und in weiteren Teilen des Vierseithofes sollen dann vier Generationen als Gemeinschaft zusammenleben. Martin geht davon aus, dass im Zuge des demografischen Wandels der Bedarf derart privat organisierter Unterstützung zunehmen wird.

Hohe Lebensqualität, schlechtes Image

Porcu und Martin sind beide nach rund 20 Jahren in die Region zurückgekehrt. Sie liegt rund eine Zugstunde von Dresden entfernt. Die Rückkehrerinnen hoffen darauf, dass junge Leute zuziehen. Die Lebensqualität sei hoch, es gebe gute Verkehrsinfrastrukturen, die Schulen und Kitas seien im Vergleich zu anderen Bundesländern gut ausgestattet. Probleme liegen woanders.

Etwa beim schlechten Image von Ost-Sachsen. „Wenn man überregionale Medienbeiträge über unsere Region liest oder sieht, dann geht es oft um Rechtsradikalismus, Strukturwandel und Verluste“, sagt Martin. Doch das sei nicht alles, was die Region ausmache. „Unsere Region ist nicht besser oder schlechter als andere.“ Unzufriedenheit insbesondere mit der Bundespolitik sei in der Region am Wahlverhalten spürbar. Porcu berichtet, dass politische Gräben mittlerweile durch Familien, Freunde-

kreise und Vereine gingen. „Man hat täglich Auseinandersetzungen. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Mit LEADER wollen wir zeigen, dass sich die Region positiv entwickeln kann.“ Der Förderansatz habe schon viel bewegen können.

Mittel und Vereinfachungen

Das Handlungsfeld Wohnen ist das fünfte von sechs Handlungsfeldern der LES. Die LAG stellt dafür 1,2 Millionen Euro bereit. Das sind 15,5 Prozent des Gesamtbudgets. „Die Nachfrage nach der Förderung ist hoch“, sagt Porcu. Dazu trägt vielleicht auch bei, dass die EU in der aktuellen Förderperiode mit den „vereinfachten Kostenoptionen“ ein Abrechnungsverfahren ermöglicht hat, das mit Pauschalen arbeitet. Statt Rechnungen dient ein Bautagebuch als Nachweis für die Umsetzung des Vorhabens. Damit ist die Anrechnung von Eigenleistungen möglich. „Diese Regelung ist sehr praxisnah und hilfreich“, sagt Richter, die Abrechnungen für die Rämisichstraße noch nach alten Regularien machen musste. „Bei der Antragstellung muss man natürlich weiterhin Architekten und Fachleute einbinden, damit das Vorhaben fachlich gut geplant, bewilligt und umgesetzt wird.“

SERVICE

Zum Projekt des „Umgebindehaus Rämisichstraße 23 e. V.“:
<https://raemischstrasse23.de>

Zum LEADER-Kooperationsprojekt Industriekultur:
<https://industriekultur-oberlausitz.de>

KONTAKT

Marlen Martin und Susanne Porcu
 LEADER-Regionalmanagement Bautzener Oberland
 Telefon: 03592 5426910
m.martin@bautzeneroberland.de
<https://bautzeneroberland.de>

Den Wert der Wälder sichtbar machen

Was wäre, wenn Waldbesitzende für Waldleistungen wie Erholung, Klimaschutz und Artenvielfalt eine Vergütung erhalten könnten? Im Rahmen des europäischen Projekts „Forest EcoValue“ wird in einem „Reallabor“ erprobt, wie im Dialog zwischen Forschung und Praxis derartige Geschäftsmodelle entstehen können.

Von Andrea Emmer, Hieronymus Jäger, Stefan Marzelli und Thomas Dichtl



Wer an Wald denkt, denkt oft zuerst an Bäume, die zu Holz verarbeitet werden. Die Holzproduktion ist seit Jahrhunderten die klassische Einnahmequelle für Waldbesitzende. Doch dieses Modell steht unter Druck: Der Klimawandel mit stärker werdenden Stürmen und länger anhaltenden Phasen von Trockenheit, die dadurch bedingte erhöhte Anfälligkeit von Nadelholzkulturen für den Borkenkäferbefall, kombiniert mit schwankenden Holzpreisen, macht eine rentable Bewirtschaftung schwieriger. Gleichzeitig hat die Gesellschaft hohe Erwartungen an den Wald. Er soll als Nah-

erholungsgebiet dienen, den Klimawandel bremsen, sauberes Trinkwasser sichern und Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten sein.

Wald kann mehr als Holz

Diese vielfältigen „Waldökosystemleistungen“ werden bisher von Politik und Gesellschaft kaum wahrgenommen und zudem nicht honoriert. Wie kann der verborgene Wert des Waldes sichtbar und für Waldbesitzende finanziell nutzbar gemacht werden?

Dieser Frage geht das Projekt „Forest EcoValue“ nach, das als Teil des europäischen Interreg-Alpenraumprogramms durch

die EU sowie durch das Bundesumweltministerium finanziert wird. Ein internationales Team entwickelt seit Projektstart im Jahr 2022 neue Ansätze für sogenannte grüne Märkte für Bergregionen in Italien, Frankreich, Slowenien, Österreich und Deutschland. Die deutsche Pilotregion ist zwischen Tegernseer Tal, Tölzer Land und dem Münchener Süden in Bayern angesiedelt. Herzstück der Arbeit ist ein Reallabor, in dem Theorie und Praxis aufeinandertreffen.

Wo aus Dialog eine Geschäftsidee wird

Ein Reallabor ist ein Experimentierraum, in dem Forschende und Praktiker auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um Lösungen für reale Probleme zu finden. Im Fall von „Forest EcoValue“ sind dies in Bayern zwei motivierte Waldbesitzer aus der Region und das Planungsteam des „ifuplan Instituts für Umweltplanung und Raumentwicklung“.

Einer der Waldbesitzer ist Leonard Bendel aus Waakirchen. Er ist offen für neue Ideen. Vor zehn Jahren hat er mit einer Gruppe die „Alm Residency“ initiiert: Bendel stellt Kunstschaaffenden aus aller Welt zwei Hütten in einem Waldstück als temporäre Schaffensstätte zur Verfügung. Bendel hat Betriebswirtschaftslehre studiert und sich in seiner Masterarbeit mit nachhaltigen Lieferketten auseinandergesetzt. Seine Motivation, sich am Projekt „Forest EcoValue“ zu beteiligen, beschreibt er so: „Unternehmen werden ihre Wirtschaftsweisen nur ändern, wenn sie Zahlen haben, mit denen sie rechnen können. Ich habe mich gefragt, ob man beispielsweise einen Waldbesuch monetär bewerten kann. Ich möchte Möglichkeiten finden, um für alle verständlich zu machen, welche Leistungen mein Bergwald erbringt.“ Bendels Perspektive ist der Ausgangspunkt für alle weiteren Überlegungen im Reallabor. Die Forschenden von ifuplan bringen sich mit Erhebungsmethoden und theoretischen



Grundlagen ein, um die Ökosystemleistungen der betrachteten Waldflächen systematisch zu analysieren und den Prozess zur Entwicklung von Geschäftsideen zu moderieren.

Im März 2025 waren die Forschenden gemeinsam mit Bendel in seinen Wäldern in Waakirchen unterwegs, um zu validieren, welche Ökosystemdienstleistungen die für das Projekt ausgewählten Flächen erbringen. Auf Grundlage der Analyse diskutierte die Gruppe, welche lokal umsetzbaren Möglichkeiten bestehen, um die Leistungen zu optimieren – theoretisch und konkret bei einer erneuten Begehung. Im Austausch kristallisierte sich eine Idee heraus, die zu Bendels Zielen passt: die Gründung einer „Grünen Initiative“. Das Konzept sieht vor, naturpädagogische Führungen für Schulklassen, Vereine und Touristen anzubieten. Ergänzend soll der Waldbesitzer durch Öffentlichkeitsarbeit als authentische „Stimme des Waldes“ für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung werben.

Um diese Idee zu prüfen, unterstützte das Forschungsteam bei der Analyse der vorhandenen Potenziale. Mithilfe eines Indikatoren-Ansatzes bewertete es, welche von Bendels Waldflächen sich aufgrund ihrer Struktur und Erreichbarkeit besonders gut für Erholung und Umweltbildung eignen und wo Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschont werden müssen. Gleichzeitig wurden ökonomische Fragen durchdacht: Wer ist die Zielgruppe? Wie könnte eine Organisationsstruktur aussehen? Welche Hürden gibt es?

Das Ergebnis ist ein konkretes Konzept für eine Initiative, die die ökologischen Funktionen des Waldes achtet und erhält. Sie stellt für den Waldbesitzer eine interessante und wertschöpfende neue Tätigkeit dar, die seine Arbeit auf eine breitere Basis stellt. Im Mai wurde das Geschäftsmodell im Rahmen eines Projekttreffens in München mit den internationalen Partnern diskutiert. Es fand großen Zuspruch. Die Projektpartner konnten bei einer Exkursion in Bendels Wald den angedachten Ansatz beim Essen erfahren: Der Waldbesitzer servierte ein waldthemaisches Menü – dieses sinnliche Heranführen an den Wald ist eine Kernidee des Geschäftsmodells.

Die Idee des zweiten Waldbesitzers im Reallabor in Bayern ist, eine Fläche als Bestattungswald zu nutzen. Das ifuplan-Team hat die Ergebnisse bei der diesjährigen Forstwissenschaftlichen Tagung in Freiburg präsentiert: Sie stießen etwa beim EU-Projekt „Small4Good“, das sich mit multifunktionellen Nutzungen für Kleinprivatwaldbesitzende auseinandersetzt, auf großes Interesse.

Gute Ideen brauchen gute Rahmenbedingungen

Das Reallabor zeigt: Der direkte Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis kann ein Erfolgsmodell sein, um praxisnahe innovative und von den Akteuren getragene Lösungen zu entwickeln. Doch damit aus diesen guten Ideen erfolgreiche Geschäftsmodelle werden, braucht es bessere politische Rahmenbedingungen. In der Praxis stehen einer schnellen Umset-

zung oft komplexe Genehmigungsverfahren und rechtliche Unsicherheiten im Weg oder es fehlt die Anschubfinanzierung. Aus dem Projekt leiten sich daher klare Wünsche an die Politik ab. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen vereinfacht werden, um innovative Waldnutzungen leichter zu ermöglichen. Es bedarf passgenauer Förderprogramme, die die Honoriierung von Ökosystemleistungen gezielt unterstützen. Zudem benötigen Waldbesitzende Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit, um das Bewusstsein in der Gesellschaft für den vielfältigen Wert des Waldes und für die Arbeit zu schärfen.

Instrumentenkasten

Im Rahmen von „Forest EcoValue“ sind vielversprechende Ideen entstanden, im französischen Reallabor etwa die einer Kurtaxe für Wald, in Italien die, Nicht-Holz-Produkte zu vermarkten. Um möglichst viele Waldbesitzende zum Nachahmen zu ermutigen, werden alle Erkenntnisse auf der Projektwebsite dokumentiert. Dort werden zudem weitere nachahmenswerte Beispiele vorgestellt und digitale Instrumente für Waldbesitzende bereitgestellt.

Vom 2. bis 4. Dezember konnten Interessierte bei einem praxisnahen Online-Workshop lernen, selbst neue Wege zu gehen und den wahren Wert ihrer Wälder sichtbar zu machen. Bis Anfang 2026 werden die erarbeiteten Geschäftsideen wie die „Grüne Initiative“ von Bendel weiter begleitet. „Wenn es gelingt, den Wert eines Bergmischwalds eindrücklich zu vermitteln, wird sich das positiv auf das Verständnis für den Wald und dessen Nutzung auswirken“, sagt er.

SERVICE

Zur ifuplan-Projektseite: <https://www.ifuplan.de/projekt-details/forest-ecovalue>

Zur Interreg-Projektseite: <https://alpine-space.eu/project/forest-ecovalue>

Zu LinkedIn: <https://linkedin.com/company/forest-ecovalue>

KONTAKT

Andrea Emmer und Thomas Dichtl
ifuplan Institut für Umweltplanung und Raumentwicklung
Telefon: 089 3074975-0
andrea.emmer@ifuplan.de
thomas.dichtl@ifuplan.de
<https://www.ifuplan.de>

Regionen im Wandel erfahren

Im Rahmen der Sommerschule „Transformation in Motion“ sind Teilnehmende aus Wissenschaft, Regionalentwicklung, Kunst und Kultur eine Woche lang mit Bus und Bahn zu Orten des Auf- und Umbruchs in Ostdeutschland gereist. Unser DVS-Kollege war dabei und hat neue Perspektiven gewonnen.

Von Jens Reda

Eine mehrtägige Reise durch strukturschwache und ländliche Regionen allein mit regionalen öffentlichen Verkehrsmitteln – ein solches Unterfangen mag vielen Menschen abenteuerlich erscheinen. Für die 18 Teilnehmenden der Sommerschule „Transformation in Motion“ war es eine Möglichkeit, diese Räume auf neue Weise zu erleben. Ihr Weg führte sie von Berlin über Węgliniec in Polen, Ostritz, Görlitz, Naumburg (Saale) und den Thüringer Wald bis nach Halle (Saale). Im Fokus der achttägigen Reise standen die vielfältigen Facetten des Wandels, den diese Regionen seit Jahrzehnten durchlaufen. Begegnungen mit Bürgern, Projektträgern und Forschenden eröffneten dabei Einblicke in die Geschichten und Entwicklungspfade der jeweiligen Orte und regten dazu an, die eigenen Vorstellungen von Transformation zu reflektieren.

Willkommen an Bord

Entstanden ist die Idee zur mobilen Sommerschule im Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), das das Format in Ko-

operation mit weiteren Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft organisierte. Der grundlegende Anspruch war es, fachliche Expertise, interaktive Methoden und eine nachhaltige Art der Fortbewegung miteinander zu verbinden. Den Teilnehmenden sollte ein praxisnaher Zugang zu den vielfältigen Erfahrungen in den Regionen ermöglicht werden.

„Durch die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen wollten wir Brücken zwischen Wissenschaft, Praxis und Gesellschaft schaffen“, sagt Dr. Tim Leibert, der das Projekt beim IfL leitet. Auf dem Programm standen deshalb Besuche von Orten des Wandels sowie der Austausch mit lokalen Akteuren, etwa aus Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie Impulse aus der Forschung. Gleichzeitig waren die Mitreisenden gefordert, das Programm durch eigene Beiträge mitzugestalten. So gelang es, die vielfältigen Interessen und fachlichen Kompetenzen, die die Teilnehmenden aus der Forschung, der Verkehrsplanung und der Regionalentwicklung sowie aus den Bereichen Kunst und Kultur mitbrachten, programmatisch abzubilden.

Was die Sommerschule von klassischen Exkursionsformaten abhob, war ihr Ansatz, öffentliche Verkehrsmittel als Lernorte zu verstehen, an denen die behandelten Themen unmittelbar erfahren werden können. Auf eindrückliche Weise zeigte dies beispielsweise eine moderierte Diskussionsrunde zum Thema Mobilität und regionale Entwicklung, die gleich zu Beginn der Reise im „Kulturzug“ auf der Strecke zwischen Berlin und Węgliniec stattfand. Dabei wurden sowohl die Teilnehmenden als auch Mitreisende eingebunden. Sie waren sich darüber einig, dass Bewohner ländlicher Räume, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, in besonderem Maße von einer Mobilitätsarmut bedroht seien. Die vielerorts ausgedünnte Infrastruktur stelle nicht nur eine Zugangsbarriere zum öffentlichen Leben dar, sondern verstärke auch Gefühle der Einsamkeit und des Abgehängtseins. Doch gerade der öffentliche Nahverkehr eröffne auch Räume der Begegnung und des Austausches und verkörpere somit einen nicht zu vernachlässigenden Aspekt einer offenen und demokratischen Gesellschaft, so eine

Fotos: Jonathan Gescher / IfL





Teilnehmerin. Vor diesem Hintergrund stellte das Format spürbar eine Verbindung zwischen der Diskussion im Zug und der durchfahrenen Landschaft her und eröffnete den Beteiligten eine besondere Perspektive auf die Chancen und Herausforderungen der Verkehrswende in ländlichen Räumen. Dieser und weitere Programmpunkte lieferten Impulse für einen lebhaften Austausch darüber, was Transformation im Konkreten bedeutet und wer sie wie gestalten kann.

Nächster Halt: Transformation

Im Verlauf der Reise zeigten sich verschiedene Gesichter des Strukturwandelns und damit verbundene Widersprüchlichkeiten. Da sind finanzstarke Großprojekte, die mit technologie- und forschungsbasierten Ansätzen die Suche nach einer neuen regionalen Identität der Kohleregion Lausitz versinnbildlichen. Da sind Landkreise und Unternehmen, die mit Investitionen in Infrastruktur und Fachkräftekampagnen das alte industrielle Gesicht der Region nicht ganz aufgeben wollen. Da sind Kommunen und Stadtentwickler, die dem historischen Erbe aus Abwanderung und Schrumpfung Perspektiven für das Bleiben und Zurückkehren abgewinnen. Und da sind zahlreiche ehrenamtlich getragene Initiativen und Projekte, die den großen gesellschaftlichen Fragen um Nachhaltigkeit, Integration und Demokratie auf oftmals wenigen Quadratmetern Handlungsspielraum begegnen.

In der Auseinandersetzung mit all diesen Eindrücken kamen viele Fragen auf: Wer tritt bei Fragen zur Transformation öffentlich auf und wer bleibt ungesehen? Wie wird von Transformation gesprochen und was bleibt ungesagt? Und welche Rolle spielen materielle Ressourcen und Netzwerke im Ringen um Narrative, die eine bessere Zukunft schon jetzt greifbar machen sollen? Einfache Antworten hierauf gab es keine, doch die Diskussionen darüber trugen dazu bei, dem an sich abstrakten Begriff der Transformation, mit dem die Sommerschule überschrieben war, mehr Kontur zu geben: „Dass Transformation vom ganz Großen bis in das Individuelle gedacht werden kann und dass wir das in diesen verschiedenen Dimensionen kennenlernen konnten, war Klasse. Das ist total hilfreich, um dieses große sperrige Wort in konkrete Erfahrungen zu übersetzen“, sagte eine Teilnehmerin.

Begünstigt wurde diese Form der Reflexion nicht zuletzt von dem mehrjährigen Reiseformat, das eine solche Programmvielfalt und die intensive Auseinandersetzung



2

3



1 Diskussion im „Kulturzug“ auf der Strecke zwischen Berlin und Węgliniec (Polen) zum Thema Mobilität und regionale Entwicklung

2 Rundgang in Hoyerswerda-Neustadt mit Christian Völker-Kieschnick, Stadtrat aus Hoyerswerda: Die Gruppe sprach über den sozialistischen Städtebau und den Umgang mit diesem Erbe. Auch die Stadtentwicklung in Zeiten von Überalterung war Thema.

3 Baustelle des Smart Mobility Lab in Schwarzkollm bei Hoyerswerda: Das Lab ist ein interdisziplinäres Forschungszentrum der TU Dresden zur Erforschung automatisierter Mobilitätslösungen in den Bereichen Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge, Landmaschinen und Robotik.

mit dem Thema erst zuließ. Gleichzeitig verweist sie auf den Wert eines mobilen Lernformats, das Themen an den Orten nachspürt, an denen sie tagtäglich mit Leben gefüllt werden.

Alles Aussteigen bitte – was nach der Reise bleibt

Am Ende der Reise bleiben viele Erinnerungen und noch mehr Fragen, aber vor allem das Gefühl, mehr von den Räumen und Themen verstanden zu haben, als es ein Seminar an einer Universität oder ein Workshop in einem großstädtischen Tagungshaus vermitteln kann. Das Konzept der mobilen Sommerschule hat Orte auf eine Weise zugänglich gemacht, die im Alltag verschlossen bleibt und Begegnungen mit Menschen ermöglicht, die sich außerhalb der eigenen Filterblasen bewegen. Es erforderte die Offenheit, sich auf den Takt von Bussen und Regionalbahnen einzustellen und von den Gegebenheiten irritieren zu lassen. Doch so wurde klar: Mobilität bedeutet nicht allein Fortbewegung, sondern ist auch ein Hineinbewegen in Perspektiven und Regionen – und das auf eine Weise, die im Verborgenen bleibt, wenn man im PKW oder ICE durch die Landschaft rauscht.

Die Sommerschule „Transformation in Motion“ war ein Projekt im Rahmen des sogenannten Leibniz-Labs „Umbrüche und Transformationen“, das Forschungserkenntnisse von 28 beteiligten Instituten zu den großen gesellschaftlichen Veränderungen und Krisen unserer Zeit bündelt und mit innovativen Formaten in die gesellschaftliche Diskussion einbringt. Das Leibniz-Lab stellte die Finanzierung der Sommerschule sicher. Zudem wird an einem Konzept zur Verfestigung des mobilen Lernformats gearbeitet. Weitere Eindrücke von der diesjährigen Reise werden fortlaufend auf der Website des Labs gebündelt.

SERVICE

Zum Leibniz-Lab „Umbrüche und Transformationen“:

<https://leibniz-lab-transformationen.de>

<https://leibniz-lab-transformationen.de/labvorort/mobile-sommerschule-transformation-in-motion>

KONTAKT

Dr. Tim Leibert

Leibniz-Institut für Länderkunde

Telefon: 0341 60055188

t_leibert@leibniz-ifl.de

<https://leibniz-ifl.de>

Eine Ansprechperson für Gesundheit

In Luckau in Brandenburg ist seit 2024 eine Gemeindegesundheitspflegerin im Einsatz. Sie vernetzt medizinische Leistungen und berät Erkrankte. Ein Zukunftsmodell?

Von Andrea Birrenbach

Wer in Luckau in Brandenburg die Sorge hat, eine chronische Krankheit zu entwickeln, kann sich an Tahnee Leyh wenden. Als „Gemeindegesundheitspflegerin“ ist sie die erste Ansprechpartnerin für gesundheitliche Themen in der Kleinstadt mit 30 Ortsteilen, in der knapp 10 000 Menschen leben. Leyh, die beim Kreisverband Fläming-Spreewald e. V. des Deutschen Roten Kreuzes angestellt ist, nimmt haus- und fachärztlichen Praxen sowie Pflegediensten Arbeit ab. Außerdem ergänzt ihre Leistung das Gesundheitssystem in der ländlichen Kommune.

Die junge Frau agiert in mehreren Handlungsfeldern. Sie berät Menschen zu ihren gesundheitlichen Beschwerden und empfiehlt ihnen eine geeignete Facharztpraxis. Bei chronischen Erkrankungen vermittelt sie theoretisches und praktisches Wissen. „Ich schaue mir an, was diese Menschen, die schon krank sind, brauchen, um nicht noch kräcker zu werden. Ich möchte sie für sich selbst sensibilisieren. Dafür braucht es Gesundheitsbildung, die Bereitstellung von Hilfsmitteln und manchmal eine Anpassung des Wohnumfelds.“ Um Betroffene und Angehörige zu einer Pflegebedürftigkeit zu beraten, macht sie vor allem Hausbesuche. Da gerade für ältere Menschen die Wege im ländlichen Raum lang sind, ist sie viel unterwegs.

Vorbild USA und Skandinavien

Leyh versteht sich als „deutsche Version der Community Health Nurse“. Community Health Nurses sind etwa im anglo-amerikanischen Raum und in Skandinavien bekannt, wo sie eigenständig medizinische Leistungen erbringen. Dadurch soll das Gesundheitssystem entlastet werden, da die Menschen nicht bei allen

Erkrankungen und Folgebehandlungen ärztliche Praxen konsultieren.

In Luckau übernimmt Gemeindegesundheitspflegerin Leyh keine ärztlichen Leistungen, weil der deutsche Heilkundevorbehalt das nicht erlaubt. So darf sie beispielsweise keine Verbände bei akuten oder chronischen Wunden wechseln.

„Viele Patienten müssen damit zu niedergelassenen Chirurgen gehen, weil Hausarztpraxen keine Kapazitäten haben oder überfordert sind – und ich sie nicht behandeln darf. Dabei sind wir als Gesundheits- und Krankenpflegende größtenteils sehr gut darin ausgebildet“, sagt Leyh. Sie hat ein duales Bachelor-Studium zur „Gesundheits- und Krankenpflege“ absolviert, in der Klinik Luckau gearbeitet und berufsbegleitend den Master in „Advanced Nursing Practice“ mit Spezialisierung im Community Health Nursing abgelegt, einem Bereich des Public Health Nursings.

Zusätzlich sind Community Health Nurses in Prävention und Gesundheitsförderung ausgebildet. Leyh wünscht sich beispielsweise, dass Pflegefachpersonen mit akademischer Ausbildung in der Schulgesundheitspflege eingesetzt werden können, um Gesundheit in allen Altersgruppen auf die Agenda zu setzen. Ihr Blick richtet sich nicht ausschließlich auf Erkrankungen, sondern auch auf das Umfeld der Personen, die sie aufsucht. Deshalb schaut sie sich die soziale Situation in der Familie an. Wenn etwa wegen Krankheit in einer Familie die Betreuung eines Kindes schwierig wird, weiß sie, welchen Verein und welche Ehrenamtlichen sie ansprechen kann, um auszuholen. Gleichzeitig möchte sie das Thema Gesundheit auf Ebene der Kommune sichtbar machen. „Ich sehe mich als Fürsprecherin meiner Patienten in Gremien, sowohl in der Stadt als auch auf Land-

kreisebene, beim Gesundheitsamt und im Sozialamt, mit dem ich eng zusammenarbeite. Ich nehme am Schulsozialausschuss teil, und ich bin Vorsitzende des Beirats für Menschen mit Behinderungen“, sagt Leyh.

Versorgung verbessern

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) engagiert sich seit Jahren dafür, dass das Community Health Nursing in Deutschland anerkannt wird, auch um den Mangel an Landärzten abzufedern. „Die ländlichen Regionen stehen vor großen Versorgungsproblemen“, sagt Robert Bitterlich vom DBfK. Kürzlich haben die Bertelsmann-Stiftung und das Barmer-Institut für Gesundheitssystemforschung errechnet, dass bundesweit bereits mehr als 5 000 Praxen unbesetzt sind und bis zum Jahr 2040 weitere 1 300 Praxen fehlen werden. Vor allem Kleinstädte und die ländlichen Räume seien laut Studie betroffen. „Community





Gemeindegesundheitspflegerin Tahnee Leyh wünscht sich, dass in jeder Gemeinde eine Fachkraft wie sie unterwegs ist.

Health Nurses sind dafür ausgebildet, Leistungen auszuführen, die momentan in Deutschland Ärzten vorbehalten sind – darunter die umfassende Betreuung chronisch kranker Menschen. Sie könnten den Verlauf kontrollieren, Laborparameter erheben und kontinuierlich Rezepte ausstellen“, sagt Bitterlich. Der Verband wirbt deshalb bei Politik, Ärzteschaft und Kommunen für die sogenannte Heilkundeübertragung auf diese medizinischen Fachkräfte; dazu bräuchte es eine Gesetzesänderung. „Wir müssen viel Lobbyarbeit leisten, denn das Modell ist ein Bruch mit dem arztzentrierten System in Deutschland. Es gefällt nicht allen, wenn Ärzte Aufgaben abgeben sollen. So könnten aber mehr Menschen betreut werden, auch die, die momentan keinen Hausarzt finden.“

Die Erfahrung, dass nicht alle positiv auf sie reagieren, hat auch Leyh gemacht. In ihrer Region gebe es mit etwa einem

Drittel der Ärzteschaft, vor allem alteingesessenen Medizinern, kaum Austausch. Mit einem Drittel funktioniere die Zusammenarbeit gut und ein Drittel sei begeistert. „Mit einer Ärztin arbeite ich sehr gut zusammen. Sie hat die Praxis vor Kurzem übernommen und würde sich wünschen, dass ich selbst Verordnungen ausstellen dürfte.“ Leyh berichtet der Ärztin stattdessen vom Zustand der Patienten und bekommt von ihr Rezepte für Hilfsmittel. „Das ist aufwendig. Sie muss alles nochmals prüfen, da sie letztlich verantwortlich ist und die Abrechnung mit der Krankenkasse übernimmt.“

Die Frage der Finanzierung

Leyh kann in ihrer Rolle als Gemeindegesundheitspflegerin nicht selbst mit den Krankenkassen abrechnen. Erst, wenn eine Community Health Nurse nach einer Gesetzesänderung zusätzlich

Leistungen erbringen dürfte, die bislang Ärzten vorbehalten sind, könnte ein Teil der Kosten von den Krankenkassen zurück an die Institution fließen, bei der sie angestellt ist.

Leyhs Arbeitsleistung wird momentan vom DRK und der Kommune Luckau finanziert. Seit vergangenem Jahr nutzt die Kommune dafür unter anderem Einnahmen, die sie aus der Windkraft generiert. Sie stemmt damit die Kofinanzierung des brandenburgischen Förderprogramms „Pflege vor Ort“ im Rahmen des „Pakts für Pflege“. Die Finanzierung der Stelle im Umfang von 30 Stunden pro Woche ist dadurch bis zum Jahr 2030 gesichert. Zuvor hat die Kommune Gelder aus dem „Pakt für Pflege“ dafür eingesetzt, über eine Befragung der Bevölkerung herauszufinden, welche Leistungen im Gesundheits- und Pflegebereich in Luckau fehlten. Fazit war die dauerhafte Anstellung Leyhs als Gemeindegesundheitspflegerin.

„Eine solche Stelle müsste eigentlich aus vielen Töpfen finanziert werden. Eine Community Health Nurse arbeitet mit zahlreichen Stellen wie Kliniken, Apotheken, Hausärzten und Kommunen zusammen – sie alle profitieren davon“, sagt Verbandsvertreter Bitterlich. Leyh schildert, sie habe bislang viele Anfragen zu ihrer Tätigkeit von Kommunen aus dem ganzen Bundesgebiet erhalten – insbesondere zur Finanzierung. Sie geht davon aus, dass es kosteneffizienter sei, in Prävention und eine kleinteilige Betreuung zu investieren, statt Menschen erst zu behandeln, wenn chronische Erkrankungen auftreten. Leyh: „Ich träume davon, dass jede Kommune eine Community Health Nurse hat. Die Menschen wissen dann, wer ihre Ansprechperson ist und fühlen sich ihr verbunden, weil sie kleinräumig gestalten und koordinieren kann.“

KONTAKT

Tahnee Leyh
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Fläming-Spreewald e. V.
chn.luckau@drk-fs.de
<https://drk-flaeming-spreewald.de/luckau/gemeindegesundheitspflege>

Robert Bitterlich
Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe / Agnes-Karll-Gesellschaft
Telefon: 030 219157-14
bitterlich@dbfk.de
<https://dbfk.de>

Naturschutz braucht funktionierende Förderung

Niedersachsen und Bremen fördern Managementpläne und Investitionen für den Schutz von Arten und Lebensräumen in Natura-2000-Gebieten. Eine Evaluation zeigt: Die Finanzmittel werden gezielt eingesetzt und tragen zum Erhalt der Biodiversität bei. Um europäische Naturschutzziele zu erreichen, ist die Förderung unverzichtbar.

Von Manfred Bathke

Kalk-Trockenrasen gehören in Niedersachsen zu den artenreichsten, aber auch zu den besonders gefährdeten Lebensraumtypen. Sie drohen vielerorts zu verbuschen und können oft nur durch Beweidung offen gehalten werden. Die Beweidung derartiger Extensivstandorte ist für landwirtschaftliche Betriebe jedoch kaum rentabel und schwierig umzusetzen. Vielfach ist eine Umnutzung unumgänglich, damit die Flächen von Mutterkühen, Schafen oder Ziegen beweidet werden können. Den Bau von Zäunen und den Aufbau einer Weideinfrastruktur mit Tränken oder Unterständen haben Niedersachsen und Bremen von 2014 bis 2022 aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert. Es wurden zudem Gehölze auf bereits verbuschten Flächen zurückgeschnitten. So konnten mehrere

Hektar Kalk-Trockenrasen erhalten werden und sich neu entwickeln. Die Maßnahmen tragen dazu bei, die Ziele des europäischen Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“ zu erreichen, das Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) mit besonders schützenswerten Lebensräumen benennt.

Maßnahmenpaket für fördererfahrene Träger

Investitionen in Pflege und Erhalt von schützenswerten Lebensraumtypen und FFH-Gebieten haben Niedersachsen und Bremen in der vergangenen Förderperiode über die ELER-Maßnahmen „Erhalt und Entwicklung von Lebensräumen und Arten“ (EELA) und „Spezieller Arten- und Biotopschutz“ (SAB) gefördert. Eine EELA-Maßnahme unterstützte Planungen für den Erhalt und die Entwicklung von Lebensräumen und Arten, also FFH-Managementpläne und Bestandserfas-

sungen. Über eine weitere EELA-Maßnahme wurde die Pflege und die Entwicklung von Biotopen finanziert. Die Maßnahme SAB diente der Offenlandpflege, beispielsweise in Mooren, sowie dem Wiesenvogelschutz.

Die Maßnahmen setzten insbesondere Untere Naturschutzbehörden, der Bremer Umweltsenat, der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Naturschutzverbände und Verwaltungen der Nationalparke und Biosphärenreservate um. Damit war ein Kreis von Akteuren eingebunden, die Erfahrung im Umgang mit EU-Mitteln haben. Dadurch war im Vergleich etwa zu Projekten von Privatpersonen oder kleinen Vereinen, bei denen der administrative Aufwand teils in einem ungünstigen Verhältnis zu den Ergebnissen steht, eine effiziente Umsetzung möglich. In der Summe vergaben Nieder-

Fotos: Manfred Bathke; Falter: Ottrun Schwarzer



Im Landkreis Holzminden wurden verschiedene Maßnahmen zum Erhalt der Population des Skabiosen-Scheckenfalters umgesetzt.



sachsen und Bremen über EELA und SAB rund 46 Millionen Euro. Das ist ein Bruchteil der Ausgaben für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen. Für diese Maßnahmen, die ausschließlich auf landwirtschaftlich genutzten Flächen umgesetzt werden, wurden rund 360 Millionen Euro bereitgestellt.

Flächenerwerb und Pflegemaßnahmen

Oftmals ist der Flächenerwerb eine Voraussetzung, um Maßnahmen umsetzen zu können. So hat Niedersachsen Entwicklungsflächen für Salzwiesen erworben, die nun durch die Öffnung von Deichen vernässt werden. Die Landwirtschaft vor Ort gewährleistet die Beweidung dieser Flächen mit dem standortangepassten „Schwarz bunten Niederrungsrand“.

Zur Pflege der Heidepflanzen im überregional bekannten Naturpark Lüneburger Heide wurde unter anderem das sogenannte Schopfern gefördert: Dabei werden die gesamte Vegetationsschicht und ein kleiner Teil der Rohhumusauflage abgetragen, sodass sich die Heide verjüngen kann.

Andere Maßnahmen wirken sich auf die Nutzung von Flächen aus: So wurden jährlich auf etwa 30 000 Hektar Maßnahmen zum Schutz von Gelegen und Küken von Wiesenvögeln durchgeführt. Dazu werden Gelege beispielsweise markiert oder umzäunt. Zum Wiesenvogelschutz gehören zudem die Sicherung und die Vernässung von Flächen, außerdem das sogenannte Prädationsmanage-

ment: Beispielsweise werden Fuchs, Waschbär oder Marderhund bejagt oder Zäune gegen sie errichtet.

Mitunter müssen erst Voraussetzungen für eine wirksame Flächenpflege geschaffen werden, indem beispielsweise die Projektträger Maschinen für die Bewirtschaftung von Feuchtgrünland anschaffen oder einen Stall errichten, um eine Herde von Schafen oder Mutterkühen für die Landschaftspflege aufzubauen. Die geförderten Projekte ermöglichen eine naturschutzgerechte Bewirtschaftung von „Mageren Flachland-Mähwiesen“ und Bergwiesen.

Zielgenau und effizient

Die Evaluation der EELA- und SAB-Fördermaßnahmen zeigt ein klares Bild. Die investiven Fördermaßnahmen sind sehr treffgenau, da sie zumeist auf Basis eines FFH-Managementplans entwickelt wurden. Ihre Umsetzung erfolgt auf der Grundlage einer Abstimmung zwischen der Naturschutzverwaltung, den Naturschutzverbänden und der Landwirtschaft im Gebiet. Die sich daraus ergebenden positiven Wirkungen lassen sich durch Kontrollen belegen.

Neben den betrieblichen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sind investive Naturschutzprojekte damit in Niedersachsen die zweite große Säule des Naturschutzes. Für den Erhalt von Lebensraumtypen auf nicht oder nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Flächen stellt der investive Naturschutz das wichtigste Finanzierungsinstrument dar. Durch die Instandsetzung von Flächen

und die Förderung von Maschinen und Ställen unterstützt er zudem Betriebe, die auf ihren Flächen eigene Agrarumweltmaßnahmen durchführen. Der investive Naturschutz ist damit unverzichtbar, um die Ziele von Natura 2000 zu erreichen.

Auf EU-Ebene zielt lediglich das Programm „LIFE+“ in die gleiche Richtung. Aus laufenden LIFE+-Projekten wurden zwischen 2014 und 2022 knapp 65 Millionen Euro öffentlicher Mittel in Niedersachsen investiert, zu großen Teilen in die (Feucht-)Lebensräume von Wiesenvögeln und Amphibien, aber auch in Lebensräume und Arten der trockenen, nährstoffarmen Sandlandschaften.

In der Förderperiode von 2023 bis 2027 haben Niedersachsen und Bremen die bisherigen drei Fördermaßnahmen des ELER zur Maßnahme „Erhalt und Entwicklung der Biologischen Vielfalt“ zusammengefasst. Die Fördergegenstände blieben unverändert. Wie die Zukunft der investiven Förderung ab 2028 aussehen wird, ist unklar. Auch die Zukunft des LIFE+-Programms ist ungewiss. Für die Umsetzung wichtiger politischer Strategien wie der FFH-Richtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie oder der Wiederherstellungsverordnung braucht es gut ausgestattete und einfach zu handhabende Finanzierungsinstrumente.

SERVICE

Zum Weiterlesen:

Manfred Bathke: Bewertungsbericht zu den Fördermaßnahmen des investiven Naturschutzes, Programm zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum 2014 bis 2022 in Niedersachsen und Bremen (PFEIL), 2025, <https://eler-evaluierung.de> → Publikationen → Projektberichte → 5-Länder-Bewertung

Information zum investiven Naturschutz durch die Förderrichtlinie „Erhalt und Entwicklung der Biologischen Vielfalt (BiOlV)“: <https://nlwkn.niedersachsen.de> → Suche: Erhalt biologische Vielfalt

KONTAKT

Manfred Bathke
Thünen-Institut für Lebensverhältnisse
in ländlichen Räumen
manfred.bathke@thuenen.de
<https://thuenen.de>



Ein Patenmodell für digitale Lösungen

Die Förderinitiative „Heimat 2.0“ hat digitale Ansätze für ländliche Regionen entwickelt. Ein sogenanntes Patenmodell hat dazu beigetragen, sie zu verbreiten: Die Projektbeteiligten gaben ihr Wissen über digitale Lösungen praxisnah an Transferregionen weiter, etwa in Workshops.

Von Katrin Bäumer und Hauke Klünder

Die Förderinitiative „Heimat 2.0“ (siehe LandInForm 3.24) wurde Ende 2024 beendet, es schloss sich der „Heimat 2.0 Ergebnistransfer“ an. Dieses Projekt adressierte ein zentrales Problem im Wissenstransfer: Vielerorts werden gute Lösungen entwickelt, aber nicht in die Breite getragen. Das ist ineffizient und widerspricht der Idee von Modellprojekten, dass Dritte von den Ergebnissen profitieren.

Mit dem Patenmodell im „Heimat 2.0 Ergebnistransfer“ sollte das Erprobte praxisnah und systematisch in andere Regionen übertragen werden. Herzstück war die enge Zusammenarbeit zwischen einer erfahrenen Patenregion, die eine bewährte digitale Anwendung etabliert hat und einer oder mehreren Transferregionen, die diese Lösung übernehmen und an ihre eigenen Gegebenheiten anpassen. Das Modell beruhte auf wechselseitigem Austausch. Es sollte kooperatives Lernen auf Augenhöhe möglich werden – ein Ansatz, der gerade für strukturschwache Regionen neue Perspektiven schaffen kann. Beide Heimat-2.0-Projekte wurden über das Programm „Region gestalten“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gefördert. Die im Rahmen der beiden Projekte entwickelten digitalen Ansätze sind als Open Source verfügbar und können somit von Dritten unter der jeweiligen Lizenz kostenfrei nachgenutzt werden.

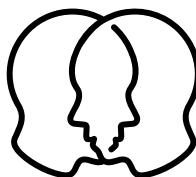
Ein Beispiel aus Schleswig-Holstein

Der Ergebnistransfer erfolgte zwischen vier Paten- und 13 Transferregionen. Als einer der Paten fungierte die Stabsstelle Förderscouting Nordfriesland im Amt der Kommune Viöl. Ziel der Stabsstelle ist es, nordfriesische Kommunen dabei zu

unterstützen, die Entwicklung von Projekten und die Fördermittelakquise effizient anzugehen. Im Rahmen von „Heimat 2.0“ wurde eine erste Version der „Förder-scouting-Plattform“ für Nordfriesland entwickelt: Sie bündelt Informationen zu kommunalen Bedarfen, etwa in Form von Projektbeschreibungen, und unterschiedlichen Fördermöglichkeiten. Projektbeteiligte teilen darauf ihre Erfahrungen mit den anschließenden Antragswegen.

Im Projekt „Heimat 2.0 Ergebnistransfer“ hat das Amt Viöl als Pate die Wissensplattform inklusive Schulungsansatz vier Transferregionen zur Verfügung gestellt: Das Amt Büsum-Wesselburen, die Gemeinde Ahrensböök (beide Schleswig-Holstein), der Alte Welt e. V. Donnersbergkreis (Rheinland-Pfalz) und die Entwicklungsgesellschaft Wachstumsregion Ems-Achse e. V. (Niedersachsen) nutzen seitdem das Angebot. Die Stabsstelle hat

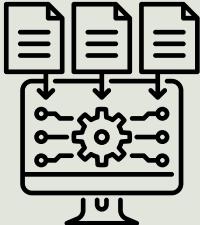
Verwaltungsmitarbeitenden aus diesen Regionen in Workshops und anhand eigens entwickelter Schulungsmaterialien erläutert, was es braucht, um die Förder-scouting-Plattform als digitales Werkzeug für das eigene Projekt- und Fördermittelmanagement zu nutzen. Für das Amt Viöl waren der Austausch und die Zusammenarbeit wertvoll, um die Plattform zu verbessern. Bei gegenseitigen Besuchen, bilateraler Beratung und einem regelmäßigen festen Austauschtermin über mehrere Monate mit allen Beteiligten wurden Hintergrundinformationen für Verwaltung und Politik vermittelt. Erklärfilme und Broschüren unterstützen zusätzlich den Wissenstransfer. Von zentraler Bedeutung war der persönliche Austausch zwischen erfahrenen Personen und Interessierten. Neben dem digitalen Instrument ging es dabei um die Inhalte: So diente etwa die Methode „Kollegiale Beratung“ dazu, länderübergreifend Herausforderungen der Fördermittellandschaft zu verstehen und konkrete Projektansätze zu diskutieren und weiterzuentwickeln, etwa für Bereiche, in denen die Fördermittelakquise schwierig ist, beispielsweise Großprojekte.



**Das Patenmodell:
Es hat zum Ziel,
Erkenntnisse zu
übertragen und
zum gemeinsamen
Nutzen weiter-
zuentwickeln.**

Die Projektlaufzeit des „Heimat 2.0 Ergebnistransfers“ wurde auch genutzt, um eine Anschlussfinanzierung der Förder-scouting-Plattform sicherzustellen. Mit Hilfe des Landesprogramms „Digital-HubSH“ und der Initiative „Absorptionsfähigkeit stärken“ des BMWSB wird sie aktuell ausgebaut – dabei kommt Künstliche Intelligenz (KI) zum Einsatz: Die KI wird zunächst genutzt, um einen jederzeit aktuellen und maschinenlesbaren „Förder-Kurzinfo-Service“ aufzubauen, der im „KI-Fördermittelcheck“ Projektbeschreibungen mit der „Förder-Kurzinfo“-Datenbank abgleicht. Dadurch erhalten Politik und Verwaltungen eine schnelle Orientierungsgrundlage, um zu entscheiden, ob sie ein Projekt weiterentwickeln

So soll der „Projektkompass Kommune“ arbeiten, der im Rahmen der Förderscouting-Plattform entsteht:



Förder-Kurzinfo-Service

Mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) entsteht eine Datenbank mit Projektbeschreibungen. Die Daten eines neuen Projekts gleicht sie mit bereits beantragten Projekten ab.



KI-Fördermittelcheck

Anschließend prüft die KI, welche Fördermittel zum neuen Projekt passen. Das verkürzt die Recherche für alle Beteiligten.



Offene Fragen

Es ist möglich, Rückfragen zu stellen, damit die Ergebnisse der KI passgenau werden.

und einen Antrag stellen sollen. Diese standardisierte Prüfung spart gerade am Projektanfang viel Zeit, hilft Arbeitsabläufe in der Verwaltung zu vereinfachen und bietet auch dem Ehrenamt ein hohes Maß an Transparenz für Entscheidungen. Der „Projektkompass Kommune“ soll ab Frühjahr 2026 mit den genannten Funktionen einsatzbereit sein.

Insbesondere strukturschwache ländliche Räume mit kleinen Verwaltungen, personellen Herausforderungen und knappen Ressourcen könnten davon profitieren, genauso das politische Ehrenamt. Einen weiteren Mehrwert bringt der überregionale und interkommunale Dialog, der durch das Projekt angestoßen wurde. Auf dessen spezifisches Know-how können die Projektbeteiligten künftig zurückgreifen.

Das Transferprojekt ist aus Sicht der Beteiligten gegückt: Als zentrale Gelingensbedingung für das Projekt nennen sie, dass es zu einem festen Baustein in der strategischen Entwicklung der Region werden muss. Die Erkenntnisse aus dem Projekt sollten vor Ort ernstgenommen werden und in die Ausgestaltung des jeweiligen Projekt- und Fördermittelmanagements einfließen. Das Beispiel der Stabsstelle Förderscouting zeigt zudem,

dass der Transfer dazu beitragen kann, eine zusätzliche Förderung für die Weiterentwicklung zu bekommen, weil noch deutlicher wurde, welchen Mehrwert die Plattform entfaltet. Weil sie direkte Bedarfe vor Ort adressiert, stieg außerdem die Bereitschaft der beteiligten Kommunen, die laufenden Kosten durch die kommunalen Haushalte zu tragen.

Wechselseitige Lernbeziehung
Durch die direkte, praxisbasierte Zusammenarbeit zwischen erfahrenen Paten- und Transferregionen können konkrete Lösungen adaptiert, lokale Anpassungsprozesse beschleunigt und Erfahrungen weitergegeben werden. Der größte Mehrwert liegt in der wechselseitigen Lernbeziehung, die über reine Informationsweitergabe hinausgeht. Während die Patenregionen ihr Fachwissen, bewährte Prozesse und technische Lösungen bereitstellen, bringen die Transferregionen ihre spezifischen Bedarfe, Erfahrungen und Rahmenbedingungen ein und tragen so dazu bei, dass bestehende Lösungen nicht nur nachgenutzt, sondern auch in der Patenregion weiterentwickelt werden.

Wichtig ist dabei, dass Bottom-up-Prozesse und Top-down-Ansätze zur Digitalisierung der ländlichen

Räume korrespondieren und gemäß Subsidiaritätsprinzip so fortgesetzt werden, dass möglichst alle Akteursgruppen ihren Nutzen daraus ziehen können. Dazu müssen die Rahmenbedingungen entsprechend gestaltet werden – auch, aber nicht nur über Modellvorhaben.

SERVICE

Zu den Projekten „Heimat 2.0“ und „Heimat 2.0 Ergebnistransfer“:
<https://region-gestalten.bund.de> → Vorhaben

KONTAKT

Dr. Katrin Bäumer
SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung
baeumer@sprintconsult.de
<https://sprintconsult.de>

Hauke Klünder
Amt Viöl
Stabsstelle Förderscouting Nordfriesland
foerderscouting@amt-vioel.de
<https://amt-vioel.de>



Zu Besuch beim Landwirtschaftsbetrieb der Familie Bongardt in Mecklenburg-Vorpommern: Sarah Bongardt (links) hält dort eine Mutterkuhherde.

Positives Feedback

Eine Aktivistin, die mitgemacht hat, ist Mirjam Mathes. Die Berlinerin ist beim Foodsharing aktiv und hat zwei Tage auf einem Bio-Hof in Brandenburg mitgearbeitet. „Es hat sehr viel Spaß gemacht, und wir haben einiges gelernt“, sagt sie. Sie habe sich auf dem Hof willkommen gefühlt und sei dankbar für die Erfahrung. „Mein Highlight war das Treckerfahren!“

Das Fazit von Landwirt Manuel Borchert aus Niedersachsen, der Aktive auf seinen Ackerbaubetrieb eingeladen hat: „Schade, dass die Zeit so schnell vorbei war. Bei den Teilnehmenden gab es eine sehr hohe Motivation, den Betrieb kennenzulernen. Sie hatten keine Scheu, auch spätabends noch mal loszufahren, und keine Berührungsängste.“ Er möchte wieder mitmachen. „Wir können das jedem Betrieb empfehlen, um sich der Diskussion zu öffnen!“

Gemeinsam demonstrieren

Im kommenden Jahr soll es die Dialogaktion „Hof mit Zukunft“ wieder geben. Darauf steht das „Wir haben es satt!“-Bündnis. Seit mittlerweile 15 Jahren bringt es jeden Januar, wenn in Berlin die „Grüne Woche“ stattfindet, Tausende Menschen auf die Straße, die gegen die Agrarindustrie protestieren. Gemeinsam fordern sie eine zukunftsfähige Landwirtschaft und ein krisenfestes Ernährungssystem. Mit seinen rund 60 Organisationen aus Landwirtschaft, Klima-, Tier- und Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit und weiteren Bereichen schafft „Wir haben es satt!“ den Schulterschluss unterschiedlicher Interessengruppen, der angesichts der aktuellen Krisen – von Klimawandel bis Höfesterben – gebraucht wird.

Für den 17. Januar 2026 ruft das Bündnis zum Protest gegen die Neuausrichtung der Agrarpolitik auf EU- und Bundesebene auf. Es fordert unter anderem den Ausbau von Tier- und Umweltschutz sowie faire Preise für Landwirtinnen und Landwirte. ■

Vorurteile abbauen

Miteinander statt übereinander sprechen und so eine gemeinsame Stimme für Forderungen nach einer zukunftsfähigen Agrarpolitik entwickeln. Das ist das Konzept des Formats „Hof mit Zukunft – Aktivismus trifft Landwirtschaft“.

Von Jan Greve

Was haben die Landwirtin und der Umwelt-Aktivist gemeinsam? Viele Menschen würden diese Frage wohl mit „Nichts!“ beantworten. Doch das stimmt nicht. Der Einsatz für eine intakte Natur, ein artgerechtes Leben von Tieren oder ein Ende des Hungers weltweit treibt sowohl Menschen auf die Straße, die sich politisch engagieren, als auch viele an, die Landwirtschaft betreiben und Tag für Tag auf dem Acker oder im Stall stehen, um Lebensmittel zu erzeugen.

Gleichzeitig mangelt es nicht an gegenseitigen Vorurteilen. Die Aktivistin? „Ist radikal und nicht zum Dialog bereit!“ Der Landwirt? „Verursacht Umweltschäden und Tierleid, während er nur an wirtschaftlichen Gewinn denkt!“ So lassen sich keine Probleme lösen. Es geht auch anders.

Zusammenbringen

Seit 2021 bringt die Dialogaktion „Hof mit Zukunft – Aktivismus trifft Landwirtschaft“ jeden Juni Menschen miteinander ins Gespräch. Das Konzept: Betriebe nehmen politisch Engagierte bei sich auf, die für zwei bis drei Tage mit anpacken. Durch das gemeinsame Arbeiten wächst das Verständnis füreinander. Es werden Vorurteile abgebaut und gemeinsame Interessen erkannt. Im Jahr 2025 gab es mit 28 landwirtschaftlichen Betrieben und 68 Aktivisten so viele Teilnehmende wie in keinem Jahr zuvor.

Die Bandbreite bei den sich deutschlandweit beteiligenden Betrieben war groß: Von bio bis konventionell, von groß bis klein, von solidarischem Gemüseanbau bis Schweinemastbetrieb. Ähnlich war es bei denjenigen, die zu Besuch kamen: Von Aktiven des Bunds für Umwelt und Naturschutz und der Letzten Generation über Mitglieder der Linksjugend bis hin zu lokalen Foodsharing-Gruppen.

KONTAKT

Jan Greve
„Wir haben es satt!“-Bündnis
Telefon: 0157 55860577
presse@meine-landwirtschaft.de
<https://wir-haben-es-satt.de>



Die prekäre Situation der Schäferei wird durch Folklore verklärt

Ein Gastkommentar von Rainer Luick zum Fokusthema der kommenden Ausgabe: „Wie Schafe und Ziegen zur Entwicklung von Regionen beitragen“



Prof. Dr. Rainer Luick lehrte und forschte bis zum Wintersemester 2023/2024 an der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg. Zum „Internationalen UN-Jahr der Weidenschaften und Hirten 2026“ organisiert er im Auftrag der Akademie für Umwelt und Naturschutz des Landes Baden-Württemberg eine Konferenz. Diese soll im kommenden September auf Schloss Kirchberg/Jagst stattfinden. Kontakt: luick@hs-rottenburg.de

„Schafhaltung ist heute in erster Linie Service für den Naturschutz.“

In der Gesellschaft überwiegt ein eher folkloristisches Bild von Schäferei: So wird der Schäferberuf idyllisch besetzt, wie es beispielsweise die Postkartenmotive aus der Lüneburger Heide assoziieren. Lämmchen sind kuschelig, in der Bibel ist das Lamm ein Sinnbild für Unschuld und überhaupt stellt man sich so auch irgendwie das Paradies vor.

Folkloristisch verklärt ist auch die Wanderschäferei – die Realität ist, dass ich vermutlich noch Zeuge von deren Aussterben in Deutschland sein werde. Denn die berufliche Schafhaltung bei uns ist prekär und von Fördergeldern abhängig, die vor allem aus den Naturschutzaushalten kommen. 80 bis 100 Prozent ihres bescheidenen jährlichen Gewinns erzielen Betriebe über die Landschaftspflege. Gleichzeitig sehen viele Schäfer im Naturschutz das Feindbild schlechthin.

Für die eigentlichen Produkte Wolle und Fleisch gibt es dagegen keine Märkte mehr oder sie sind nicht auskömmlich. Wolle ist heute ein Abfallprodukt und Lammfleisch ein Nischenmarkt. Und wenn nicht regelmäßig hochqualitatives Lammfleisch für religiöse Feste gekauft würde, wäre der Absatz noch geringer. Wenn Schafe einer Region ein Image geben oder sich ihre Produkte mit einer Geschichte verbinden lassen, sind Aufpreise möglich. Es ist aber naiv anzunehmen, dass so ein profitables Wirtschaften möglich wäre. Überhaupt werden viele Schafe mittlerweile im Nebenerwerb oder als Hobby gehalten – weil es Menschen Freude macht, eine kleine Herde zu besitzen oder sie sich für Rassen begeistern, die ohne ihr Engagement schon ausgestorben wären, wie die Skudden oder Coburger Fuchsschafe.

Kommt es zu den angekündigten Kürzungen bei Fördergeldern im Agrar- und vor allem im Naturschutzsektor, sehe ich auch die Reste der noch vorhandenen Berufsschäferei kollabieren. In den agrarischen Lobbygruppen sind die Interessen der Schäfer im Grunde nicht vertreten. Dass Schäfer nie nennenswert organisiert und selten akzeptierte Partner der Bauernschaft waren, ist aus der Historie erklärbar: Sie waren Außenseiter, darauf angewiesen, billig an Flächen zu kommen, die in geringer oder keiner Konkurrenz zu anderen Nutzungen standen – daran hat sich bis heute nichts geändert. Mit der Ausbreitung des Wolfs ist eine weitere Herausforderung hinzugekommen. Im Berufsstand gibt es nicht wenige Stimmen, die fordern, den Wolf wieder auszurotten. Dabei sind der Wolf und seine Risse für die Schafhaltung ein marginaler wirtschaftlicher Faktor.

Viel schwerer wiegen die schwierigen strukturellen Rahmenbedingungen: Schafhaltung ist heute in erster Linie Service für den Naturschutz. Doch sind die Finanzmittel dazu alles andere als verlässlich und auskömmlich und lassen sich zudem nur über eine komplizierte Bürokratie erschließen, die für Praktiker kaum durchschaubar ist. Zum bürokratischen Absurdistan kommt es für Schäfer, wenn sie Ländergrenzen überschreitend weiden lassen, denn in jedem Bundesland gibt es andere Vorgaben, Auflagen und Kostensätze, die sich zudem auch noch ständig ändern. Das muss anders werden, wenn die professionelle Schafhaltung in Deutschland eine Zukunft haben soll.



**Stimmen Sie dem zu?
Oder sehen Sie es anders?**

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

angelesen

Was Mobilität fördern kann



Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (Hrsg.): Ländliche Mobilität verstehen. Ergebnisse und Empfehlungen aus der BULEplus-Fördermaßnahme LandMobil – Unterwegs in ländlichen Räumen, 2025, 128 Seiten, kostenloser Download: <https://land-zukunft.de/themen/mobilitaet-auf-dem-land>

Verlangsamte Beteiligung die Energiewende?



Franziska Mey, Benita Ebersbach, Lars Holstenkamp, Christian Kriel, Lukas Meese, Lea-Marie Rokitta: BePart – Zur Wirkung von Beteiligung in der Energiewende, 2025, 36 Seiten, kostenloser Download: <https://publications.rifs-potsdam.de/pubman> → Suche: 10.48481/rifs.2025.032

Die individuellen Möglichkeiten und Bedürfnisse der Menschen zu erkennen, auf dem Land von A nach B zu gelangen, ist eine wichtige Voraussetzung, um die Alltagsmobilität zu erleichtern und zu verbessern. Die fachliche Auswertung der Fördermaßnahme „LandMobil – Unterwegs in ländlichen Räumen“ im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) hat genau das zum Ziel.

Die geförderten Projekte sind den vier Handlungsfeldern „Nahtloser öffentlicher Verkehr“, „Sharing-Angebote“, „Beteiligung und Beratung“ sowie „Lieferdienste und mobile Dienstleistungen“ zugeordnet. Die Publikation stellt Kommunen sowie zivilgesellschaftliche und von Unternehmen getragene Initiativen als Akteure vor und beleuchtet ihren Einfluss auf Erfolg und Misserfolg der Projekte. Darüber hinaus werden die Wirkungen der Projekte analysiert und Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung der Ideen bezüglich der Handlungsfelder benannt. Eine Vorgabe im Bewerbungsverfahren war, aufzuzeigen, wie sich die initiierten Prozesse über den Förderzeitraum hinaus verstetigen lassen. Das Ziel der Verstetigung haben fast alle Vorhaben erreicht und dafür unterschiedliche Finanzierungs- und Organisationsmodelle gewählt, die in Bezug zu den Handlungsfeldern vorgestellt werden.

So setzte sich etwa die Region Rhön-Grabfeld mit der elternunabhängigen Mobilität junger Menschen auseinander und führte dafür ein „AzubiShuttle“ ein. Es wird nun durch den Landkreis weiterbetrieben, da durch das Projekt die Anzahl der Auszubildenden stabilisiert werden konnte.

Die Publikation benennt konkrete Beispiele wie dieses, bewegt sich aber vor allem auf einer übergeordneten Ebene: Der Fachbericht liefert allen, die sich in die Darstellungsweise hineinfühlen, eine Vielzahl an Informationen zur Gestaltung zukunftsfähiger Mobilitätskonzepte in ländlichen Räumen und richtet Empfehlungen an Entscheidende auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Für praktische Tipps verweist er auf einen bereits 2024 im Rahmen des Projekts erschienenen Leitfaden. **MOK**

Mit der Energiewende soll es zügig vorangehen. Gleichzeitig wird häufig fehlende Akzeptanz bei der Umsetzung von Energieprojekten beklagt. Beteiligung soll hier Abhilfe schaffen. Was wissen wir über die Wirkung von Beteiligung auf Energieprojekte – über die Be- trachtung einzelner Fallbeispiele hinaus? Antworten gibt diese Publikation, die den Abschluss einer ersten bundesweiten quantitativen Erhebung bildet.

Von 2023 bis 2025 hat das „RIFS Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit“ in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis Bürgerenergie“, dem „ECOLOG Institut“ und der „Renewable Grid Initiative“ untersucht, wie Beteiligung Energieprojekte beeinflusst. Dafür wurden bundesweit 189 Projekte zum Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik, Windkraft sowie Stromnetzen im Hinblick auf fünf Dimensionen analysiert. Betrachtet wurde, ob das Projekt in der Region verankert war und eine regionale Wertschöpfung erzeugte, wie die Kommunikation mit den Menschen vor Ort ab lief, welche Mitsprache sie hatten und ob sie finanziell beteiligt wurden. Die Frage lautete: Wie wirken sich diese Aspekte auf die Akzeptanz, die Geschwindigkeit der Projektumsetzung sowie die Wahrscheinlichkeit weiterer Energieprojekte aus?

Die Daten der Studie sprechen eine eindeutige Sprache und entkräften eine häufig genannte Kritik: Beteiligung macht die Energiewende nicht langsamer. Vielmehr begründen sich Verzögerungen häufig mit Planungs- und Genehmigungsprozessen. Ein Mehr an Beteiligung führt jedoch nicht automatisch zu besseren Ergebnissen. Dennoch: Gezielte und intensive Kommunikation wirkt sich positiv aus. Entscheidend ist, dass die Instrumente der Beteiligungsprozesse an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden können und werden. Diese und weitere Erkenntnisse sind wichtige Hinweise für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung von Beteiligungsprozessen sowie deren Rahmenbedingungen. Deshalb ist die Abschlusspublikation eine interessante Lektüre für all jene, die sich politisch und praktisch mit Energiewendeprojekten befassen. **MHA**

angekündigt

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2026

Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat lädt vom 21. bis 22. Januar nach Berlin ein. Unter dem Motto „Land: Raum für Zukunft. Flächen und Gebäude klug nutzen – Heimat gemeinsam gestalten“ sollen Aspekte der Landnutzung, des Bauens sowie Kommunikations- und Begegnungsräume näher betrachtet werden. Auf dem Programm stehen über 30 geplante Fachforen, deren Gestaltung in der Hand eines vielfältigen Akteurspektrums liegt – von der Hochschule Neubrandenburg über den „Verband für Popkultur in Bayern“ bis zur DVS (siehe Seite 9). Raum für den Austausch ist vorgesehen, deshalb steht die Präsenzveranstaltung im Fokus. Viele Vorträge und Foren werden auch per Livestream übertragen. ARH

<https://zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de>

Forschung zu Paludikultur

Die Bundesregierung unterstützt seit Jahren Forschungs- oder Modellvorhaben, die sich mit der Wiedervernässung von Mooren und deren Nutzung als sogenannte Paludikultur beschäftigen. Mit einem neuen Förderaufruf sucht die mit der Umsetzung des Förderprogramms „Nachhaltige Erneuerbare Ressourcen“ beauftragte Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) praxisnahe Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE). Gefördert werden FuE, die analysieren oder modellieren, aus welchen Komponenten sich der Wasserhaushalt von Paludikulturen zusammensetzt und welche Nährstoffflüsse dort bestehen. Projektkizzen können bis zum 3. Februar 2026 eingereicht werden. ARH

<https://fnr.de/projektfoerderung/aktuelle-foerderaufrufe>

Förderaufruf „Gemeinsam gegen Leerstand“

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung suchen im Rahmen des Programms „Region gestalten“ bis zu 13 ländliche Modellregionen, die Strategien gegen Leerstand entwickeln und umsetzen. Sie fördern Maßnahmen, die zu Analyse, Strategieentwicklung, Kompetenzaufbau und Bürgerbeteiligung beitragen. Die Maßnahmen werden durch eine fachliche Beratung begleitet. Antragsberechtigt sind beispielsweise Kreise und interkommunale Kooperationen, Planungs- und Zweckverbände, LEADER-Aktionsgruppen und Träger der Regionalplanung. Projektkizzen können bis zum 16. Januar 2026 eingereicht werden. ARH

<https://www.bbsr.bund.de>
→ Suche: Gemeinsam gegen Leerstand

LandInForm abonnieren!

Sie können LandInForm bequem online über <https://land-inform.de> oder den QR-Code bestellen – oder die Postkarte dafür nutzen.

Den DVS-Newsletter landaktuell können Sie über <https://landaktuell.de> abonnieren.



Ab sofort möchte ich kostenlos LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplar/e.

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf <https://land-inform.de> > Abo „LandInForm“ einsehen kann, eingehen, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail oder über <https://land-inform.de> > Abo „LandInForm“ kündigen.

Bitte freimachen

Name

Institution (ggf. plus Name der LEADER-Region)

Postanschrift

Telefon

E-Mail

Arbeitsfeld von Abonnentin, Abonnent oder Institution (freiwillige Angabe)

Unterschrift

**Bundesanstalt für
Landwirtschaft und Ernährung
Referat 421, DVS
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn**

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Wie Schafe und Ziegen zur Entwicklung von Regionen beitragen



Termine

21. und 22. Januar	Zukunftsforum Ländliche Entwicklung Veranstaltung in Berlin siehe Seite 51	https://zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
10. Februar	Gleichstellung von Frauen in ländlichen Räumen ✨ Online-Veranstaltung	https://www.dvs-gap-netzwerk.de/gleichstellung DVS
25. Februar	LEADER meets kommunalen Klimaschutz ✨ Online-Veranstaltung	https://www.dvs-gap-netzwerk.de/leader-klima DVS
17. und 18. März	GAP, ELER & Umwelt 2026 ✨ Tagung in Berlin	https://www.dvs-gap-netzwerk.de/gap-umwelt DVS
24. und 25. März	Lebensmittelhandwerk als Basis für regionale Wertschöpfung ✨ Transferbesuch in das Umland von Eberswalde	https://www.dvs-gap-netzwerk.de/lm-handwerk DVS

Die DVS-Termine finden Sie unter
<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/service/unsere-veranstaltungen>



Weitere Termine in unserem Kalender unter
<https://www.dvs-gap-netzwerk.de/service/termine>



Unser Fokus-Cartoon
von Mele